

spw - 40



h.D

125 Jahre SPD

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Werbung: Christian Hossbach

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter, unter Zuhilfenahme der Radierung »Der Schneckengang des Fortschritts« von H. Daumier (1869). — Auflage 1.-3. Tausend April 1988.

Die spw erscheint 1988 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen ebenfalls 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)
Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegen ein Prospekt des *Argument*-Verlages, Hamburg, und der westberliner *Volksuni* bei.

Editorial/Verlagsmitteilungen	99
Bonner Tagebuch	101

Antworten auf Lafontaine

Ottwald Demele	
Auf die neoklassische Logik eingelassen ...	
Zum »radikalen« Umverteilungsvorschlag von Lafontaine	103
Michael Karnatz	
Sozialismus in einer Klasse	108

Globale Probleme

Wolfgang Zellner	
Globale Probleme und neues Denken	112

Kultur

Sigurd von Ingersleben	
Stalin als historische Tatsache	121

Gewerkschaften

Dieter Scholz und Siegfried Stirba	
Ökos und Arbeiter — geht das zusammen?	
IG Metall-Fachkonferenz, 21./22.1.1988 in Frankfurt: »Wege aus der Bedrohung — Umweltpolitik zwischen Reparatur und realer Utopie«	125

Grüne

B.Arkenstette, B.Dröscher, D.Mölhenrich und H.Wolf	
»Es gibt nicht Wahres im Falschen« (Adorno)	
Zur Strategiedebatte bei den Grünen	127

Diskussionsschwerpunkt:

125 Jahre deutsche Sozialdemokratie

Detlev Albers	
Immer noch, nein, mehr denn je unterwegs — 125 Jahre SPD	133
Josef Schleifstein	
125 Jahre SPD	
Traditionslinien in der Sozialdemokratie	137
Frieder Otto Wolf	
Ein sozialdemokratisches Jahrhundert?	142

Detlef Lehnert	
Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit	
Oder: warum die historischen Konjunkturen des »Genossen Trend« begrenzt blieben	146
Christl Wickert	
Von der »Gleichheit« zur »Frauenwelt«	
SPD-Frauenpolitik vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik	153
Brigitta Seidel	
Ein Kapitel Parteigeschichte	
Erinnerung an August Bebel	163
Jürgen Blume	
Krisen der Arbeiterbewegung	
Forum der Historischen Kommission am 3./4.3.1988 in Bonn: »Gesellschaftlicher Wandel - Soziale Demokratie - 125 Jahre SPD«	165
Uli Schöler	
Demokratische Massenpartei —	
»Bürokratischer Zentralismus« — Parlamentarisierung	
Über die Bedeutung von Organisationsfragen in der Geschichte der Sozialdemokratie	168
Joachim Günther	
Muß die Partei ins »Tempodrom«?	
Wolfgang Michals SPD-Kritik	178

Archiv

Rosa Luxemburg	
Nach 50 Jahren	181

Besprechungen

<i>Schöler, Uli: Otto Bauer und Sowjetrußland (Frank Heidenreich)</i>	185
<i>Wickert, Christl: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919-1933 (Uli Schöler)</i>	187
<i>Fischer, Benno: Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik (Uli Schöler)</i>	187
<i>Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils (Uli Schöler)</i>	187
<i>Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit (Uli Schöler)</i>	187
Über die Autorinnen und Autoren	192

Editorial

Trotz allen Streits über die Frage, ob die »eigentliche« Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie nicht einige Jahre früher — mit dem Manifest der beiden Londoner — oder später — 1869 in Eisenach — geschlagen habe, ist doch unzweifelhaft, daß am 23. Mai 1863, mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sich die Arbeiterbewegung als *selbständige politische Partei* konstitutierte, »die Klassenpartei des deutschen Proletariats« — wie Rosa Luxemburg in ihrem Erinnerungsartikel schrieb — »aus der Taufe gehoben wurde«. Wir dokumentieren Rosa Luxemburgs vor 75 Jahren zum ersten Mal publizierten Geburtstagsartikel »Nach 50 Jahren«, weil er eine Haltung vorführt, die auch heute nicht immer selbstverständlich ist: Die Genossinnen und Genossen nicht an ihrer »Linie«, sondern an ihren Taten zu messen.

125 Jahre Partei-Geschichte liegen also hinter der deutschen Sozialdemokratie. Grund genug, sich dieser Geschichte und Tradition zu vergewissern und Bilanz zu ziehen: Was wurde erreicht, was wurde verdrängt bzw. blieb unerledigt? Drei Autoren unterschiedlicher parteipolitischer Couleur — Josef Schleifstein, Frieder Otto Wolf und Detlev Albers — haben dies in Überblicksartikeln versucht. Daß ihre Bilanzen unterschiedlich ausfallen, wird nicht überraschen und scheint uns fruchtbar für eine Geschichtsaufarbeitung zu sein, die auch zur Streitkultur der Linken beitragen will.

Neben diesen notwendig allgemeineren Aufsätzen stehen drei Analysen, die bestimmte Aspekte der SPD-Geschichte genauer unter die Lupe nehmen. Christl Wickert zeichnet die wichtigsten Stationen der SPD-Frauenpolitik vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende von Weimar nach. Organisationspolitische Fragestellungen sind der Gegenstand von Uli Schölers Beitrag. Diese seien immer mit inhaltlichen Auseinandersetzungen verbunden gewesen, gleichwohl nicht auf diese zu reduzieren. Aus seiner historischen Analyse leitet er eine Reihe von organisationspolitischen Vorschlägen ab, die zur Erneuerung der Partei beitragen sollen und hoffentlich einen fruchtbaren Streit auslösen werden. Detlef Lehnert versucht in seinem Beitrag, den Zusammenhang von Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit aufzuzeigen. Wie hat sich die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Klientel in den letzten hundert Jahren entwickelt? Was erklären die sozialstrukturellen Veränderungen im Hinblick auf die Politik der Partei? Seine Schlußfolgerungen für heute: Die Hoffnung auf eine »eigene Mehrheit« hält er für illusorisch, aber auch voreilige bündnispolitische Festlegungen bieten keine Perspektive. Vielmehr sei ein offensiver politischer Diskurs in verschiedene Richtungen Voraussetzung für die Wiedergewinnung sozialdemokratischer Hegemonie. Brigitta Seidel und Jürgen Blume berichten von »Jubiläumsfeierlichkeiten« der Partei, und in einer Sammelrezension werden neuere Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung vorgestellt.

Mitten in die Heftvorbereitungen platzte der Lafontainesche Paukenschlag. Wir versuchen, mit zwei Beiträgen auf die ökonomischen (Ottwald Demele) und politischen (Michael Karnatz) Dimensionen seines Vorschlags zu reagieren. Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Lafontaine und den durch ihn angestoßenen Fragestellungen (Zukunft der Arbeit etc.) wird den Schwerpunkt unseres August-Heftes bilden.

Mit dem Aufsatz von Birgit Arkenstette und anderen veröffentlichen wir einen Beitrag zur gegenwärtigen Strategiediskussion bei den Grünen. Die Verfasser sind führende Mitglieder der Alternativen Liste Berlin. In diesem Beitrag, der auch von einigen Hamburger und Hessischen Grünen (u.a. Jürgen Reents, Michael Stamm und Rolf Ascheberg) unterzeichnet wurde, geht es um eine Antwort auf den lähmenden Streit zwischen Realos und Fundis. Anders als bei den Befürwortern des »Grünen Aufbruchs '88« wird nicht eine imaginäre Mitte jenseits der Flügel beschworen, sondern werden die realen Konflikte anerkannt und eine Kultur des Streits gefordert. Am Beispiel der Auseinandersetzung um die Forderung nach Ausstieg aus der Kernkraft wird dargestellt, wie die Antworten von beiden Parteiflügeln gegenwärtig in Sackgassen enden. Nach Ansicht der Autoren sei hingegen entscheidend, die Sozialdemokratie mit Hilfe einer mobilisierten Öffentlichkeit in Zugzwang zu setzen, wenigstens erste Schritte zum Ausstieg zu gehen.

* * *

Honorè Daumier, der Zeichner unseres Titelblattes, lebte von 1810 bis 1879. Er wurde in Marseille als Sohn eines Glasermeisters geboren und galt als der »erste journalistische Zeichner großen Stils«. Über 40 Jahre, bis 1872, arbeitete er als Karikaturist für die republikanische, oppositionelle Zeitung *Charivari* (dt. Katzenmusik).

* * *

Am 17. März 1988 ist *Charly Guggomos* gestorben. Mit ihm verliert die Linke einen hartnäckigen publizistischen Aufrütteler. Ob beim *Vorwärts*, beim *Extra-Dienst* oder der *Neuen* — er versuchte, gegen den bundesdeutschen Medienstrom anzuschwimmen. Insbesondere der *Berliner Extra Dienst* war für die Politisierung vieler von uns wichtig und unersetzlich als Periodikum für »unterbliebene Nachrichten«. Jürgen Blume

Verlagsmitteilungen

Neuerscheinung: Jürgen Ebert: Aufbruch — Beiträge zur Erneuerung der SPD

Der Band umfaßt auf 90 Seiten die wichtigsten Reden des *spw*-Mitherausgebers Jürgen Ebert als Landesvorsitzender der Berliner SPD. Engagiert plädiert Ebert für klare und konfliktorientierte Positionen, für eine Erneuerung der Sozialdemokratie im Innern wie nach außen. Als Berliner Bundestagsabgeordneter leitet er gegenwärtig den Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales. — Der Band kostet im Buchhandel 9,80 DM, der Organisationspreis beträgt 7,- DM. Bestellungen können ab sofort gerichtet werden an: *spw*-Verlag, Tegeler Straße 6, 1000 Berlin 65. — Subskriptionspreis (nur für *spw*-Abonnent(inn)en, schriftliche Bestellung nicht erforderlich: Zusendung erfolgt nach Zahlungseingang auf eines unserer Konten) bis 1.6.1988: 6,- zuzügl. 1,- DM Porto; also 7,- DM.

Personalia

Sigurd von Ingersleben, Jahrgang 1944, wurde neu in die Redaktion aufgenommen. Seine inhaltliche Mitarbeit konnten *spw*-Leser/innen schon in den letzten Heften beurteilen. Seine naturwissenschaftliche und kulturpolitische Kompetenz wird zum Abbau von Defiziten der Redaktion in diesen Bereichen beitragen.

Bonner Tagebuch

29. Januar 1988. »Baracke«. Die SPD unternimmt nach dem ermutigenden Auftakt einer öffentlichen Debatte über den Irseer Grundsatzprogrammentwurf mit Carl-Christian von Weizsäcker in München den Versuch einer Fortsetzung. Nach einer (notwendigerweise) langweiligen Einführung in das (konturen- und perspektivlose) Kapitel »Demokratisierung der Wirtschaft« des Entwurfs durch Christoph Zöpel diskutieren Ernst Breit und Friedhelm Farthmann mit den Arbeitgebervertretern Iber-Schade und Murmann. Die Debatte bleibt fade. Farthmann und Murmann sind sich schnell einig, daß der Markt nicht zur Disposition steht. Was bleibt, sind die grundsätzlichen Differenzen darüber, wie weit Mitbestimmungsrechte greifen dürfen.

Der Workshop zeigt, wie's nicht gemacht werden darf. Ein Programmteil, der — völlig unausgereift und hinter Parteitagsbeschlüsse zurückfallend — erst der Veränderung und Debatte innerhalb der Partei bedarf, ist nach außen noch nicht diskussionsfähig. Während sich Farthmann auf dem Podium um Verständigung bemüht, dürfen in der offenen Runde die angereisten Ruhrgebietsbetriebsräte ihre berechnete Wut an den Arbeitgeberfunktionären ablassen. Unfreiwillige, aber altbekannte Funktionsteilung?

Erstaunliche Schulterschlüsse auf einer anderen Schiene: Detlev Albers' Forderung nach nationalstaatlichen Lenkungsinstrumentarien gegen wachsende Kapitalinternationalisierung, sein Erinnern an die Vergesellschaftungsforderung der IG Metall für die Stahlindustrie findet uneingeschränkte Unterstützung bei Ernst Breit. Begriffliche Desorientierungen — von der Presse begierig aufgegriffen — zum Abschluß. Hans-Ulrich Klose entdeckt als programmatisches Ziel der SPD die »neue soziale Marktwirtschaft«. Ludwig Erhard läßt grüßen. Peinliches am Rande: Das Auslegen von ein paar *spw*-Heften auf einem Verkaufsstand der »Sozialistischen Praxis« scheitert an grundsätzlichen Bedenken und der fehlenden Absegnung durch den Verlagsleiter. Die Mentalität des Gartenzauns ...

29. Januar 1988. Godesberger Stadthalle. Rolf Reissig und Thomas Meyer sind zu einem eingespielten Duo in Sachen SPD/SED-Papier geworden. Fundiert, differenziert und ohne vorhandene Gegensätze unter den Teppich zu kehren, werden die unterschiedlichen Aspekte des Papiers beleuchtet. Horst Ehmke führt souverän und sachkundig durch das Gespräch. Wer vorher noch Bedenken hatte, hier werden sie ausgeräumt. Das Papier hat bereits jetzt zu erheblichen Veränderungen beigetragen. Eine den Begriff verdienende Streitkultur ist entstanden. Zur Erinnerung: Die Veranstaltung findet zu einem Zeitpunkt statt, wo sich noch Mitglieder unabhängiger Gruppen in Berlin (Ost) in Haft befinden.

Die Erwartung, daß damit *das* Thema des Abends schon gefunden war, das Papier selbst keine Rolle mehr spielen würde, trog. Erst gegen Ende, und zwar in höchst sachlicher Form, werden auch diese Fragen diskutiert. Horst Ehmke und Thomas Meyer ist ein Kompliment zu machen. Ihre berechnete Kritik schlug an keinem Punkt in An-

schuldigungen um, die den gerade begonnenen Dialog hätten gefährden können. Rolf Reissig, sonst differenziert und scharfsinnig argumentierend, zog sich hier hinter die wenig überzeugende Verteidigungslinie der »Strafgesetze« zurück. Der von anwesenden DKP-Vertretern eingeforderte Dialog mit westdeutschen Kommunisten wurde zumindest auf dieser Veranstaltung mit eingelöst.

4. März 1988. Pantheon. Ein satirisches Theaterstück hat Premiere. Geschrieben von Diether Dehm und Rudolf Virch, gespielt von Ingolf Lück (ehemals »Formel Eins«) und dem Parodisten und Kabarettisten Hans Werner Olm: »Gorbatschow muß sterben«. Der Saal ist gerammelt voll, gespickt mit illustren Gästen: Volker Hauff, das Geschäftsführerduo Anke Fuchs (SPD) und Eberhard Walde (Grüne), *spw*-Mitherausgeberin Katrin Fuchs, Klaus Lage und einige mehr aus der Künstler-Szene, schließlich vom Süddeutschen Rundfunk bis zum Bonner *General-Anzeiger* eine bunte Mischung aus der Bundespressekonferenz. Die Stimmung vorher ist gleichfalls gemischt. Darf man ein Stück an einem derartigen (hypothetischen) Ereignis hochziehen? Was ist, wenn das wirklich passiert? Nach wenigen Szenen sind die Bedenken verflogen, besteht angesichts der einander in atemberaubender Folge ablösenden Gags, Parodien und Irritationen keine Zeit mehr zum Sinnieren. So, wie sich die Ereignisse auf der Bühne überschlagen, überschlägt sich auch der Applaus.

Eingebettet in den Handlungsstrang der Recherche des sensationsgeilen *Bildwelt*-Reporters bleibt die Frage: War's der KGB (oder doch die CIA)? Nachdenkliches zum militärisch-industriellen Komplex wird geliefert. Was haben Strauß und Möllemann damit zu tun? Verraten wird hier nichts. Weil's um Vermarktung geht (das Stück räumt mit dem Vorurteil auf, Politik sei ein schmutziges Geschäft — Politik ist Show-Geschäft!) dürfen Falco, André Heller und Boris Becker natürlich nicht fehlen. Diesmal hat sogar der *General-Anzeiger* recht: Das Stück »demonstriert politisches Kabarett mit hohem Unterhaltungswert, das unter die Haut geht und im Kopf wühlt.« Für die *Bonner Rundschau* ist es eine »beängstigend glaubhafte Zukunftsvision, die nur allzu deutlich reale Züge trägt«. Übrigens: Das Stück kann noch gebucht werden. Informationen dazu beim Kulturladen, Musikantenweg 72, 6000 Frankfurt 1, Telefon (069) 49 06 15.

Uli Schöler

Deutsch-Schwedische Kulturwochen Hamburg, 24.10.1988 bis 25.2.1989

Ein Schwerpunkt der Deutsch-Schwedischen Kulturwochen ist das Leben und Werk von **Peter Weiss**. Im Rahmen einer umfangreichen Veranstaltungsreihe zum Gesamtwerk ist ein **Lesegruppentreffen** zur »Ästhetik des Widerstands« am **12./13. November 1988** in Hamburg geplant. Bestehende oder ehemalige Lesegruppen, die Interesse am Austausch von Erfahrungen haben, melden sich bitte bei: Sigrid Schreiber/Wolfgang Groß, Gronauer Straße 17, 4800 Bielefeld 1, Telefon (0521) 100073.

Antworten auf Lafontaine

Ottwald Demele

Auf die neoklassische Logik eingelassen ...

Zum »radikalen« Umverteilungsvorschlag von Lafontaine

Die Bonner Regierungskoalition ist unter Druck geraten. Die einschlägigen Prognosen signalisieren eine baldige Abschwächung der Konjunktur; die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen; das Gesundheitssystem ist gründlich ramponiert; trotz Bonner »Sparpolitik« steigt die Staatsverschuldung weiter rasch an; die Steuerreform ist für die Regierungskoalition schon jetzt zu einem politischen Flop geworden.

Diese Fakten haben bereits erste politische Wirkung gezeitigt: Die Wahlaussichten der CDU verschlechtern sich. Selbst das Arbeitgeberlager geht partiell auf Distanz zur Bonner Wirtschaftspolitik. Die politischen Umfrage-Ergebnisse ließen für die CDU nichts Gutes ahnen, so daß z.B. Lothar Späth in Baden-Württemberg einen Wahlkampf geführt hat, in dem er sich deutlich von Bonn distanzierte. Die CDU ist bereits so nervös geworden, daß sie es fertig brachte, unmittelbar zu Beginn der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst die Vorruhestandsregelung zu Fall zu bringen, die zwar beschäftigungspolitisch nicht allzu viel gebracht hat, propagandistisch aber dennoch ein »Schlager« für die Gegner der Wochenarbeitszeitverkürzung war. Das Resultat für die Koalition: Nur wenige staatliche Haushaltsmittel wurden eingespart, aber eine wichtige Trumpfkarte gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung wurde ohne erkennbare Not aus der Hand gegeben.

Unter den Wählern, besonders unter den Arbeitnehmern, entwickelte sich die Stimmungslage zugunsten der SPD. Die im Vergleich zur Situation von 1984 deutlich bessere Akzeptanz der gewerkschaftlichen Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit sowie vor allem die deutlich höhere Kampf- und Streikbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder ist vermutlich nicht allein mit einer verbesserten Einsicht in die Notwendigkeit und beschäftigungspolitische Wirksamkeit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu erklären, sondern allem Anschein nach *auch* mit einem zunehmenden Unmut über die Folgen der Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ausgerechnet in dieser Situation, in der die Zustimmung zur SPD größtenteils ohne ihr eigenes Zutun gestiegen ist, hat sich Lafontaine mit seinen Äußerungen zum Thema »Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich« so radikal verhalten! Problematisch ist an Lafontaines Äußerungen nicht etwa (nur) der Zeitpunkt, zu dem sie gemacht wurden, denn auch zu jedem anderen Zeitpunkt wäre die Qualität der Argumente nicht besser.

Lassen wir die These beiseite, wonach der Vorstoß von Lafontaine eine »Vorleistung« mit dem Ziel der Anwerbung der FDP als künftigen Koalitionspartner darstelle. Ein Nachdenken über einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der eher noch weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit ist tatsächlich dringend erforderlich. Wenn die Konjunktur demnächst wegsackt, wird das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen drastisch schrumpfen. Ohne eine rasche und massive Umverteilung der Arbeit werden wir daher die Arbeitslosigkeit nicht einmal bis zum Jahre 2000 beseitigen können.

Allerdings ist offenkundig: Das bisher erreichte Ausmaß an Arbeitszeitverkürzung hat kaum dazu ausgereicht, Neueinstellungen in größerem Umfang auszulösen. Da die Arbeitsproduktivität jedes Jahr um etwa 2,5 bis 3 Prozent steigt, bewirkt eine Kombination aus realem Wirtschaftswachstum und Arbeitszeitverkürzung in dieser Höhe allenfalls, einen weiteren *Anstieg* der Arbeitslosenzahlen zu verhindern. Um wirklich ein Mehr an Beschäftigung bzw. den Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen, muß die Kombination aus Wirtschaftswachstum plus realisierter Arbeitszeitverkürzung deutlich über drei Prozent liegen. So gesehen, bewegt sich die Gewerkschaft ÖTV in ihrem aktuellen Tarifkampf mit ihrer dem Volumen nach 5 prozentigen Forderung eher noch an der untersten Grenze des Erforderlichen.

Um so tragischer ist es daher, wenn prominente Sozialdemokraten den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in den Rücken fallen, indem sie von ihnen verlangen, auf den vollen Lohnausgleich zu verzichten. Da hilft auch die Einschränkung wenig, daß die Lohneinbuße nur den Beziehern höherer Einkommen zugemutet werden solle. Jedermann weiß, was aus solchen Vorschlägen in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit wird: Nicht die Bezieher höherer Einkommen werden tatsächlich zur Kasse gebeten, sondern gerade jene, die angeblich verschont werden sollen: nämlich die Bezieher niedrigerer Einkommen.

Aber auch davon abgesehen entbehrt Lafontaines Vorschlag fundamental einer stichhaltigen wirtschaftstheoretischen Logik; denn weder ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik durch zu hohe Löhne entstanden noch läßt sie sich durch Lohnkürzungen überwinden.

Werfen wir einen Blick auf die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung in der jüngeren Vergangenheit: Bis etwa Mitte der siebziger Jahre sind die Reallöhne in der Bundesrepublik durchgehend gestiegen; auch die Beschäftigung nahm in dieser Periode laufend zu, so daß die zunächst kriegsbedingte Arbeitslosigkeit bis Anfang der sechziger Jahre vollständig abgebaut werden konnte (vgl. Schaubild 1). Der weitere Reallohnanstieg bis Mitte der siebziger Jahre bzw. das damit verbundene Wirtschaftswachstum, führten zur massenhaften Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer. Etwa ab Mitte der siebziger Jahre stagnierte die Reallohnentwicklung; von dieser Zeit an nahm die Beschäftigung nicht weiter zu, ab 1974/75 schrumpfte sie sogar.

Wie das Schaubild 2 zeigt, gingen die Reallöhne in der Bundesrepublik mit Beginn der achtziger Jahre absolut zurück. Trotz steigender Arbeitsleistung je geleisteter Beschäftigtenstunde sind die Reallöhne von 1980 bis 1985 deutlich gesunken. So gesehen, leisteten die Arbeitnehmer — wenn auch unfreiwillig — über mehrere Jahre hinweg »Lohnverzicht«. Was war das Resultat? Wie Schaubild 1 zeigt, ist die Arbeitslosigkeit

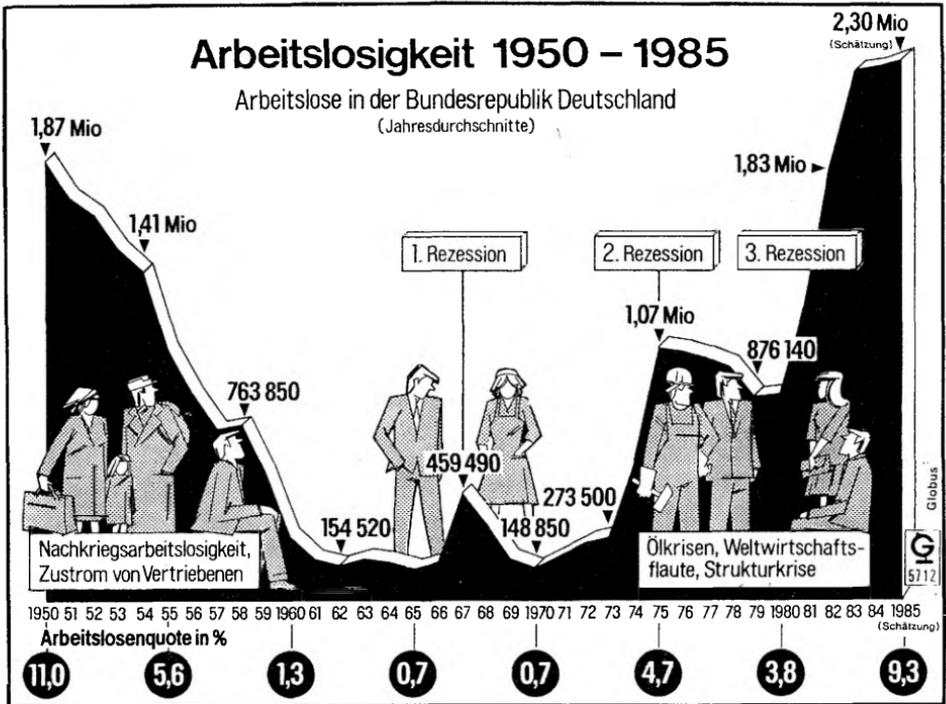
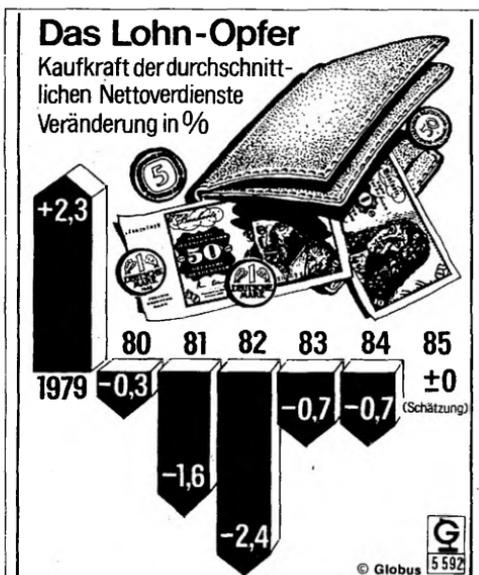


Schaubild 1 (Quelle: Der Gewerkschafter 9/85)

nicht, wie Lafontaine im Falle eines freiwilligen Lohnverzichtes offenbar vermutet, gesunken; vielmehr ist die Arbeitslosigkeit in der Periode sinkender Reallöhne sprunghaft gestiegen. Innerhalb nur weniger Jahre hat sie sich nahezu verdreifacht, nämlich von 1980 = 870 000 auf 1985 = 2,3 Millionen! Und ein solches »Experiment« sollen die Gewerkschaften nun auch noch freiwillig weiterführen?

Die neoklassische Logik, auf die sich Lafontaine offensichtlich eingelassen hat, besagt, daß ein sinkender Preis für eine Ware zu einem Anstieg der Nachfrage und zur Räumung des Marktes führt. Doch diese Logik trifft auf dem Arbeitsmarkt nicht zu. Auf dem Gütermarkt sind die Warenanbieter in der Regel durchaus in der Lage, bei sinkender Nachfrage und dem damit verbundenen Preisverfall ihr Warenangebot einzuschränken und so einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage herbeizuführen. Sinkt aber der Preis für die Ware Arbeitskraft, also der Lohn, so werden die Arbeitnehmer nicht ebenfalls mit einer Zurückhaltung ihres Warenangebotes, also ihrer Arbeitskraft, reagieren. Im Gegenteil: die Erfahrung lehrt, daß in Phasen sinkender Reallöhne die »Bereitschaft« steigt, den Lohn notfalls auch durch Ableistung von Überstunden bzw. durch Nebenjobs aufzubessern. D.h. gerade dann, wenn der Reallohn sinkt, wächst der Druck auf dem Arbeitsmarkt; es verstärkt sich die Tendenz, das individuelle Arbeitsangebot auszuweiten, statt — wie es auf dem Gütermarkt möglich ist — das Angebot



Auch in diesem Jahr müssen die Arbeitnehmer auf eine Erhöhung ihres Lebensstandards verzichten. Denn der voraussichtliche Anstieg der Nettoverdienste um zweieinhalb Prozent wird vom erwarteten Preisanstieg völlig aufgezehrt. Immerhin stellt dieses »Nullwachstum« einen gewissen Lichtblick dar; ist doch der jahrelange Abwärtstrend damit vorerst gestoppt. Von 1980 bis 1984 übertraf der Preisanstieg regelmäßig den Anstieg der Nettoverdienste. Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sanken in diesen fünf Jahren um insgesamt rund fünfseinhalb Prozent. Sie liegen heute auf dem Niveau des Jahres 1977.

Schaubild 2 (Quelle: ötv-magazin 7/85, S.10.)

einzuschränken. Gütermarkt und Arbeitsmarkt reagieren insofern exakt entgegengesetzt. Ein weiterer Lohnabbau würde nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern zu einer verstärkten Bereitschaft zu Überstunden bzw. Nebenjobs führen — eine Tendenz, die schon jetzt deutlich zu beobachten ist. Dies gilt übrigens z.B. auch für die USA, wo der Lohnabbau auf unfreiwilliger Basis bekanntlich schon weiter fortgeschritten ist als hierzulande.

Kommen wir zu der Frage, was die Unternehmer mit den durch Lohnverzicht eingesparten Geldern tun würden? Wenn es zuträfe, daß sie gegenwärtig gern in zusätzliche Arbeitsplätze investieren *wollten*, dies aber aus Mangel an Finanzierungsmasse nicht tun *könnten*, dann würde der Vorschlag von Lafontaine einen gewissen Sinn ergeben.

Niemand kann jedoch bestreiten, daß die Unternehmen gegenwärtig über sehr umfangreiche Finanzierungsmittel verfügen. Aber wie werden diese Gelder angelegt? Da es bei dem gegebenen geringen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten in Höhe von rund 84 Prozent in der Tat wenig rentabel wäre, weitere Produktionsstätten zu errichten, so

lange die Nachfrage nicht steigt, suchen die Unternehmer nach alternativen Kapitalanlagemöglichkeiten:

- Die von der CDU/FDP-Koalition betriebene Ausweitung der Staatsverschuldung verschafft vor allem den Großverdienern sowie den in hohem Maße liquiden Unternehmen eine Möglichkeit zur massenhaften Kapitalanlage auf dem Finanzmarkt.
- Eine Alternative dazu stellt die Privatisierung von Bundesunternehmen, wie z.B. der Post, dar: Hierbei handelt es sich um die Schaffung von Kapitalanlagemöglichkeiten im realen Sektor der Wirtschaft, mit dem Vorteil, daß keine zusätzlichen

Produktionskapazitäten entstehen. Eine Ausweitung des Produktionsapparates beinhaltet die Gefahr, daß das allgemeine Preisniveau im Zuge einer Ausweitung der Produktion »verdorben« würde.

- Eine weitere zunehmend genutzte Möglichkeit der Anlage von überschüssigem Kapital besteht in der Übernahme bereits existierender privater Unternehmen vor allem durch Großkonzerne.
- Ferner bleibt noch die Möglichkeit der Kapitalanlage im Ausland, nämlich dort, wo sich wichtige Absatzmärkte für die bisher stark im Export engagierten bundesrepublikanischen Unternehmen befinden. Dieses Argument gewinnt um so mehr an Gewicht, je stärker internationale Handelsbeschränkungen um sich greifen.

Seitdem in der Bundesrepublik die Reallöhne absolut gefallen sind, nämlich seit Anfang der achtziger Jahre, ist die Bundesrepublik zu einem Nettokapitalexporteur geworden. Ein weiterer Lohnabbau, der auch zu einer Dämpfung der Binnennachfrage führen würde, müßte die Bundesrepublik als Produktionsstandort weniger attraktiv machen — und somit die Tendenz zur Anlage von bundesrepublikanischem Kapital im Ausland noch weiter verstärken. Mit einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit hätte das jedoch nichts zu tun: Die vergleichsweise kleine Bundesrepublik ist erst in jüngster Zeit zum Exporteur Nummer 1 in der Welt aufgestiegen — und dies trotz ständiger Aufwertungen der DM. In einer solchen Situation ausgerechnet von den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik einen Lohnverzicht zu verlangen, ist wenig überzeugend.

Das Arbeitgeberlager nimmt Lafontaines »Anregung« natürlich dankend auf — ohne sich allerdings an die Rolle zu halten, die Lafontaine ihm zugehört hat: die als Gegenleistung abgeforderte Zusage, die eingesparten (Lohn-)Gelder als Fond für eine Einstellungsgarantie zu verwenden, ist von den Arbeitgebern postwendend mit dem Argument abgelehnt worden, daß es keine Beschäftigungsgarantie geben könne, zumal es auch keine Auftragsgarantie gebe. Um so begieriger ist von den Arbeitgebern jedoch der Aspekt der Umverteilung des Lohnvolumens unter den Lohnabhängigen aufgegriffen worden, da auf diesem Wege die Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht zur Diskussion gestellt wird. Doch gerade hier hätte Lafontaine wohl besser mit einem radikalen Umverteilungsgedanken ansetzen sollen:

In der Zeit von 1980 bis 1987 ist der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter) am Volkseinkommen von etwa 75 auf unter 68 Prozent gefallen — entsprechend ist der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gestiegen. Exakt in diesem Zeitraum hat sich, wie anhand des Schaubildes 1 erläutert, die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik in etwa verdreifacht. Diese Art der Umverteilung des Volkseinkommens bringt für die Beschäftigung nichts Positives. Was wir dringend brauchen, ist die rasche Umkehr des jetzt laufenden Umverteilungsprozesses. Nur eine starke Ausweitung der Massenkaufkraft in Verbindung mit einer drastischen Verkürzung der Arbeitszeit und einer bewußt gestalteten expansiven Ausgabenpolitik des Staates kann das Beschäftigungsproblem in absehbarer Zeit lösen.

Michael Karnatz

Sozialismus in einer Klasse

Das muß man Oskar Lafontaine lassen: Geschickter läßt sich eine Medienkampagne nicht organisieren. Vorbereitet durch ein Interview in der Wirtschaftswoche und einen Artikel im *Spiegel*, kurz vor dem Erscheinungstermin seines neuen Buches und rechtzeitig zu den Tarifaueinandersetzungen der ÖTV, präsentiert er der verdutzten Öffentlichkeit seinen Vorschlag einer Arbeitszeitsverkürzung ohne Lohnausgleich. Das ist der Stoff, aus dem man Schlagzeilen macht: Ein unverbraucher SPD-Politiker schlachtet heilige linke Kühe und verwirrt Freund und Feind.

Das Medienurteil fiel einhellig aus: Da hat endlich mal jemand die verschlafene Tante SPD aufgeweckt, das von der SPD so lange sträflich vernachlässigte Feld der Wirtschaftskompetenz besetzt, sich damit als Hoffnungsträger für neue politische Konstellationen empfohlen und — nicht zuletzt — den »Skandal der Massenarbeitslosigkeit« wieder ins öffentliche Bewußtsein gerückt — Oskar for president!

So euphorisch konnte das Urteil der SPD natürlich nicht ausfallen, hatte doch die Auseinandersetzung um Lafontaines Thesen einen tiefen Riß in der Partei zutage befördert. Der Parteivorstandsbeschluß vom 14. März versuchte dann auch, vom internen Streit abzulenken und die SPD wieder gegen die alten Gegner — Arbeitgeber und Regierung — auszurichten. Der Kern der hitzig geführten Debatte blieb jedoch ausgeblendet.

Viel Lärm um nichts?

Angesichts des sachlichen Gehalts von Lafontaines Vorschlägen ist die entstandene Aufregung kaum zu verstehen: Über Kürzungen der Pflichtstundenzahl arbeitslose Lehrer in Beschäftigung zu bringen, geht auf Diskussionen in der GEW zurück, in Nordrhein-Westfalen wird dies auf freiwilliger Basis auch bereits praktiziert. In diesem Bereich neue Anstrengungen der Arbeitgeber zu erwarten, wo doch Abbau und nicht Ausbau des Öffentlichen Dienstes auf ihren Fahnen steht, scheint kaum realistisch. Nun ist aber das Lehrerbeispiel der bisher einzige konkrete Vorschlag, bei dem die Rechnung »weniger arbeiten = höhere Beschäftigung« auch nur theoretisch funktionieren könnte. In der Privatwirtschaft wird es völlig illusionär, die Arbeitgeber verhehlen das auch nicht. Daran ändert die nachgeschobene Einschränkung des Lohnverzichts auf Besserverdienende nichts, beklagen doch die Arbeitgeber gerade die hohen Lohnkosten der unteren Einkommensgruppen und wehren sich deshalb mit Händen und Füßen gegen »gleichmacherische« Festgeldforderungen der Gewerkschaften. Aber auch Lafontaine kann nicht einerseits die »Angestellten mit attraktiven Gehältern« (*Wirtschaftswoche* 7/88) umwerben und sie andererseits mit Lohn- und Gehaltskürzungen verprellen.

So begeisterte denn auch weniger die Durchführbarkeit und Plausibilität seiner Thesen als vielmehr die Tatsache, daß hier endlich einmal ein prominenter Sozialdemokrat den von Unternehmern und von der Wirtschaftspublizistik seit eh und je gepredigten Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung anerkennt und damit »wirtschaftspoli-

tische Kompetenz« beweist. — In der SPD hatte Lafontaine die herrschende »Unten-gesagt-Mentalität« (SPD-Wahlanalyse) in einem wichtigen Punkt aufgebrochen und eine auf viele befreiend wirkende Debatte entzündet. Die Brisanz und Heftigkeit der Diskussion ist eben nur damit zu erklären, daß in diesem Thema eine Reihe von höchst bedeutsamen unbearbeiteten Fragestellungen und Kontroversen sich bündeln und überkreuzen.

Neubewertung der Arbeit

Lafontaine will die bezahlte Erwerbsarbeit geringer bewertet wissen. Das heißt, er sieht unsere Gesellschaft nicht (mehr?) durch den Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Konsequenterweise sinken bei dieser Betrachtung die Organisationen der Lohnabhängigen zu einer Lobby wie jeder anderen herab, die lediglich egoistische Einzelinteressen ihrer Mitglieder vertritt und damit dem Gesamtinteresse der Gesellschaft und besonders den Arbeitslosen Schaden zufügt.

Vorbereitet wurde diese Sicht schon lange mit der gängigen These von der Zweidrittel-Gesellschaft, die die Grenze zwischen »oben« und »unten« bei »Besitz« oder »Nichtbesitz« eines Arbeitsplatzes zieht. Die wirklich Herrschenden und Besitzenden in einem Boot mit einem großen Teil der Lohnabhängigen.

Dämon Weltmarkt

Diese Interessenidentität werde zudem vom Weltmarkt verlangt. In den von außen vorgegebenen und als unveränderbar akzeptierten »Stürmen« des Weltmarktes und der internationalen Finanzmärkte kann die BRD danach nur bestehen, wenn »alle« am Erhalt und Ausbau der Konkurrenzfähigkeit mitwirken. Die Aufgabe einer Sozialdemokratie kann so gesehen nur darin bestehen, die »Modernisierung der Volkswirtschaft« sozial abzufedern, das heißt, die notwendigen Belastungen und Einschränkungen auf Lohnabhängige und Arbeitslose »gerecht« aufzuteilen. Tatsächlich beherrscht die Vorstellung, man wäre der Weltwirtschaft hilflos ausgeliefert, die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD fast vollständig. Nur selten wird sie allerdings so konsequent formuliert wie von Fritz Scharpf, der den »Sozialismus« nur noch in einer Klasse für möglich hält. Aus diesem Grund löste auch schon der Kampf der IG-Metall um die 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich bei vielen in der SPD die Befürchtung aus, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft könnte Schaden nehmen. Damals aber schien Ärger mit den Gewerkschaften noch nicht angesagt. Die Skeptiker schwiegen. Die Frage, wie Weltmarktzusammenhänge mit sozialistischen Handlungsmöglichkeiten vermittelt werden können, gehört denn auch zu den wichtigsten Problemstellungen in der Programmdiskussion. Die bei Lafontaine gepriesene »Radikalität« des Denkens entpuppt sich so bei näherem Hinsehen als wohlfeile Kapitulation vor den kapitalistisch produzierten Sachzwängen von Konkurrenz und leeren Staatskassen. Ein statisches Denken, das die gegebene Form der Reichtumsproduktion als unveränderlich akzeptiert und lediglich die Lohnsumme anders verteilen will, kann uns hier nicht weiterhelfen.

»Neues Denken« in der SPD?

Hatte der nach dem Regierungsverlust wiedergewonnene Schulterschuß mit den Gewerkschaften einigen Sozialdemokraten auch schon vor dem Neue Heimat-Debakel nicht geschmeckt, so kann dies, dank Lafontaine, endlich auch nach außen hin verkündet werden. Schließlich ist die SPD ja eine »Volkspartei« und keine »Gewerkschaftspartei«. Mit dem Verprellen der Gewerkschaften und dem Abwerfen von Klassenkampfballast sind nun die Türen für vielfältige Bündniskonstellationen wieder geöffnet. Verbindet sich das »Neue Denken« Lafontaines nicht wunderbar mit der »Neuen Sozialen Frage« von Geißler? Ist nicht die »Beschränkung der Ansprüche« ein Lieblingsthema der FDP, aber auch innerhalb der Grünen? Zeigt nicht der »Mut« von Lafontaine und Co., die alten Kampfgefährten in den Gewerkschaften links liegen zu lassen, wie unkonventionell und modern diese SPD denken kann? Und eröffnen nicht die neu gewonnenen Einsichten einen Weg zu den davongelaufenen oder durch die Antiquiertheit der SPD verschreckten Wählerschichten in den Dienstleistungszentren? Der Beifall der realpolitischen Enkel verwundert nicht.

Solidarität

Die große Popularität von Lafontaines Vorschlag ist sicher auch verknüpft mit seinem christlichen Solidaritätsbegriff. Ist die Solidaritätsvorstellung der Arbeiterbewegung geprägt von Erfahrungen eines gemeinsamen Kampfes, so reduziert das Christentum Solidarität auf Mitleid und Barmherzigkeit. Die materiellen Unterschiede zwischen den Menschen, Klassenunterschiede spielen keine Rolle, solange nur alle reinen Herzens sind und jeder nach seinen Möglichkeiten etwas abgibt. So ziehen Lohnabhängige und Unternehmer sozialpartnerschaftlich am selben Strang gegen die Arbeitslosigkeit: Der eine gibt etwas von seinem Lohn ab, der andere stellt dafür Arbeitskräfte ein. Alles eine Frage des guten Willens! Daß auf diese harmonische Weise kapitalistische Ökonomie funktioniert, dürfte eigentlich auch Lafontaine nicht glauben können, aber sein durch moralische Kategorien geprägtes Denken macht ihn anfällig für idealistische Konstruktionen. Wenn er in seinem Buch »Die Gesellschaft der Zukunft« der Linken vorwirft, sie hätte sich in der Vergangenheit fast ausschließlich auf die Frage konzentriert, wie die Gesellschaft funktioniert und dabei genügend scharfsinnige Analysen und Entwürfe geliefert, sich aber zu wenig mit einer sozialistischen Anthropologie beschäftigt (S.66), so zeigt sich darin eine krasse Fehleinschätzung. Gerade weil die Analysen und Entwürfe der Linken noch nicht konkret und wirklichkeitsnah genug sind, laufen die Menschen immer noch Gesundbetern hinterher.

Die Lafontaineschen Appelle fallen auf einen fruchtbaren ideologischen Boden, auf dem Askese und Konsumverzicht schon lange gelehrt wird. Nun wäre ja nichts dagegen zu sagen, wenn sich als zu hochbezahlt empfindende Beamte freiwillig — zugunsten des Staatshaushalts — von Entbehrlichem entlasten würden, nur steht doch zu befürchten, daß dieser »Solidarisierungsprozeß« viel eher die unteren Einkommensgruppen trifft und womöglich dort sogar noch von den Betroffenen unterstützt wird. Darauf deutet eine *Stern*-Umfrage hin, die eine deutlich überproportionale Bereit-

schaft für Lohnverzicht bei den Beziehern hoher, aber auch sehr niedriger (unter 1000 DM netto!) Einkommen ausweist. Diese Kampagne könnte also den Effekt haben, Bescheidenheit und Gürtel-enger-schnallen-Parolen noch tiefer in der Bevölkerung zu verankern. Sozialismus in Sack und Asche?

Streit um den richtigen Weg

Lafontaine hat mit seinen Thesen eine Debatte um eine chronische Massenarbeitslosigkeit mit ihren Marginalisierungsfolgen angestoßen. Die breite Aufnahme des Themas zeigt, daß im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich in der Öffentlichkeit Mobilisierungspotentiale liegen, die die Linke und die Gewerkschaften bisher nicht zu nutzen verstanden. Lafontaine hat recht, wenn er das Fundament einer linken Politik durch die Auseinanderentwicklung von Einkommen und Lebenschancen gefährdet sieht. Im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Kampagne zur Wiedergewinnung der Regierungsfähigkeit muß daher die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit stehen. Es zeigt sich aber auch, in welcher gefährlichen Richtung eine Debatte gehen kann, wenn sie am falschen Ende begonnen wird. Kaum hatte Lafontaine die Schleusen geöffnet, da wurden die alten rechten ideologischen Ladenhüter wieder neu aufgeputzt. So fühlte sich z.B. auch der *Stern* bemüßigt, das alte Klagelied der Unternehmer von der sozialen Hängematte zu singen: »Wir« arbeiten zu wenig, machen zu lange Urlaub, produzieren zu teuer, sind nicht flexibel genug. Noch könnten wir auf dem Weltmarkt mithalten, aber wenn wir uns nicht bald umstellen und radikal einschränken, dann ist es mit dem Wohlstand bald vorbei. Wenn die Gewerkschaften sich jetzt nicht einsichtig zeigen, so gefährden sie unsere Zukunft und tragen die Schuld für weiter steigende Arbeitslosigkeit und Armut. Solche Gedankengänge beherrschen die Medien und stoßen auch in der SPD auf Resonanz.

Vielleicht ist es gut, daß der freundliche Schleier scheinbarer Einigkeit in der Sozialdemokratie zerrissen ist, denn jede Enttäuschung kann den Blick für die wirklichen Problemstellungen schärfen. Die Linke, der es um die Verteidigung und um den Ausbau der sozialen Errungenschaften geht, ist in der aufgebrochenen Diskussion gezwungen — und hierin liegt auch eine Chance —, ihre Analysen des Weltmarkts und der Finanzverflechtung zu präzisieren und ihre Alternativen zur Beschäftigungspolitik und Binnenmarkt-orientierung zu konkretisieren. Für die SPD aber steht ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Sollte der sich abzeichnende Riß nicht zu kitten sein oder noch weiter vertieft werden, so sind verheerende langfristige Auswirkungen für die Bundesrepublik zu befürchten. Bei aller notwendigen Kritik an Einzelaspekten der Gewerkschaftspolitik muß die SPD doch bedenken: Eine politisch ausgegrenzte Gewerkschaftsbewegung würde den Sozialabbau-Strategien der Unternehmer wohl kaum ausreichenden Widerstand entgegensetzen können, geschweige denn, bei den anstehenden technischen und sozialen Umwälzungsprozessen ein wichtiges Wort mitzureden haben. Aber auch die SPD wäre danach nicht mehr dieselbe: eine »moderne« Partei ohne Rückgrat und Perspektive, vom Tanker zu einem Segelboot abgewrackt, nur noch getrieben von den wechselhaften Winden der öffentlichen Meinung. Im Jahr des 125. Geburtstages stehen der Sozialdemokratie durchaus schicksalhafte Diskussionen ins Haus.

Globale Probleme

Wolfgang Zellner

Globale Probleme und neues Denken

Seit wenigen Jahrzehnten ist die Menschheit mit einer neuen Qualität von Problemen konfrontiert, globalen Problemen, die die Existenzgrundlagen der Gattung Mensch als ganzer bedrohen. Und jahrzehntelang war der Umgang der Menschheit mit dieser neuen Bedrohungssituation so ignorant, wie Albert Einstein feststellte: »Die entfesselte Gewalt des Atoms hat alles verändert, nur unsere Denkweise nicht, und wir bewegen uns daher auf eine Katastrophe ohnegleichen zu.« Auch heute ist es noch nicht gelungen, auch nur in einem einzigen Sektor die laufenden katastrophischen Tendenzen zu stoppen und umzukehren. Gewachsen sind jedoch die Ansätze zu einer Veränderung im Denken und Handeln.

Im Westen verstetigen sich die Warnungen einzelner Wissenschaftler, Bewegungen und Politiker zu einer allgemeinen, gesellschaftspolitischen Bewegung für Abrüstung und einen verantwortlichen Umgang mit der Natur. Die Entwicklungsländer beginnen sich unter existentiellm Druck für die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu formieren. Und am bedeutendsten: Die UdSSR hat mit der Ära Gorbatschow begonnen, einen politischen Gesamtentwurf zu entwickeln und umzusetzen, dessen *neues Denken* erstmals systematische Antworten auf die Herausforderung der globalen Problemstellungen erkennen läßt.

Welche der beiden Tendenzen obsiegt, ob aus katastrophischen Tendenzen globale Katastrophen werden oder ob es der Menschheit gelingt, umzusteuern, ist offen. Der philosophisch-politische Streit um die »Offenheit der Geschichte« hat damit einen ganz neuen Sinn bekommen. Heute und in Zukunft geht es in erster Linie darum, ob und unter welchen Bedingungen menschliche Geschichte überhaupt noch weiter stattfinden kann.

Der umfassende Charakter der globalen Problemstellung zwingt dazu, eine Reihe einzelner Fragen zu ordnen und zu versuchen, Antworten zu finden.

Was kennzeichnet globale Probleme? Was sind die Ursachen der Gattungsproblematik? In welchem Verhältnis steht die Gattungsproblematik zur andauernden Realität der Klassenauseinandersetzungen?

Diese drei Fragen sollen im Mittelpunkt dieses Aufsatzes stehen. Erst wenn die Dimension der Fragestellung grundsätzlich geklärt ist, können weitergehende und konkretere Fragen nach dem Verhältnis und dem Spannungsfeld zwischen dem Ziel der sozialistischen Transformation der Gesellschaft und der Notwendigkeit der Lösung der globalen Probleme behandelt werden. Erst dann ist es möglich, die Frage konkret zu stellen, welchen Anforderungen eine sozialistische Strategie in der Bundesrepublik ge-

nügen muß, die ihren Lösungsbeitrag zu globalen Problemstellungen mit Antworten auf die Strukturbüchse und Innovationserfordernisse im nationalen Rahmen verbinden und beides in eine langfristige Perspektive der sozialistischen Transformation der Gesellschaft einreihen will.

Was kennzeichnet globale Probleme?

Unter globalen Problemen sollen Bedrohungspotentiale verstanden werden, deren aktuelle Aktivierung oder die explorative Fortschreibung ihrer bisherigen Entwicklungstrends die schnelle Vernichtung oder schleichende Untergrabung der Existenzbedingungen der Menschheit zur Folge haben würde. Die Bedrohungspotentiale globaler Probleme beziehen sich auf die ganze Menschheit, alle Gesellschaften und Staaten, alle Klassen und Schichten, sind Gattungsprobleme. Unter dem globalen Bedrohungspotential soll die Gesamtheit aller die Existenz der Gattung in Frage stellenden Einzelbedrohungen inklusive ihrer synergetischen Verbindungen verstanden werden, das sich in drei Hauptgruppen aufgliedern läßt:

- das Problem der atomaren, chemischen, biologischen und zunehmend konventionellen Massenvernichtungsmittel;
- das Entwicklungsproblem;
- das Energie-, Ressourcen- und Umweltproblem.

Diese Hauptbedrohungspotentiale stehen sowohl von den Entstehungsursachen wie von den längerfristigen Lösungsmöglichkeiten her in einem systematischen Zusammenhang. Es ist ein wesentliches Merkmal der Gattungsproblematik, daß ihre Teilbereiche unauflösbar miteinander verbunden sind. »Es gibt keine Umweltkrise, keine Entwicklungskrise und keine Energiekrise — sie alle sind Teil einer einzigen Krise«, heißt es im Brundtland-Bericht. Aus dem Zusammenhang globaler Bedrohungspotentiale ergibt sich, daß auf Dauer weder isolierte sektorale Lösungen noch isolierte nationale oder regionale Lösungen möglich sind. Lösungsansätze müssen sich auf die Gesamtbedrohung beziehen und die Einzelbereiche sektoral und international verknüpfen. Für globale Probleme gibt es letztlich nur Lösungen im Rahmen umfassender globaler Kooperation.

Die Existenz eines einzigen globalen Bedrohungssyndroms bedeutet nicht, daß die in ihm zusammengefaßten Einzelbedrohungen gleichgewichtig und in ihren Beziehungen untereinander ungeordnet wären. Vielmehr besteht sowohl eine hierarchische Ordnung der einzelnen Problemfelder untereinander als auch eine systematische Verknüpfung zwischen ihnen.

Hierbei steht das Problem der Massenvernichtungsmittel an erster Stelle der Dringlichkeitshierarchie. Im Gegensatz zu allen anderen globalen Bedrohungspotentialen, die als solche unbewußt herbeigeführte Folgen menschlicher Einwirkung auf die Natur sind, sind die Massenvernichtungsmittel das einzige Potential, das bewußt und planvoll zur Vernichtung geschaffen wurde. Die Massenvernichtungsmittel stellen zudem die einzige Bedrohung dar, die innerhalb kürzester Zeit aktualisiert werden kann. Der Satz, »Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts«, ist daher keine

gefällige Phrase, sondern die präzise Umschreibung des einzigartigen Bedrohungspotentials der Massenvernichtungsmittel und der Tatsache, daß ohne die Beseitigung der Massenvernichtungsmittel alle anderen Lösungsansätze zum Scheitern verurteilt sein müssen. Das Friedensproblem steht auch deshalb an erster Stelle, weil ohne einen großen Teil der ökonomischen und geistigen Mittel, die heute für Rüstung verausgabt werden, eine Lösung der anderen Globalprobleme nicht denkbar ist. Der Untergang der Menschheit ist auch ohne großen Krieg möglich, allein durch die Vorbereitung auf diesen Krieg in einem immer weiter fortschreitenden Wettrüsten, das die Mittel aufzehrt, die erforderlich sind, um die katastrophische Gesamtentwicklung aufzuhalten, bevor sie irreversibel wird.

Der bewußt geplante Zweck der Massenvernichtungsmittel ist die direkte Negation des zwingenden Gebots globaler Kooperation. Von daher ist die Durchsetzung von Kooperation zwingend verbunden mit der Beseitigung der Massenvernichtungsmittel und des Krieges als Instrument der politischen Auseinandersetzung. Solange die Menschheit nicht in der Lage ist, die von ihr selbst bewußt geschaffene größte Bedrohung wieder abzubauen, wird sie in keiner Hinsicht fähig sein, die restlichen globalen Probleme zu bewältigen. Deshalb ist die Beseitigung der Massenvernichtungsmittel und des Krieges als politischer Kategorie der Schlüssel zur Lösung aller globalen Probleme.

Die Einleitung einer neuen Logik »Entwicklung statt Rüstung« setzt Abrüstung voraus. Und die Lösung der Entwicklungsproblematik ist wiederum eine Hauptvoraussetzung, um in globalem Maßstab zu einer Lösung der Energie-, Ressourcen- und Umweltprobleme zu kommen. Denn solange z.B. 1,5 Milliarden Menschen auf Holz und Dung als einzige Energiequelle angewiesen sind, solange der Hunger Milliarden Menschen zur Überausnutzung ihrer Acker- und Weideböden zwingt, werden die laufenden Probleme der Versteppung und Verwüstung, des Abholzens der tropischen Regenwälder mit ihren Auswirkungen auf das globale Klima weitergehen, ist eine weltweite Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen nicht möglich. Die Abfolge Frieden — Entwicklung — Umwelt kann als grober Anhalt für die innere Hierarchie der einzelnen globalen Bedrohungspotentiale gelten. Hierarchie der Problemfelder bedeutet nicht, daß man die Probleme unterschiedlich wichtig nehmen könnte oder daß ihre Lösung sukzessive ablaufen könnte oder gar sollte, sondern bedeutet, daß von der Sache her in der Lösung des übergeordneten Sektors Voraussetzungen für die Lösung der Probleme in den anderen Feldern liegen.

Ein wichtiges Merkmal globaler Probleme ist ihre einerseits schleichend-allmähliche Entwicklung, und andererseits die Möglichkeit zu plötzlichen Steigerungen der Entwicklungsdynamik. Dies macht es einmal schwer, wenn nicht unmöglich, points of no return zu erkennen; andererseits begünstigt die zunächst schleichende Entwicklung die menschliche Verdrängung, Umdefinition, ja positive Stilisierung der wirklichen Problemlage. Ein weiteres damit zusammenhängendes Merkmal ist der historisch knappe Zeitfaktor zur Lösung globaler Probleme. Damit ergibt sich erstmals in der Geschichte der Menschheit eine Situation, wo eine fast alles umspannende Problemlage innerhalb kürzester Zeit positiv gelöst bzw. mindestens entschärft werden muß. Die

jetzt arbeitende Generation muß Lösungen zumindest einleiten, wenn künftige Generationen leben sollen. Das heißt aber auch, daß Lösungsansätze von den heute existierenden Gesellschaftssystemen inklusive ihrer nationalen und internationalen Klassenantagonismen ausgehen müssen und daß eine Orientierung, die erst den Sozialismus im Weltmaßstab erringen will, um dann die Gattungsproblematik in Angriff zu nehmen, allein auf Grund des Zeitfaktor tödlich wäre.

Das dringendste Erfordernis ist, in einer Welt, die in ihren Problemen schon längst eine Einheit ist, auch in der Problembewältigung zu Gemeinsamkeit, Kooperation und einheitlichem Vorgehen zu finden. Die Gestaltung »gemeinsamer Sicherheit« ist weltweit genauso zur zwingenden Herausforderung geworden wie die Einleitung »gemeinsamer Entwicklung« in einer einzigen, der Menschheit »gemeinsamen (Um-)welt«. Zu *globaler Kooperation* als Grundkategorie des internationalen Zusammenlebens gibt es keine Alternative, wenn die Menschheit überleben soll. Dies erfordert eine weitestgehende Umstellung des Denkens und Handelns in sehr kurzer Zeit.

Zum Verhältnis von Produktivkraftsystem und Produktionsverhältnissen

Seitdem sich Menschen in systematischer Weise die Natur aneignen, tun sie dies in gesellschaftlicher Organisation. Im Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion lassen sich zwei ineinandergreifende und zusammenhängende Teilprozesse unterscheiden:

- Der menschliche Entwicklungsprozeß auf die Natur findet statt auf einem bestimmten Niveau der Produktivkraftentwicklung, auf der Grundlage eines bestimmten Produktivkraftsystems.
- Die gesellschaftliche Organisation dieses Einwirkungsprozesses auf die Natur konstituiert ganz bestimmte Produktionsverhältnisse, gesellschaftliche Verhältnisse, eine ganz bestimmte Produktionsweise oder Gesellschaftsformation.

Als Produktivkraftsystem wird der Gesamtkomplex der Mittel und Methoden, Instrumente und des gesamten Wissens verstanden, mit dem der Mensch auf die Natur einwirkt. Dazu gehören der Mensch selbst, seine Qualifikation sowie alles an Wissenschaft und Technik, was er entwickelt hat. Das Produktivkraftniveau ist die Reichweite der menschlichen Einwirkung auf die Natur und sie ist im wesentlichen von der menschlichen Kenntnis der Naturgesetze und seiner Fähigkeit, diese Kenntnis zur Umwandlung von Naturgegebenheiten einzusetzen, bestimmt. Vom Produktivkraftniveau zu unterscheiden ist die Produktivkraftentwicklungsrichtung oder der Produktivkraftentwicklungspfad auf der Grundlage eines bestimmten Produktivkraftniveaus. Es wird davon ausgegangen, daß ab einem bestimmten Niveau unterschiedliche Entwicklungspfade möglich sind und daß die Freiheit, aber auch der Zwang zur Wahl zwischen alternativen Pfaden mit wachsendem Niveau steigen.

Im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse wird — in Klassengesellschaften als Ergebnis der Klassenauseinandersetzung, für unsere heutigen Verhältnisse präziser: als Ergebnis eines komplexen Prozesses der staatsmonopolistischen Regulierung — darüber entschieden, wie die gesamte Produktion und Reproduktion organisiert wird.

Ebenfalls im Rahmen staatsmonopolistischer Regulierung wird darüber entschieden, welche Aspekte des Produktivkraftsystems in ihrer Entwicklung besonders forciert werden sollen. Die Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse sind die Organisationsform des Produktivkraftsystems. Genügt diese Organisationsform den Anforderungen des Produktivkraftsystems nicht mehr, so sind über kurz oder lang Anpassungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Regulierungsmechanismen erforderlich: Sei es als *gradueller Einzelanpassung*, als *umfassendere Reform*, als *qualitative Veränderung* der gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. der Klassenverhältnisse.

Das Produktivkraftsystem als System der Einwirkung der Menschen auf die Natur und die Produktions- bzw. Klassenverhältnisse sind zwei verschiedene Aspekte ein- und desselben Prozesses. Jeder Gegenstand, jedes Problem in diesem immer ganzheitlichen gesellschaftlichen Prozeß hat daher Doppelcharakter, ist einerseits Natureinwirkung, andererseits gesellschaftlicher bzw. Klassenprozeß. Die beiden Aspekte des Gesamtprozesses konstituieren daher zwei, zwar verbundene, aber relativ eigenständige Ursachenkomplexe für globale Probleme.

Zu den Ursachen globaler Probleme

Ich unterscheide zwei Ursachenkomplexe für globale Probleme:

- Eingriffe des Menschen in die Natur ohne Kenntnis der und Rücksicht auf die Folgen;
- Form und Inhalt gesellschaftlicher Ausbeutungsbeziehungen und Klassenauseinandersetzungen.

Ich betrachte diese beiden Ursachenkomplexe als zwar verbundene, aber relativ eigenständige, die nicht einfach aufeinander reduziert werden können. Die menschliche Tradition blinder Natureingriffe überdauert verschiedene Klassenformationen und auch den existierenden Sozialismus; andererseits sind Form und Inhalt von Klassenauseinandersetzungen und Ausbeutungsbeziehungen eigenständige Ursachen globaler Probleme, die nicht auf das Mensch-Natur-Verhältnis reduziert werden können.

Die bisherige menschliche Einwirkung auf die Natur diene zwar immer ganz bestimmten konkreten Zwecken, war jedoch jenseits dieser bewußt bestimmten Zweckmäßigkeit in mehrfacher Weise bewußtlos. Zum einen konzentrierte man sich immer und fast ausschließlich auf den eigenen, bewußt verfolgten Zweck. Was dabei unbewußt an Nebenwirkungen mitproduziert wurde, blieb außer acht. Ganz zu schweigen von den Wechselwirkungen zwischen den eigenen unbewußt hervorgerufenen Nebenwirkungen und denen anderer. Damit hat es in dem Moment ein Ende, wo sich aus regionalen oder nationalen Produktivkraftsystemen, die regionale Rück- und Nebenwirkungen hervorrufen, ein globales Produktivkraftsystem entwickelt, das weltweit wirkende Rückwirkungen hervorruft. Da diese Rückwirkungen zudem absolute Bedrohungspotentiale enthalten, entsteht die Notwendigkeit, bewußt eine neue Logik globaler Produktivkraftentwicklung einzuleiten. Das ist eine Anforderungsrevolution, die in einer Reihe von Punkten alles in Frage stellt, was gilt, seitdem der Mensch überhaupt eine systematische Aneignung der Natur betreibt. Es geht darum, das bisherige

instrumentell-relative Verhältnis zur Natur zu überwinden zugunsten der Erkenntnis, daß das Natursystem absolute Belastungsgrenzen hat, daß die menschliche Natureinwirkung diese bald erreichen könnte und daß der Mensch damit dabei ist, sich im Prozeß der immer weiter gehenden Verbesserung seiner Existenz seiner Existenzvoraussetzungen zu berauben. Um dieser Problematik entgegenzusteuern, ist ein komplexeres und verantwortlicheres Denken bezüglich der synergetischen Folgen aller Natureingriffe erforderlich. Es geht um die Transformation des bisherigen begrenzten Nützlichkeitsdenkens auf die Ebene qualitativer globaler Regulierungssysteme.

Es geht also auf der Ebene des Verhältnisses von Mensch und Natur um die Frage, ob die Menschheit als ganze und als Teil des Natursystems in der Lage ist, mit dem Natursystem als ganzem bewußt umzugehen. Sollte dies gelingen, so wäre dies nicht weniger als eine gattungsgeschichtliche Revolution, die aber notwendig ist als Antwort auf die revolutionären Veränderungen des Produktivkraftsystems, die neue Qualität globaler Bedrohungspotentiale. Damit stellen sich ebenfalls neue Anforderungen in bezug auf die Organisation gesellschaftlicher Systeme und auf die Zusammenarbeit gerade unterschiedlicher und konkurrierender Gesellschaftsordnungen.

Der zweite große Ursachenkomplex globaler Probleme liegt in der Existenz von Klassen- und Ausbeutungsgesellschaften und der Globalisierung von Ausbeutungsbeziehungen und Klassenauseinandersetzungen. Globale Ausbeutungsbeziehungen bekommen auf dem heutigen Produktivkraftniveau einen ganz anderen Stellenwert: Sie bedrohen nicht nur wie bisher das Wohl und im Extrem die Existenz ganzer Völker und Kulturen, sie gefährden vielmehr die Existenzbedingungen der ganzen Menschheit und damit auch die Existenzvoraussetzungen derjenigen, die von dieser Ausbeutung profitieren. Die Jahrtausende alte Tradition der Plünderung ganzer Erdteile stößt auf Schranken. Auf absolute Schranken stoßen auch die bisherigen Formen und Instrumente der militärisch geführten Klassenauseinandersetzung. Seit es Klassenauseinandersetzungen gibt, erschienen die natürlichen Lebensbedingungen als gegebenes Feld dieses Kampfes, das Maß der Naturbeherrschung als Bedingung, Faktor und Instrument dieser Auseinandersetzung. Mit der Schaffung der absoluten Vernichtungspotentiale der modernen Massenvernichtungsmittel muß diese Entwicklung beendet werden, wenn nicht die Entwicklung der gesamten Menschheit beendet werden soll. Die notwendige Beendigung globaler Ausbeutungsbeziehungen und die notwendige Beseitigung des Krieges als Mittel der Politik erfordern ein neues System der internationalen Beziehungen, das unter der Leitidee globaler Kooperation und friedlicher Konfliktaustragung steht.

Es ist die Endlichkeit des Natursystems, die der bisherigen Borniertheit menschlicher Naturaneignung und der Suche nach immer neuen und stärkeren Instrumenten der Klassenauseinandersetzung absolute Grenzen setzte. Die Drohung des gemeinsamen Untergangs zwingt jetzt objektiv zu Aneignungs- und Auseinandersetzungsformen, die die Natur und damit auch den Menschen schonender behandeln und damit zur Herausbildung einer neuen Ethik.

Es reicht grundsätzlich nicht aus, die Konfrontation abzumildern und die Methoden der Auseinandersetzung zu zivilisieren. Dies ist erst die Voraussetzung zum eigent-

lichen Ziel, der Organisation globaler Kooperation. Der Zwang, eine neue, die natürlichen Lebensvoraussetzungen erhaltende Produktivkraftlogik einzuleiten, zwingt alle Gesellschaften und gerade die sich antagonistisch gegenüberstehenden Gesellschaftssysteme dazu, ihre Beziehungen so umzugestalten, daß sie zur Erfüllung dieser Aufgabe in der Lage sind. Dieser Umformungsprozeß gesellschaftlicher Organisationssysteme ist notwendig sowohl innen- wie außenpolitischer Prozeß.

Sowohl die Durchsetzung einer neuen Produktivkraftlogik, als auch die dazu erforderliche politische Kooperationsordnung verlangen nach globalen Strukturreformen. Der Begriff »Strukturreform« soll aussagen, daß es um mehr geht als um Reformen im Sinne der Anpassung einzelner quantitativer Parameter und einzelner Wirkungsmechanismen. Es geht um die Veränderung globaler Strukturmechanismen, um die Abschaffung alter, den Umbau vorhandener und um ganz neue Mechanismen. Der Begriffsteil »Reform« steht dafür, daß es nicht primär um die revolutionäre Umgestaltung einzelner Gesellschaftssysteme oder die Entscheidung bzw. Aufhebung der Systemkonkurrenz geht, sondern darum, ausgehend von den heutigen Realitäten verschiedener Gesellschaftssysteme kooperative Lösungen zu schaffen. Dem widerspricht nicht, daß es als Voraussetzung globaler Strukturreformen Veränderungen der heutigen Gesellschaftsorganisationen bedarf bzw. solche daraus folgen werden. Der Begriffsteil »global« steht dafür, daß es erstmals nicht um einen einzelstaatlichen Reformprozeß geht oder um einen eine Gruppe von Staaten, ein »Lager«, betreffenden. Es geht um globale Strukturreformen als dem notwendigen Instrument zur Lösung weltweiter Probleme.

Gattungsprobleme und Klassenkampf

Globale Probleme verlieren auf Grund ihres neuen gattungsbedrohenden Inhalts keineswegs ihren Klassencharakter, d.h. sie bleiben sowohl von ihren Ursachen wie von ihren Lösungsmöglichkeiten her untrennbar verbunden mit der nationalen und internationalen Klassenauseinandersetzung. Der »neue« Probleminhalt überlagert den »alten« und verbindet sich mit ihm in komplexer Art und Weise. Jedes globale Problem hat Doppelcharakter: Zum einen ist es menscheitsbedrohendes Gattungsproblem, zum anderen ist und bleibt es Klassenfrage. Das Neue besteht darin, daß die eine Seite dieses doppelten Prozesses — die menschliche Einwirkung auf die Natur, und zwar sowohl als bornierte Naturaneignung als auch als Instrumentalisierung der Naturbeherrschung zum (militärischen) Mittel des Klassenkampfes — auf absolute Grenzen stößt. Damit konstituiert sich der seit jeher gegebene Doppelcharakter menschlicher Tätigkeit auf neuem Niveau und mit qualitativ neuem Inhalt, tritt zu den bisher geschichtlich prägenden Kategorien der Naturaneignung und der Klassenauseinandersetzung die neue Kategorie des ganzheitlichen Menschheitsinteresses und stellt sich die Frage nach dem Verhältnis beider.

Primär ist die neue und absolute Qualität der Gattungsbedrohung. Sie setzt objektiv ein allen Klassen und Schichten gleiches Lösungsinteresse. Dieses gemeinsame Überlebensinteresse schafft die *Möglichkeit* zur Zusammenarbeit konkurrierender Klassen- bzw. Gesellschaftssysteme. Aber aus der anderen Seite der Probleme — ihrem Klas-

sencharakter — resultiert, daß es ein gleiches Lösungsinteresse eben nicht gibt, sondern daß die Lösung auch von Gattungsproblemen Klasseninteressen tangiert und in Klassenauseinandersetzungen durchgesetzt werden muß.

Weil das konkrete Spannungsverhältnis zwischen Gattungs- und Klassenaspekten in den einzelnen Feldern globaler Probleme unterschiedlich ist — bei der Frage des Atomkriegs anders liegt als bei der Schuldenkrise —, ist der Begriff der *Koalition der Vernunft* vielschichtiger und vor allem widersprüchlicher, als es der Begriff als solcher nahelegt. Der Begriff der Koalition der Vernunft beinhaltet die richtige Leitidee, sollte aber nicht zu dem Mißverständnis führen, er repräsentiere schon eine konkrete Vorgehensweise oder Strategie. Das Ziel der Koalition der Vernunft muß vielmehr als Herausforderung dienen, solche Strategien für die verschiedenen Konfliktfelder konkret zu erarbeiten.

Wenn auch globale Probleme deren Klassencharakter nicht verdrängen, so bestimmen sie allerdings Inhalte und Formen der Klassenauseinandersetzung qualitativ neu. Es ist der Kampf um die Beendigung der Konfrontation, der Kampf um Kooperation, das Ringen um ausschließlich friedliche Formen des Systemwettbewerbs, das jetzt im Mittelpunkt stehen muß. Im gemeinsamen Papier von SPD und SED »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« heißt es hierzu:

»Solche Zusammenarbeit schließt Wettbewerb um die fruchtbarsten Beiträge jedes Systems zu den großen Menschheitsaufgaben ein. Wettbewerb in der Kooperation käme allen Menschen zugute.«

Dies muß nach wie vor gegen Widerstände durchgesetzt werden, und dies erfordert auch weiterhin eine von Inhalt und Form her neue Art von Klassenauseinandersetzung, wenn aus der Möglichkeit globaler Kooperation Realität werden soll. Damit ist aber die oberste Priorität jeder modernen sozialistischen Strategie neu gesetzt, es ist der Kampf um die Zusammenarbeit bei der unaufschiebbaren Lösung globaler Probleme.

Verstanden es sozialistische Kräfte bisher als ihre erste Aufgabe, in der Wahrung und Durchsetzung der Klasseninteressen der Lohnabhängigen gegen das Klasseninteresse der Bourgeoisie den Grundstein für die zukünftige Aufhebung aller Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse zu legen und damit das Gesamtentwicklungsinteresse der Menschheit wahrzunehmen, so wird diese — bleibende — Aufgabe heute überlagert und teilweise aufgehoben in der direkten Wahrnehmung der Verantwortung für die Sicherung der Überlebensbedingungen der gesamten Menschheit. Der Gedanke, das allgemeine Zukunftsinteresse der Menschheit zu vertreten, ist als solcher der sozialistischen Bewegung nicht neu. Neu ist, daß sie dies direkt tun muß und nicht mehr allein oder primär vermittelt über die Vertretung der Interessen der lohnabhängigen Klasse. In der Existenz globaler Bedrohungspotentiale besteht der Kern der »neuen Probleme«, in der direkten Annahme der daraus folgenden Verantwortung für das Überleben der Menschheit der Kern des »neuen Denkens«.

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die existierenden Probleme nun schematisch sortieren zu wollen: Hier Probleme der Klassenauseinandersetzung, dort globale Probleme und Koalition der Vernunft. Mit einem solchen Ansatz wäre jeder Versuch, neues Denken in differenzierte Strategie zu überführen, im Ansatz gescheitert. Die

wirkliche Aufgabe besteht darin, zu überdenken, in welcher Weise globale und nationale Probleme hinsichtlich ihres Gattungs- und Klassencharakters im einzelnen zusammenhängen, was daraus für Aufgaben- und Dringlichkeitshierarchien folgen und was dies für Konsequenzen aufwirft für adäquate politische Instrumente und politische Methodik. Das bedeutet die Notwendigkeit einer weitgehenden Neudurcharbeitung marxistischer Theorie, einer Neubewertung auch von Geschichte, Traditionen und Visionen mit dem Ziel einer systematischen Einarbeitung der neuen Qualität globaler Probleme. Es wird in den nächsten Jahren auf dem theoretischen Feld vor allem darum gehen, die geistigen Voraussetzungen zu erarbeiten, die notwendig sind, um eine gattungsgeschichtliche Revolution zumindest einzuleiten mit dem zentralen Inhalt einer neuen Qualität des Mensch-Natur-Verhältnisses und damit notwendig des Verhältnisses der Menschen untereinander, noch bevor die sozialen Revolutionen zur Aufhebung der Klassenantagonismen in globalem Maßstab vollzogen werden können. Es geht damit darum, aus den Erfordernissen der »eigentlich« übernächsten Stufe, der bewußten Zusammenarbeit der Menschheit, jene Minimalanforderungen an die andauernde Realität der Klassen- und Systemkonkurrenz zu entwickeln und durchzusetzen, die notwendig sind, wenn Zukunft möglich bleiben soll. Das erfordert einen Theorieschub, wie er seit den Werken der Klassiker nicht notwendig war.



Heft 38
Diskussionsschwerpunkt:
Sowjetunion 2017

Monty Johnstone
Demokratisierung der Sowjetunion. Probleme - Perspektiven

Detlev Albers
Gorbatschow als »philosophische Tatsache«

Josef Hindels
Die Sowjetgesellschaft 70 Jahre nach der Oktoberrevolution

* * *

Interview mit *Hans-Jochen Vogel*:
».. den gegenwärtigen Zustand verändern zu wollen,
ist ein Stück sozialdemokratischer Identität«

Mechtild Jansen: Plädoyer für eine positive Friedensdoktrin. Zu den Perspektiven der Friedensbewegung
Peter Brandt: Die kommunistische Konzeption der »Volksfront« in der Geschichte der Arbeiterbewegung
Volker Böge: Bundesrepublik — Frankreich. Militärkumpanei statt Völkerfreundschaft

Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS — Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 S.): DM 45,- zzgl. Versand

spw-Vertrieb: Tegeler Straße 6 · D-1000 Berlin 65 · Telefon: 030 / 461 70 83

Kultur

Sigurd von Ingersleben

Stalin als historische Tatsache

Ende 1987 führt Heribert Sasse »Stalin« von Gaston Salvatore auf; 34 Jahre nach Stalins Tod und im Jahre 2 der sowjetischen *perestroika*, inszeniert der angeschlagene Intendant des Westberliner Schiller-Theaters das neueste Werk des bislang als Dramatiker erfolglosen Dutschke- und Enzensberger-Intimus Salvatore über den Mann, der die Sowjetunion für ein Vierteljahrhundert einer blutigen Diktatur unterwarf und damit die Überzeugungskraft sozialistischer Ideen entscheidend und dauerhaft schwächte.

Salvatores dramatischer Einfall folgt dem klassischen König und Narr-Schema: Stalin hat eines Abends (einige Monate vor seinem Tod) den Intendanten des Moskauer Künstlertheaters direkt von der Bühne zu sich auf seine streng bewachte Datscha außerhalb Moskaus bringen lassen. Er vermutet, daß Itsik Sagers allabendliche Triumphe als »König Lear« in Wirklichkeit darauf zurückgehen, daß die Zuschauer nicht über den grotesken, irren König, sondern über ihn, den inzwischen greisen Stalin und seinen ersehnten Machtverfall *à la Lear* lachen. Zwischen Künstler und Diktator beginnt ein ungleicher Disput, der sich auf der Bühne geschlagene drei Stunden hinzieht. Gegen Ende, nach den ersten beiden faden, dramaturgisch hilflosen Stunden »Stalinismus im Dialog«, spitzt sich das Stück dann wenigstens noch in dem Maße zu, wie aus König und Narr zunehmend Herr und Knecht werden, der Diktator nämlich die vorgebliche Gesprächsbereitschaft zusehends aufgibt.

Irgendwann im letzten Viertel des Gießkannendisputts übermannt Sager schließlich die Aussichtslosigkeit seiner Lage: Stalin hat seinen Versprechungen zum Trotz Sagers Sohn verhaften lassen und plant offenkundig ein Pogrom. Sager läßt alle Taktik und Rücksichten auf die Empfindlichkeiten des ebenso eitlen wie redesüchtigen Diktators fahren. Als Stalin ihn auffordert, er solle die in der Stadt über ihn kursierenden Witze erzählen, und pro Lacherfolg die Freilassung eines der bereits inhaftierten Juden verspricht, wird Sager übermannt von Wut und Verzweiflung, werden seine Pointen zunehmend beleidigender. Am Schluß ist Stalin erstarrt vor Wut, während sich Sager, nicht minder starr, vor Lachen krümmt.

Doch der Zuschauer merkt schon vorher, daß ihm das Lachen im Halse stecken bleiben soll. Er hat den Eindruck, daß sich Salvatore nach drei Stunden staubtrockenem Dialog in eine platte Stalinbeschimpfung flüchtet, weil sein Stück einen dramaturgisch einleuchtenderen Schluß nicht hergibt. Für jede geglückte Pointe Sagers legt Stalin eine Akte vom Stapel der Anklageschriften verhafteter Juden auf die andere Seite seines Schreibtischs — doch nach zweistündigem Maulfechten geht das ach so symbolische Bild schief, man denkt eher an Robert Lembckes *heiteres Beruferaten*.

Sasses Inszenierung verfolgt keinen spezifischen, dramaturgischen Gedanken und kein politisches Interesse, entsprechend langweilig ist seine Inszenierung.

Doch die eigentliche Schwäche des Stücks ist die Darstellung des Stalinismus als bloßen Antisemitismus, der vergessen läßt, daß es in der Sowjetunion nach Lenin vor allem darum ging, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion auf eigene Füße zu stellen, über die dazu notwendigen Maßnahmen aber keine Einigkeit herrschte. Salvatore hat die verkürzte Sicht Dutschkes, der den sowjetischen Weg kurzerhand als »asiatisch-despotische Variante« abtun wollte, übernommen. Er operiert mit den gleichen Methoden wie jene revisionistischen Historiker, die unter dem Vorwand der Differenzierung die Gesamtheit und vor allem den Zusammenhang der politischen Verhältnisse und Ereignisse auseinanderreißen, um dann mit den »Einzelteilen« nach politischem Belieben hantieren zu können. So gesehen, paßt das Stück vorzüglich in die Versuche der Nolte, Hildebrand und Fest, den faschistischen Völkermord als in sich folgerichtiges Resultat der »asiatischen Methoden« Stalins darzustellen.

Schwer zu sagen, ob Sasse auf diesen Effekt spekuliert hat. Im Programmheft gibt sich jedenfalls auch Chef dramaturg Boeser mit dem Abdruck von James Parker, *Der Antisemitismus in der Sowjetunion* (10 Seiten), eines Kapitels von Solschenizyn (11 Seiten) und eines Porträts Stalins von seiner Tochter Swetlana (7 Seiten) zufrieden. Und der stehende Applaus einzelner, überaus zufrieden wirkender älterer Mitbürger am Ende des Stücks spricht ebenfalls nicht gerade für eine Ermunterung zu einer kritischeren Sicht der Dinge. Daß aber der angeschlagene Intendant einer der staatlichen Bühnen Westberlins ganz gerne den Antikommunismus-Bonus mitnimmt, der ihn nichts kostet und seinem schwarzen Kultursenator zumindest nicht mißfallen wird — davon darf man wohl ausgehen. [Während der Drucklegung dieses Heftes wurde bekannt, daß Heribert Sasse sein Amt 1990 abgeben will.]

Wohl wissend, daß »die Verwirklichung eines hegemonialen Apparates eine Reform des Bewußtseins und der Erkenntnismethoden (determiniert) und eine Tatsache der Erkenntnis, eine philosophische Tatsache (ist)« (Gramsci; zit. n. Detlev Albers in *spw* 38, S.460), schrieb Lenin 1922 an den XII. Parteitag der KPR(B):

»Genosse Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen.« (LW 36, 579)

Lenins Befürchtungen erwiesen sich bekanntlich als zutreffend: die neuen Formen des Denkens und Verhaltens nach der Oktoberrevolution gingen unter Stalin wieder verloren und wurden weder unter Chruschtschow noch unter Breschnew wiederhergestellt. Man fragt sich, was Salvatore eigentlich von der politischen Dimension seines Protagonisten begriffen hat, wenn er den (in dieser Ausschließlichkeit im übrigen nicht sonderlich glaubwürdigen) Antisemitismus Stalins zum Angelpunkt seiner Dramatisierung macht. Die von Stalin organisierte Vernichtung seiner Konkurrenten und Kritiker basierte jedenfalls auf einem durchdachten und nach außen hin sorgfältig legitimierten Konzept. Dieses beruhte *erstens* auf einer »funktionierenden« Bürokratie unter der Ägide einer verselbständigten, nach wie vor konspirativ denkenden und arbeitenden kommunistischen Partei und *zweitens* auf dem Marxismus Stalinscher Prägung,

den dieser unter Ausbeutung des Leninschen Prestiges als »Marxismus-Leninismus« dogmatisierte. Was das *konkret* bedeutet, vermag sich Salvatore offenbar nicht vorzustellen. Vor vierzig Jahren konnte z.B. der Genetiker Mitin auf einer Tagung der Lenin-Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften in Moskau allen Ernstes über seinen Kollegen Schmalhausen ausführen:

»Er schreibt: 'Was den (Zell-)Kern und seine Chromosomen als System ('Chromosomenbilanz' und Gengleichgewicht) anbelangt, so muß man anerkennen, daß er sich in einem wenig labilen, aber zugleich auch relativ wenig stabilen Gleichgewicht befindet.' 'Die Stabilität der Zelle', so schreibt er weiter, 'wird bedingt durch die ununterbrochene Wechselwirkung des Kerns (als System, das sich in relativ geringer Bewegung, aber auch in wenig stabilem Zustand befindet) mit dem Plasma (als Regulierungssystem, das sich in einem sehr beweglichen und stabilen Zustand befindet).' Wir sehen somit, daß der Verfasser alle Hauptkategorien (stabiles und labiles Gleichgewicht usw.) der Bogdanowschen-Bucharinschen Gleichgewichtstheorie anwendet.«

Damit war das Urteil über die Arbeit eines Konkurrenten gesprochen, ohne daß überhaupt irgendein fachliches Gegenargument bemüht worden wäre. Lyssenko, der von Stalin eingesetzte Leiter der Akademie und Vertreter einer spekulativen, wissenschaftlich auch damals schon unhaltbaren genetischen Theorie, rühmte sich nach der Tagung, das von ihm gehaltene Hauptreferat stamme aus Stalins Feder. Lyssenko legte sein Amt erst drei Jahre nach Stalins Tod und keineswegs unter dem Druck etwa einer antistalinistischen Revision nieder.

Stalinismus bedeutet nicht nur physischen Terror, sondern ebenso Intellektuellenfeindlichkeit und Dogmatismus. Bei Salvatore/Sasse bleiben davon lediglich Bosheit und Brutalität des alternden Diktators übrig — für drei Stunden Dialog gibt diese schlichte Sicht der Dinge aber zu wenig her.



Diskussionsschwerpunkt:

Die Rechte im Umbruch — Chance für die SPD?

Klaus Naumann: Sweet smell of success. Tendenzen und Grenzen einer »Modernisierung« der Union

Wolfgang Fritz Haug: Die »aufgeklärte Aufklärung« im Bund mit den »unternehmenden Unternehmern«. Perspektiven einer regierungsfähigen Linken bei Peter Glotz

Kerstin Schneider: Strategien und Perspektiven
Le Pens

Interview mit Peter Glotz

Thomas Ralf Ewald: Zehn Jahre danach —
Stamokap-Streit, SPD-Ausschlüsse und die
Folgen

Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS. Jahresabo 1988
(6 Hefte à 96 S.): DM 45,- zzgl. Versand

spw-Vertrieb: Tegeler Straße 6

D-1000 Berlin 65 · Telefon: 030 / 461 70 83

»DEBATTIERLUST«

»Im nunmehr 5. Jahrgang hat sich die *Kommune* ihre tabufreie Debattierlust unverbraucht erhalten können. Ihr beachtliches Spektrum macht sie zum vielleicht anregendsten Medium der hiesigen Linken, links von der SPD. Gerade die Strategie-Diskussionen innerhalb

der Grünen können hier auf gehobenem Niveau und abseits des ellenbogenverhärtenden politischen Geschäfts geführt werden. Nicht zu kurz kommt nebenbei auch das kulturelle Allerlei.«

Jochen Köhler

HR 3-Zeitschriftenschau

Dem möchten wir nur noch hinzufügen, daß wir erfolgreich in den 6. Jahrgang gestartet sind.

FORUM FÜR POLITIK
ÖKONOMIE · KULTUR
KOMMUNE
monatlich mindestens 80 Seiten

Ich bestelle:

- Einzelheft 7 DM
- Kennenlernpaket — 2 Hefte für 10 DM
(altes Heft und neueste Ausgabe)
- Jahresabo (12 Hefte: 77 DM, Ausland 87 DM)

Bestellungen nur gegen Vorkasse!

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Kommune-Vertrieb · Postfach 11 11 62 · 6000 Frankfurt 1

Gewerkschaften

Dieter Scholz und Siegfried Stirba

Ökos und Arbeiter — geht das zusammen?

Fachkonferenz der IG Metall am 21./22. Januar 1988 in Frankfurt, »Wege aus der Bedrohung — Umweltpolitik zwischen Reparatur und realer Utopie«

Etwa 400 Vertreter/innen aus Wissenschaft, Naturschutz- und Ökologiebewegung sowie Gewerkschaften versammelten sich auf Einladung der IG Metall zur ersten von sechs Fachkonferenzen für eine »andere Zukunft«. Abschluß der Konferenzreihe wird im Herbst ein internationaler Zukunftskongreß sein. Die IG Metall knüpft damit bewußt an die Traditionen von Fachtagungen und Konferenzen in den sechziger und siebziger Jahren an, die damals wichtige Impulse für die Reformpolitik gaben.

Im ersten Teil der Fachtagung wurde das Thema »Verhältnis von Natur und Mensch — Umweltethik und Gesellschaft« diskutiert und mit Beiträgen von Iring Fetscher und Günter Altner eröffnet. Fetscher trat für die Gleichberechtigung von Mensch und Natur ein; denn wir haben die Natur nicht erobert und dürfen sie auch nicht so behandeln. Die Perspektive einer Kulturgesellschaft liege in mehr sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit für den Menschen und im Verzicht auf Ausbeutung und Unterdrückung der Natur. Aber nur durch mehr Wissen über die Natur können wir sie erkennen und erhalten. Wie Fetscher plädierte auch Altner, der Theologe und Mitbegründer des Freiburger Öko-Instituts ist, für eine Bündnispolitik von Gewerkschaften und Ökologiebewegung nach dem Motto: »getrennt marschieren, vereint schlagen«. Beide Bewegungen sind aufeinander angewiesen, wenn sie ihre politischen Ziele erreichen wollen. Aufgabe der Gewerkschaften ist die »radikale soziale Reflexion«, die der Ökologiebewegung der »radikale öffentliche Diskurs«.

Unter der Überschrift: »Globalität der Umweltkrise — Ökologie und Gesellschaft« standen im zweiten Konferenzabschnitt die folgenden Fachthemen zur Diskussion: Umwelttoxikologie — Anforderungen an vorsorgenden Arbeits- und Umweltschutz (Otmar Wassermann), Chancen einer ökologischen Umorientierung der Wirtschaft (Udo Simonis) und Umweltschutz, qualitatives Wachstum und Beschäftigung (Werner Meißner).

Wichtiger als viele richtige und interessante Aussagen in Vorträgen und Diskussionsbeiträgen war das durch gegenseitiges Interesse geprägte Tagungsklima. Das galt gerade auch für Beiträge von Vertretern der Ökologiebewegung, die sich kritisch mit der Technologiepolitik der Gewerkschaften auseinandersetzen. Allerdings standen die Gewerkschaften IG Chemie, ÖTV und IGBE u.a. wegen ihrer Energiepolitik stärker im Kreuzfeuer der Kritik als die IG Metall. Es war Otto Ulrich von der TU Berlin vor-

behalten, eine »rastlose« Wachstumspolitik zu kritisieren, die von allen Gewerkschaften getragen wird: Gegenüber einzelnen Produktionsbereichen sei aber auch eine Politik des Schrumpfens und des Verzichts notwendig, was auch für die Metallwirtschaft gelte. Insgesamt betonten die Vertreter der Naturschutz- und Ökologiebewegung die Bedeutung der Kooperation und eines Bündnisses mit den Gewerkschaften, um in der Gesellschaft eine Spaltung zwischen Arbeitsplatz- und Umweltinteressen zu verhindern. Daß der Stellenwert und die Kooperationsbereitschaft in Sachen Umwelt in den letzten Jahren auch in der IG Metall erheblich gestiegen ist, zeigten die kompetenten Fachbeiträge von Betriebsräten und Vertrauensleuten. Die Voraussetzungen für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen IG Metall und Umweltorganisationen sind damit an vielen Orten gegeben. Auffällig war allerdings, daß viele Beiträge von Gewerkschaften überwiegend aus Betrieben in Krisenregionen oder Krisenbranchen kamen. Interessenvertreter z. B. aus der Automobilindustrie meldeten sich vergleichsweise wenig zu Wort.

Der zweite Konferenztag wurde mit einer Grundsatzrede von Franz Steinkühler eingeleitet. Er unterstrich nochmals ein deutliches »Nein« der IG Metall zur Kernenergie. Obwohl im konkreten Einzelfall für die Gewerkschaften Konflikte zwischen Arbeitsplatz- und Umweltinteressen auftreten können, müssen sich auch die Gewerkschaften für die langfristigen Lebensinteressen der Menschheit entscheiden. Nur ein umweltfreundlicher Arbeitsplatz ist langfristig auch ein sicherer Arbeitsplatz. Die bestehenden Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen verhinderten aber bisher eine stärkere Verantwortungsübernahme der Gewerkschaften für die Umwelt. Trotz dieser gesellschaftlichen Bedingungen fällt den Gewerkschaften aber eine entscheidende Bedeutung zu: »Es hängt von uns ab, ob es den Arbeitgebern gelingt, Branchenkoalitionen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen, oder ob das gemeinsame Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einer umweltverträglichen Produktion sich durchsetzt.«

Zum Konferenzabschluß wurde zwischen Beate Weber (SPD), Volker Hauff (SPD), Klaus Töpfer (CDU), Gerhard Baum (FDP) und Joschka Fischer (Grüne), der den meisten Beifall bekam, über Umweltpolitik im Widerstreit der Interessen diskutiert. Dieser Disput zeigte die bekannten Standpunkte in den Parteien, brachte in der Sache nicht viel Neues.

Die Konferenz der IG Metall kann ein wichtiger Beitrag zum Dialog und zur Kooperation zwischen Gewerkschaften und Ökologiebewegung werden, wenn die Diskussion weitergeführt wird, wenn der Konferenz weitere Initiativen insbesondere in den Regionen folgen, wenn die eigenen Positionen in beiden Bereichen auch selbstkritisch reflektiert und Argumente — wie auf der Konferenz — angehört werden. Für die IG Metall bedeutet das allerdings mehr, als die Forderung nach einem Umweltbeauftragten in den Betrieben, wie sie in einem Vorstandspapier für die Konferenz formuliert wurde. Aufbauend auf den gewerkschaftlichen Erfahrungen des Arbeitsschutzes sollte Betriebspolitik und Umweltschutz zu einer Einheit werden.

Grüne

Birgit Arkenstette, Barbara Dröscher,
Doris Mülhenrich und Harald Wolf

»Es gibt nicht Wahres im Falschen« (Adorno)

Zur Strategiedebatte bei den Grünen

Eines ist nach den Austritts- und Spaltungsdrohungen gegenüber der Fraktion klar: so kann und wird es nicht weitergehen. Der Streit verschiedener Strömungen und Meinungen — einstmals ein durchaus positives Unterscheidungsmerkmal gegenüber den etablierten Parteien als Ausdruck einer grünen »Streitkultur« — ist mittlerweile in sein Gegenteil umgeschlagen. Er ist zum *Flügelstreit* und todlangweiligen Ritual erstarrt, was nur im scheinbaren Widerspruch zur Eskalation der Auseinandersetzung steht.

Ebenso zwangsläufig in einer Situation, in der auf den beiden äußeren Polen nichts mehr vorangeht, ist der Versuch, *in der Mitte* den Durchbruch zu schaffen. Aber diese Mitte lebt von den beiden Polen — daraus bezieht Mitte ja gerade ihre Definition —, es gibt sie nur, weil es die Extreme gibt, und ihr zeitweiliger Erfolg ist von diesen abhängig. Sie löst aber nichts, weil sie nur vermittelt, ohne etwas Eigenständiges, Neues zu schaffen.

Unabhängig von einem sich möglicherweise andeutenden kurzfristigen Krisenmanagement in der Fraktion geht es u.E. darum, zunächst ein Bewußtsein darüber zu schaffen, daß der Konflikt und das hinter ihm stehende Problem damit nicht gelöst sind, daß der Konflikt ein *wirklicher* ist und daß er *zunächst einer rationalen Diskussion und schließlich einer Entscheidung bedarf*. Wobei »Entscheidung« für uns nicht den »Sieg einer Linie« bedeutet, sondern möglicherweise auch die Erkenntnis, daß die Lösung eben nicht in einer der zur Zeit in der Partei vorwiegend gehandelten Linien liegt, sondern eine Umgruppierung des bisherigen innerparteilichen »Frontverlaufs« verlangt. »Entscheidung« kann auch bedeuten — und muß es u.E. auch —, neue Kompromißlinien abzustecken, die aber auf einer *Weiterentwicklung der innerparteilichen Diskussion und Standortbestimmung* der Grünen als Partei beruhen, was allein die Basis für einen tragfähigen Kompromiß abgeben könnte; eines Kompromisses also, der *nicht* auf der Ausgrenzung der Diskussion und des Streits beruht, sondern — weil er als bewußter und für alle Beteiligten nachvollziehbarer Kompromiß eingegangen wurde — das Grüne Projekt klarer konturiert und damit zugleich einen Rahmen abgibt, in dem die weitere Diskussion in produktiveren Bahnen als bisher verlaufen könnte.

Seit Hamburg und Hessen — mit den Auswirkungen in Bremen und Schleswig-Holstein — scheint es offensichtlich, daß die *strategischen Optionen der beiden Hauptflügel der Grünen gescheitert sind*.

Beide Flügel der Partei bieten keine strategischen Perspektiven

Es geht dabei nicht einfach um eine Kritik wahlpolitischer Rückschläge — diese wird es immer wieder geben. Es gibt keine Wahltaktik des garantierten Erfolgs. Aber den konkreten Niederlagen von Hessen und Hamburg kommt eine Schlüsselfunktion zu. Sie bringen exemplarisch die *Unfähigkeit beider Konzeptionen zum Ausdruck, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben und reformerische Effekte zu erzielen*. Ganz entgegen seiner Intention ist der Effekt des *Fundamentalismus* eine Stärkung der sozialdemokratischen Hegemonie über das Oppositionsspektrum und eine Schwächung des grünen Einflusses, während der Effekt der Strategie des *Ministerflügels* in der Unterordnung der Grünen unter die SPD und eine Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nach rechts, sprich: einer Verfestigung der konservativen Hegemonie in der Gesellschaft, besteht. Man kann es auch weniger analytisch sagen: Die Tatsache, daß seit Hessen und Hamburg die Zahl derjenigen im rot-grünen WählerInnenspektrum drastisch gesunken ist, die an eine rot-grüne Kooperation, sei es in Form der Koalition oder einer Tolerierung, als realistische Möglichkeit glauben oder darin gar eine mobilisierende Perspektive sehen, daß heute schwarz-gelb vielfach als kleineres Übel zu rot-grün gilt, ist hinreichend Beweis genug, daß es mit den alten Optionen in den Grünen so nicht weiter gehen kann.

Totenbeschwörungen nach dem Motto: »Zu rot-grün gibt es keine Alternative«, helfen hier genausowenig wie Verweise auf einen quasi naturgesetzlichen Trend, der nun mal halt wieder gegen die Grünen ausschlägt. Dieser »Trend« wurde von den Grünen mitproduziert — und zwar in einer fatalen Arbeitsteilung von Realos und Fundis; und die gebetsmühlenartige Wiederholung der Koalitionsbereitschaft kombiniert mit immer neuen Anpassungsleistungen an die SPD ändert nichts daran, daß die Grünen für eine Mehrheitsbeschaffung zur Zeit »out« sind.

Mit dem *Verlust an strategischer Perspektive auf beiden Flügeln* der Partei ging die Verselbständigung der innerparteilichen Auseinandersetzung einher, die in zunehmendem Maße nur noch ihrer eigenen fraktionellen Logik gehorcht. Innerparteilicher Streit und innerparteiliche Diskussion dieser Art stärken nicht mehr die Fähigkeit der Grünen, in zentrale gesellschaftliche und politische Konflikfelder einzugreifen, sondern wirken destruktiv und lähmend. Nicht unter den Tisch fallen soll hierbei der zentrale Mechanismus der Auseinandersetzung: Die kontinuierlichen Angriffe von Realo-Seite auf die beschlossene Programmatik der Partei, die nicht in der Form einer Programmänderungsdiskussion auf den dafür vorgesehenen Wegen und in den zuständigen Gremien, sondern auf dem Weg des Fakten-Schaffens über die Bundestagsfraktion und/oder über die Medien vorgetragen werden. Von Bundesvorstands-Seite kann also häufig zu Recht reklamiert werden, daß er die gültige Programm- und Beschlußlage verteidigt. Aber diese Verteidigungsstellung der »Parteilinken« ist rein defensiv. Stillstand heißt auch hier Rückschritt. Weil die realen Probleme grüner Politik, die von der Realo-Offensive aufgeworfen und u.E. falsch beantwortet werden, allzu oft nur durch eine *Beschwörung* grüner Radikalität und ein Beharren auf Standpunkten gekontert werden, ohne das Problem der Durchsetzungsstrategien zu beantworten, verschafft

der Fundamentalismus der realpolitischen Scheinantwort ungewollt innerparteilich mehr Glaubwürdigkeit, als ihr zusteht. *Das Problem besteht, kurz gesagt, in der riesigen Kluft zwischen den Forderungen grüner Programmatik und den real existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen*, den riesigen Widerständen und Hindernissen, denen sich die Umsetzung auch nur von Teilen der grünen Programmatik gegenüber sieht. Die *Scheinantwort der Realos* besteht in dem Versuch, diese Kluft dadurch zu verringern, daß grüne Programmatik den miesen gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt wird. Die *Reaktion der Fundis* besteht letztlich darin, die Tiefe dieser Kluft zu konstatieren und ihre Unvermeidlichkeit zu betonen. Welche Möglichkeiten die Grünen jedoch über »Propaganda« und »Aufklärung« hinaus haben, durch ihre Politik Kräfteverhältnisse zu verschieben, in einzelnen Fragen Vorstöße zu unternehmen, den heute gegebenen Zustand und grüne Zielsetzungen zu vermitteln — das wird von dieser Seite kaum noch thematisiert.

Ausstiegsdiskussion und »Staatsfrage«

Wenn Joschka Fischer den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie mittlerweile für unrealistisch hält und auf Grund seiner Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse bei der Zehn-Jahresfrist der SPD landet, so hat das natürlich die Funktion, die Grünen durch Anpassung »koalitionsfähig« zu machen. Aber — und hier liegt das eigentliche Problem, das von den Realos nur *instrumentalisiert* wird: Es ist eine Sache, die technische und ökonomische Machbarkeit des Sofortausstiegs und seine Notwendigkeit zu betonen, und es ist eine andere Sache, über politische Durchsetzungsmöglichkeiten nachzudenken. Letztere werden von den Grünen fast nur noch im Rahmen der Diskussion über Tolerierungs- und Koalitionskataloge diskutiert. Wenn der SPD mit dem »Sofortausstieg« als Ultimatum gegenübergetreten wird — entweder Sofortausstieg oder gar nichts läuft — wird ihr gerade die Möglichkeit gegeben, sich verbal als »Partei des realistischen Ausstiegs« zu präsentieren und gleichzeitig gar nichts zu tun. Wir halten es demgegenüber für notwendig, von der SPD *reale und nachvollziehbare Schritte* zu verlangen und die weitergehende Forderung nach Sofortausstieg und das dahinterstehende gesellschaftliche Lager als Druckmittel zur Durchsetzung konkreter Schritte zu nutzen, die das Ziel eines vollständigen Ausstiegs erst gesellschaftlich möglich erscheinen lassen. Der fundamentalistische Radikalismus entpuppt sich hier als *scheinradikal*, weil er die Verhältnisse nicht verändert, sondern es der SPD allzu einfach macht, die Verhältnisse zu zementieren. Dieses strategische Defizit des Fundamentalismus erleichtert es gleichzeitig einer Anpassungsstrategie, unter dem Vorwand des »Realismus« Terrain zu gewinnen.

Wenn einerseits abstrahierend von jeglicher konkreten Realität und gesellschaftlichen Kämpfen das *staatliche Gewaltmonopol* als »zivilisatorische Errungenschaft« gepriesen wird, dem man sich ohne große Fragen nach der gesellschaftlichen Legitimität (und eben nicht bloß Legalität) staatlicher Entscheidungen — ob freudig oder nicht — zu unterwerfen hat, dem andererseits aber ein begriffsloser »Begriff« des allgemeinen »Staatsterrorismus« (Jutta Ditfurth) entgegengehalten wird, der von Stammheim über

die »Dritte Welt«, Gewalt gegen Frauen, bis hin zu den Becquerels und Smog nun wirklich fast alles enthält, was in dieser Gesellschaft von Übel ist, dann mag das allem möglichen dienen, bloß nicht einer notwendigen Bestimmung des Verhältnisses der Grünen zum Staat. *Der Staat ist Repressionsorgan*, und das staatliche Gewaltmonopol ist ungefähr so »friedensstiftend« (Schily), wie die NATO-Integration der Bundesrepublik teutonische Großmachtgelüste zügelt. Solange gesellschaftliche Widersprüche existieren, sich soziale und politische Interessen konträr gegenüberstehen und die an der Erhaltung des bestehenden Zustandes Interessierten ihren Willen der Gesellschaft notfalls mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols aufzwingen können, kann es für uns keine Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols geben. *Der moderne bürgerliche Staat ist jedoch gleichzeitig mehr als »Polizei- und Repressionsstaat«*. Er ist »erweiterter Staat«, der über die ideologischen Staatsapparate die Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen organisiert, in seiner Eigenschaft als »Sozialstaat« organisierend in die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung eingreift, die sonst der Willkür der freien Marktkräfte vollständig ausgeliefert wären. Als bürgerlich-parlamentarischem Staat kommt ihm eine zentrale Bedeutung für die Bildung und Organisation des politischen Willens in und zwischen den verschiedenen politisch-sozialen Gruppen und Interessen in der Bevölkerung zu. In den Staatsapparaten spielen sich folglich ebenfalls gesellschaftliche Kämpfe — wenn auch gebrochen — ab. *Der Staat kann damit nicht einfach »von außen« bestürmt oder subversiv »unterlaufen« werden*. Die Grünen können also weder platt »antistaatlich« sein, noch staatsreu und loyal. Sie müssen einerseits innerhalb des Systems der »Parteiendemokratie« und der Parteienkonkurrenz wirken, sie müssen aber durch die Art ihrer Politik und Intervention zugleich darüber *hinausweisen*. Eine selbstverwaltete Gesellschaft, *eine ökologische und soziale Umgestaltung finden im bürgerlichen Staat nicht ihr Instrument, sondern eines ihrer Hindernisse*.

Dies klingt möglicherweise abstrakt, ist aber höchst konkret und aktuell: Daß den Grünen der Einbruch in das herrschende Kartell der staatstragenden Parteien gelungen ist, liegt gerade daran, daß sie den politischen Grundkonsens des bundesrepublikanischen Parteiensystems nicht akzeptiert haben, daß sie sich zwar als Partei konstituierten, aber anders als die anderen Parteien ihren Zweck *nicht* darin sahen, den Staatsapparat zu besetzen und die Gesellschaft zu *verwalten*, sondern die gesellschaftlichen Widersprüche in die Staatsapparate zu tragen, ihren zentralen *Bezugspunkt aber nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft und den sich dort entwickelnden Bewegungen hatten*.

Wir brauchen einen neuen linken Mehrheitskonsens

Die gegenwärtige Realo-Offensive, konsequent zu Ende gedacht, zielt auf die *Reintegration der Grünen in den staatstragenden Allparteienkonsens* der Etablierten, die Akzeptanz der NATO-Integration, des staatlichen Gewaltmonopols, des freien Unternehmertums und der Sozialpartnerschaft, der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, des Antikommunismus als Staatsideologie — das waren die Grundpfeiler, deren jahr-

zehntelang praktisch unbestrittene Akzeptanz in der Gesellschaft die scheinbar unerschütterliche Stabilität und Undurchdringlichkeit des politischen Systems in der BRD ausmachten. Und ausgerechnet heute, wo es ein relevantes gesellschaftliches Lager gibt, das diesen staatstragenden Konsens in Frage zu stellen begonnen hat, schlagen unsere Realos vor, die verlorenen Söhne und Töchter sollten doch wieder zurückkehren. *Setzt sich diese Entwicklung durch — sie wäre das Ende der Grünen Partei.*

Dieser Unterwerfungspolitik von seiten der Realos setzen die Fundis im wesentlichen »Verweigerung« entgegen. Während die Realos auf die Mechanismen der Parteienkonkurrenz mit Anpassung reagieren, glauben die Fundis, diese ignorieren zu können. Widersprüche im Lager der Etablierten — d.h. vor allem zwischen der SPD und CDU/FDP und in der SPD selbst — werden nicht systematisch zu nutzen versucht, um die gesellschaftlichen Brüche zu verbreitern und zu vertiefen.

Die Grünen brauchen einen neuen »linken Mehrheitskonsens«, der die Grünen als mögliches Instrument einer Gesellschaftstransformation bewahrt und erneuert. Ein solcher »linker Mehrheitskonsens« kann jedoch nur dann entstehen, wenn die Partei linke sich vom Instrumentarium des Fundamentalismus verabschiedet. Denn:

»Links ist 'am meisten', wer die Widersprüche zwischen der Notwendigkeit grundlegender Veränderungen und ihrer momentanen Unmöglichkeit aushalten und in praktische Politik übersetzen kann. Für die Linke am wichtigsten sind diejenigen, die sich nicht auf einer Seite des Widerspruchs zur politischen Ruhe begeben, sondern die, die sich ihm aussetzen.« (Antje Vollmer/Bernd Ulrich, taz, 19.11.87)

Notwendig ist also zunächst eine rationale Diskussion über das Verhältnis der Grünen zum Staat, über ihre mögliche Stellung im Parteiensystem, über das Verhältnis von notwendiger radikaler Umwälzung der Verhältnisse und ihrer aktuellen Unmöglichkeit. Diskussion braucht aber auch Raum zu ihrer Entfaltung.

Es gilt jetzt, den für Mai anberaumten Perspektivenkongreß als *Diskussionskongreß* ernsthaft vorzubereiten, um durch einen *inhaltlichen Klärungsprozeß überhaupt erst die Voraussetzungen für notwendige Entscheidungen zu schaffen*. Sollte sich jedoch herausstellen, daß dieser Klärungsprozeß für die Gesamtpartei aus fraktionellen Interessen heraus torpediert wird, werden sich diejenigen, die noch an einer rationalen Diskussion über grüne Perspektiven und Strategie interessiert sind, überlegen müssen, ob sie sich nicht organisieren müssen, um die Räume und Orte für eine solche Auseinandersetzung *selbst* zu schaffen. Und sie werden sich dann auch die Frage stellen müssen, ob sie sich weiter den *Luxus* erlauben könne, nicht auch als machtpolitischer Faktor in der Partei in Erscheinung zu treten.

4 wochen rhein-main

az
andere zeitung



Viktor Agartz:
Partei,
Gewerkschaft &
Genossenschaft,
240 Seiten
DM 20,--



Hans Georg Hermann
(Viktor Agartz):
Verraten
& verkauft
200 Seiten
DM 15

C/O/U/P/O/N

Straße, Adresse.....

Ich bestelle.....

Unterschrift.....

Name.....

Verrechnungsscheck beilegen und
einsenden an: az-Verlag, Schleusen-
straße 17, 6000 Frankfurt 1

125 Jahre deutsche Sozialdemokratie

Detlev Albers

Immer noch, nein, mehr denn je unterwegs — 125 Jahre SPD

Sagen wir es ohne Pathos und Schönfärberei, aber auch, ohne uns wegzuducken: 125 Jahre nach ihrer Gründung hat die SPD bewiesen, daß sie zum demokratischen Fundament dieser Gesellschaft, ja, der gesamten europäischen Arbeiterbewegung zählt. Das ist gewiß nicht wenig. Welche andere politische Partei — bei uns oder anderswo — kann das für einen ähnlichen Zeitraum belegen? Zugleich aber kann niemand übersehen, daß ihre eigentliche Aufgabe noch unerledigt ist. Entstanden, um die »soziale Frage« des aufkommenden industriellen Kapitalismus zu lösen, als Erbe und »Totengräber« der Bourgeoisie zu wirken, wie es das *Kommunistische Manifest* einst formulierte, liegt dieses Ziel noch immer weit, weit entfernt vor ihr.

Oft hat es sogar den Anschein, als spukte es den Akteuren, Wüstenwanderern gleich, bestenfalls noch als Fata Morgana vor den Augen. Wieviele haben sich nicht bis heute so verhalten, als müsse man davon die Köpfe befreien, als ließe sich fester Boden unter den Füßen nur gewinnen, wenn solche Phantastereien endlich aufhörten? Aber lassen wir uns nicht täuschen. Selbst die ewigen »Macher« der SPD, ihre unentwegten »Realpolitiker«, sind doch nicht ohne den Zusammenhalt und die Bewegung denkbar, die eben diese vertrackte sozialistische Idee, die Widersprüche, auf denen sie fußt, hervorbringen. Wovor sie uns ständig warnen, die Utopien, die sie uns nimmermüde austreiben wollen, sie sind doch in Wahrheit Bedingung noch ihrer wortgewaltigen Abkehr. Wie anders hätte die Sozialdemokratie jemals in dieses biblische Alter vordringen können?

»Die Geschichte« — also auch die Parteigeschichte — »ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit, sondern die von Jetztzeit erfüllte bildet«, heißt es einmal bei Walter Benjamin (W.Benjamin: Über den Begriff der Geschichte. In: Illuminationen, Ausgewählte Schriften, Frankfurt/M. 1977, S.258). Wir betrachten die Gründung der SPD und ihre Vorgeschichte im Aufbruch der 48er Zeit unentrinnbar mit den Augen von heute. Gleiches gilt für die anderen Schicksalsdaten der Partei: 1890, 1914, 1918/19, 1933 usw. Solange die SPD unterwegs ist, wird um deren Sicht von innen heraus, aus immer noch andauernder Betroffenheit in eigener Sache, in erster Person zu ringen sein. Und zwar mit den nicht abgeschlossenen, weiter im Werden befindlichen Kategorien der »Jetztzeit«.

Freilich, ein und dieselbe Partei wird nicht ungestraft 125 Jahre alt. Dem gleichen Vorgang ist auch in umgekehrter Richtung nicht zu entkommen. Wo eine Partei seit mehr als vier Generationen ihre Spuren in die Geschichte dieses Landes einzeichnet,

setzt sie ihrem Handeln, den auf sie gerichteten Hoffnungen zugleich Maßstäbe für die Zukunft. Wer die eigene Herkunft nur unter dem Gesichtspunkt des »Ballastabwerfens« traktiert, wie das mit Carlo Schmid die Wortführer der Godesberger Modernisierung in den fünfziger Jahren großenteils taten, der landet — gewollt oder nicht — bei »Hausgeschichtsschreibung und im Extrem bei »weißen Flecken« in der Parteigeschichte. Das verzerrt nicht nur den Blick zurück, es gefährdet oder blockiert die Lern- und Erneuerungsfähigkeit nach vorn — bis sie sich schließlich, wenn die Organisation als solche vital geblieben ist, eruptiv Bahn bricht, den vorgeblichen End- und Zielpunkt der Parteientwicklung als »Flaschenhals« entzaubert.

Versuchen wir also, die ganze Geschichte der SPD ins Auge zu fassen, uns dabei keine Sperrigkeiten und Kehrtwendungen, Erfolge und Mißerfolge zu schenken; und machen wir uns dabei bewußt, daß in eben dieser Erinnerungsarbeit ein unersetzliches Substrat für die Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen enthalten ist. Von ihren 125 Jahren hat die SPD nicht weniger als ein Fünftel in der Illegalität verbracht. An die Seite der »Sozialistengesetze« Bismarcks sind unter diesem Gesichtspunkt die ansonsten unvergleichlich härteren Maßnahmen des nazistischen Staatsterrors zu stellen. Zusammengenommen ist das noch immer ein wesentlich längerer Zeitraum, als die Partei in Weimar oder Bonn auf irgendeine Weise an der Regierung beteiligt war. Belassen wir es beim groben Überschlag: ein Fünftel der Zeit unterdrückt, drei weitere in Opposition, nur eines an der Regierung mitwirkend. Das Ganze unter nicht weniger als vier Staatsformen — und fundamentales gesellschaftliches Datum! — allen Modifikationen zum Trotz auf dem Boden ein und derselben kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Was Wunder, daß damit gewisse Annahmen darüber, was machbar und was »ewig« unerreichbar ist, verbunden scheinen.

Und doch, blieben wir bei solcher Betrachtung stehen, wie das implizit alle Thesen vom unwiderruflich reformistischen Charakter der SPD tun, wir begriffen die Zukunft lediglich als Fortschreibung des Vergangenen. Allen zurückliegenden Entscheidungslagen der Parteigeschichte, ihre tiefsten Zäsuren eingeschlossen, begegneten wir nur mit dem besserwisserischen Gehabe jener, die das Ergebnis schon kennen. Wollen wir dagegen in einen wirklichen Lernprozeß mit den vor uns handelnden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eintreten, werden wir um das Zurückbuchstabieren auf den Tag davor, die darin erkannten, übersehenen oder verschütteten Alternativen, nicht herumkommen. Neben das jeweilige Resultat tritt dann gleichbedeutsam die Frage, wie bewußt die Abwägung erfolgte, ob Chancen zur Korrektur, zur kritischen Auseinandersetzung mit den Suggestionen des »Zeitgeistes« gewahrt blieben. Wobei freilich auch diesen Fragen erkenntnisleitend noch das Aroma der »Jetztzeit« im Sinne Benjamins anhaften wird.

Beginnen wir zuerst mit den Schwachstellen. Gibt es das Prinzip »Rehabilitierung« in der Geschichte? Ich denke schon, nicht anders als die Kategorie des Irrtums, des Versagens, auch des Erfolgs. Nur verlangt es in besonderer Weise die Bereitschaft zur Selbstkritik, zur Aneignung von »Lektionen«, wenn denn die politische Identität behauptet oder äußerstenfalls erst wiedergefunden werden soll. Unter diesem Gesichtspunkt werden der August 1914, die Bewilligung der Kriegskredite und das Ein-

schwenken auf die »Burgfriedenspolitik«, nicht anders als das sozialdemokratische Handeln in den schicksalsschweren Monaten nach dem November 1918 wieder und wieder zu durchdenken sein. Weil es kein Vergessen oder Verdrängen für uns geben kann, werden wir zu diesen Ereignissen keinen Zugang finden, ohne sie als Hypothek auf dem weiteren Weg der Partei, als Momente tragischen Scheiterns zu erfassen. Die Verdienste am Aufbau der ersten deutschen Republik, deren sich die Partei um Friedrich Ebert wohl rühmen darf, bleiben überschattet vom Versagen in den Berliner Januartagen 1919 bis hin zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Sie bleiben gezeichnet vom Versäumnis entschlossener gesellschaftlicher Demokratisierung.

Als dann die Republik nach den kurzen Jahren scheinbarer Stabilität von Reaktion und braunen Horden zu Tode gehetzt wurde, erschien die Partei mehr und mehr in der Rolle einer Gefangenen ihrer bisher verfolgten Strategie eingeschnürt. Von der Tolerierung Brünnings bis zur versäumten Notwehr gegen den »Preußenschlag« von Papens reihte sich ein Mißerfolg an den anderen, wirkte ihr Scheitern auf beklemmende Weise vorprogrammiert. Dennoch: »Umwälzungen finden in Sackgassen statt«, formulierte Brecht; die Reichstagsrede von Otto Wels gegen Hitlers »Ermächtigungsgesetz« ist ein Beispiel dafür. Der äußerste Rückzug, ausgedrückt in dem trotzigen Bekenntnis »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht«, erwies sich als Signal des Standhaltens, mehr noch, als der Beginn einer »Häutung«, der aus eigener Kraft vollzogenen, im Widerstand gegen das »Tausendjährige Reich« durchgehaltenen Parteierneuerung.

Durchmustern wir die Bilanz der SPD seit der Befreiung 1945, so betreten wir, auf die Westzonen, später die Bundesrepublik bezogen, scheinbar weniger zerklüftetes Gelände. Gewiß stand am Anfang noch einmal eine »heroische Operation«. Der Buchenwald-Häftling Kurt Schumacher nahm als Parteivorsitzender jeden Konflikt mit KPD bzw. SED, ja, notfalls die staatliche Spaltung der Nation in Kauf, um die Einheit von »demokratischem Weg« und »sozialistischer Zielperspektive« uneingeschränkt zu behaupten. Gegenüber dem sowjetischen Einflußbereich unter Stalin blieb ihm selbst die kapitalistische Restauration in den Westzonen, die er nicht verhindern konnte, das »kleinere Übel«. Und für diese zweifellos schmerzliche Grundentscheidung, der dennoch nicht zu entkommen war, fand er schließlich die nahezu geschlossene Zustimmung der Partei.

Auf ihrer Basis gelang dann in den fünfziger Jahren jene Modernisierung der SPD, die sie mit Hilfe des »Genossen Trend« allmählich zur ernstzunehmenden Regierungsalternative aufrücken ließ. Als danach der frühere sozialistische Emigrant Willy Brandt, zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt und wenig später als Friedensnobelpreisträger ausgezeichnet, die Zustimmung in Wahlen Rekordhöhen erreichte, da schien der Triumph der Partei ähnlich geglückt, wie es Generationen vorher für den Sieg von August Bebels Sozialdemokratie über Bismarcks »Sozialistengesetze« und den Aufstieg zur stärksten Partei des Kaiserreichs gegolten hatte.

So weit, so gut — und weiter so? Wenn sich mit solch naivem Optimismus heute niemand mehr zufrieden geben kann, hat das Gründe, die viel tiefer reichen, als es ein

leidlich normaler Verschleiß in Regierungsfunktion und das dadurch bedingte Zurück in die Opposition für sich genommen verständlich machten. Nach dem jahrelangen Auszehrungsprozeß der sozialliberalen Koalition scheiterte in der Bonner »Wende« von 1982/83 weit mehr als nur ein gewöhnliches Regierungsbündnis. Auf der Strecke blieben gleich mehrere der jahrzehntelang verfochtenen Grundannahmen der Partei. Der »Godesberger Weg« hatte eben neben manchen, inzwischen allseits akzeptierten Neuerungen, wie dem Weltanschauungspluralismus in der Partei, immer auch bedeutet, sich in den Fundamenten der bestehenden Wirtschaftsordnung häuslich einzurichten.

Das mochte zwar dem sozialistischen Erbe der Bewegung widersprechen, verhiess aber greifbare politische Erfolge für Gegenwart und absehbare Zukunft. Doch gerade diese Nahtstelle sozialdemokratischer Praxis und Programmatik ist seit der »Wende« dauerhaft zerbrochen. Nicht zuviel Reformen führten zum Regierungsverlust; zuviel Reformverzicht bewirkte den Einbruch an Glaubwürdigkeit der Partei und erzeugte erst die schwierige Konkurrenz zu den Grünen. Zugleich konnte weder eine so elementare sozialdemokratische Position wie das Recht auf Arbeit gesichert noch den bohrenden Fragen der »neuen sozialen Bewegungen« überzeugend begegnet werden.

Wieder in der Opposition also — und dort gut aufgehoben? Wohl kaum; denn es gilt heute, die politische Identität der Partei von den Wurzeln her neu zu bestimmen, mit gleicher Sorgfalt die Aktualität des sozialistischen Zielprojekts wie seine unabdingbare Einbindung in die reformerische Tagesarbeit zu begründen. »Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit« und »Sicherheitspartnerschaft« zwischen Ost und West, ökologischer und sozialer Umbau der Wirtschaft, wirkliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, Umkehrung der Nord-Süd-Ausplünderung, alle diese Forderungsbündel mittlerer Reichweite und sofort benötigten Einstiegs müßten leerlaufen, blieben ohne zentrierende Verknüpfung, gingen sie nicht mit einer ähnlichen Anstrengung zur Erneuerung der sozialistischen Idee einher. Und nichts anderes gilt, sobald sich die Partei daran macht, in der Abwehr akuter sozialer Krisen, von Rheinhausen bis zur Verödung ganzer Regionen, oder in der Hinwendung zu veränderten Lebensweisen, wie dem immer vielfältiger ausgedrückten Wunsch nach mehr Individualität, für ihre künftige Hegemonie, kulturell und politisch, eine Basis zu schaffen.

Es ist unschwer zu erkennen, daß beides — »Runderneuerung« in den einzelnen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie in der Aneignung lebendigen sozialistischen Denkens — seinen Platz in der Arbeit am neuen Grundsatzprogramm der Partei finden muß. Um danach und parallel dazu wieder als eine glaubwürdige gesellschaftsverändernde Kraft, in der fünften Generation zum Sozialismus unterwegs, handeln zu können. Keine Frage, daß wir uns dabei, im Positiven wie im Negativen, auf die Lektionen der ersten 125 Jahre sozialdemokratischer Parteigeschichte stützen werden.

Josef Schleifstein

125 Jahre SPD

Traditionslinien in der Sozialdemokratie

Eine historische Bilanz der SPD in einem kurzen Aufsatz zeichnen und das mit einem Blick auf ihren heutigen Standort verbinden zu wollen, wäre vermessen. Wer sich solcher Bitte gegenüberieht, kann allenfalls versuchen, einige wenige Hauptlinien zu skizzieren, und das nur in Anmerkungen und Andeutungen.

1.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist nicht die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aber sie ist ein bedeutender Teil dieser Geschichte. Wenn die SPD sich die Bildung des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Mai 1963 zum Gründungsdatum erkor, so war dies von der Chronik nicht zwingend vorgeschrieben. Man hätte ebenso auf den Bund der Kommunisten von 1847 und sein Programm, das *Manifest der Kommunistischen Partei* von Marx und Engels zurückgehen können. Schon dies deutet auf das Dilemma unterschiedlicher, später auch gegensätzlicher Traditionslinien in der SPD, ohne deren Verständnis die Gesamtentwicklung nicht zu begreifen ist.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wie die Eisenacher Partei von 1869 entstanden als politische Klassenbewegung der Arbeiterschaft. Nach der Vereinigung von Gotha 1875, aber mehr noch mit den Verfolgungen, den Opfern, dem Heroismus unter dem Sozialistengesetz 1878 bis 1890 entwickelte sich eine marxistische, sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei, für die der Klassenkampf theoretisches Bekenntnis und politische Praxis war. Wer es bezweifelt, lese Bebels Reichstagsrede zur Pariser Kommune 1871, die Bismarck den »Lichtstrahl« nannte, der ihm die ganze Gefährlichkeit der Sozialdemokratie habe aufgehen lassen. Die SPD des Erfurter Parteiprogramms von 1891 war jahrzehntelang auch international Vorbild einer konsequent sozialistischen Arbeiterpartei — und Sozialismus hieß: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und politische Macht der Arbeiterklasse. Ihr Antiimperialismus und Antimilitarismus, zusammengefaßt im Bebelschen Motto »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!«, galt lange Zeit kompromißlos. Das hieß übrigens keineswegs, die Vorkämpfer *dieser* Traditionslinie — August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Paul Singer — hätten die reformerischen und tagespolitischen Aufgaben verleugnet oder vernachlässigt. Man kann leicht beweisen, daß sie meist auch als die besseren, weil entschiedeneren und mutigeren, »Reformer« handelten. Aber sie waren nicht bereit, auf das revolutionäre sozialistische Zukunftsziel zu verzichten und Arbeiterpolitik auf das kapitalistisch und obrigkeitsstaatlich Erlaubte zu reduzieren.

2.

Hierin lag der fundamentale Unterschied zur *anderen* Traditionslinie in der SPD, die theoretisch Ende der neunziger Jahre von Eduard Bernstein und praktisch von leiten-

den Gewerkschaftern, Parlamentariern und Journalisten verfochten wurde, die sich selbst als pragmatische Reformisten und Revisionisten verstanden. Die innere Logik dieses Gegensatzes mußte in einer so schweren Bewährungsprobe wie dem Ersten Weltkrieg zur Unvereinbarkeit der beiden Strömungen innerhalb einer Partei führen. Es war die Stellung zu Krieg und Imperialismus, die den Zusammenbruch vom 4. August 1914 und die Spaltung der Arbeiterbewegung bewirkte. Ausmaß und Tiefe der Katastrophe kamen selbst für diejenigen unerwartet, die schon lange zuvor gegen das stückweise opportunistische Abgleiten leidenschaftlich gekämpft hatten. Der große Historiker der alten Sozialdemokratie Franz Mehring schreibt im Januar 1915 an den Sozialisten Hermann Schlüter in den USA:

»Freilich, den fürchterlichen Zusammenbruch der letzten Monate hat keiner von uns geahnt. Man muß ihn in allen Einzelheiten erlebt haben, um zu begreifen, wie grauenvoll er ist.«

Die alte marxistische und antiimperialistische Traditionslinie lebte fortan in Wort und Tat der *Kriegsgegner*, vertreten und geführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin.

3.

Als das furchtbare Massensterben, als die Leiden und Entbehrungen des Volkes die Revolution vom November 1918 *unvermeidlich* gemacht hatten, waren die mehrheitssozialdemokratischen Führer noch völlig in Geist und Praxis des 4. August 1914 gefangen, in den Ideen der nationalen Koalition, der Klassenzusammenarbeit, des Burgfriedens mit Monarchie, Militär und Kapital. Sie hatten die Revolution nicht gewollt, der November war gleich einem elementaren Gewittersturm über sie hereingebrochen. Wie hätten sie da imstande sein sollen, die ihnen buchstäblich zugefallene Macht revolutionär zu gebrauchen? Die geschichtliche Chance, die Volksrevolution nicht nur zur Rettung vor dem Hunger, sondern auch zur einst proklamierten sozialen Umwälzung zu nutzen, trat — bei allem Tribut an sozialistische Arbeiterhoffnungen — nie ernsthaft in ihr Blickfeld. Die Unabhängigen waren in ihren programmatisch-politischen Vorstellungen zu unklar, in ihrem Handeln zu unentschlossen und zaghaft; der Spartakusbund und die eben erst gegründete KPD waren zu schwach und unerfahren, um den Ereignissen noch eine andere Wendung geben zu können. In den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde unter Sozialdemokraten viel über den Buchtitel »Wenn wir 1918 ...« debattiert. Verpaßte historische Chancen pflügen sich an den Völkern bitter zu rächen. Hier nahm die Rache mörderische Formen und Ausmaße an.

Die SPD der Weimarer Republik war stolz auf die demokratischen und sozialen Errungenschaften des *Reformweges*. Zu Recht, gemessen an der wilhelminischen Vergangenheit. Zu Unrecht, gemessen an den objektiven Möglichkeiten von 1918 bis 1919. Offiziell hat die Partei nie zu reflektieren gewagt, daß alle bedeutenden Reformen von Weimar — republikanische Verfassung und Parlamentshoheit, Frauenwahlrecht und Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in den Ländern, Acht-Stunden-Tag und Betriebsrätegesetz bis hin zur Abschaffung der preußischen Gesindeordnung — unmittelbare *Resultate einer Revolution* waren. Bis heute sieht man in der SPD mißtrauisch und

verschämt auf die Novemberrevolution, wobei das Verhalten zur Geschichte ja seit langem selbst Bestandteil verschiedener Traditionslinien geworden ist.

Sicher war das Ende der Weimarer Republik nicht schicksalhaft vorherbestimmt. Doch wurde die Saat ihrer Zerstörung unleugbar schon in den Anfängen gelegt: die Übernahme des alten Staats-, Verwaltungs- und Justizapparats, die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte, der Verzicht auf alle Sozialisierungsmaßnahmen, die Bewaffnung der Freikorps. Im Prager SPD-Manifest vom Januar 1934 hieß es rückblickend, »die Teilung der Macht mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat« sei nach der Revolution »der schwerste historische Fehler« gewesen. Selbst der Kapp-Putsch, die Morde an Erzberger und Rathenau, der Hitler-Ludendorff-Putsch belehrten die SPD-Führung nicht eines anderen und Besseren. Als dann 1929 die furchtbare Wirtschaftskrise hereinbrach und die faschistische Gefahr gewaltig anwuchs, wäre die Weimarer Republik nur noch mit dem »Einsatz neuer, gewagter und äußerster Mittel« (so später Wilhelm Hoegner) zu retten gewesen. Die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnung, die Wahl des kaiserlichen Generalfeldmarschalls Hindenburg zum Präsidenten, die widerstandslose Abdankung der sozialdemokratischen Preußenregierung, die hartnäckige Zurückweisung aller kommunistischen Einheitsfrontangebote (für den gemeinsamen Einsatz »äußerster Mittel«) — es war ein selbsterstörerischer, selbstmörderischer Kurs. Sicher wurde der blinde Antikommunismus begünstigt durch die schweren sektiererischen Fehler der KPD. Doch wer — außer sie selbst — hinderte die Führungen von SPD und Gewerkschaften daran, *eigene Initiativen* zu außerparlamentarischen Aktionen zu ergreifen?

Sucht man nach den tieferen weltanschaulich-politischen Ursachen dieser Haltung, so ist der Zusammenhang mit jener Traditionslinie, die 1914 in der SPD die Oberhand gewonnen hatte, unmöglich zu übersehen. Immer gab es in der SPD auch Kräfte, die das Verhängnis kommen sahen. Nicht wenige linke Sozialdemokraten widersetzten sich dieser Politik des kampflosen Rückzugs, plädierten für eine Rückkehr zu den Ideen des Klassenkampfes, forderten die antifaschistische Einheit und ein neues Verhältnis zur KPD. Doch weder die Hinausgedrängten und Ausgeschlossenen, die die SAP gründeten (Seydewitz, Rosenfeld, Eckstein u.a.), noch die in der Partei verbliebenen Linken waren stark genug, um den Kurs vor 1933 zu ändern. Das traurige, bedrückende Fazit der Politik des rechten Flügels zog der Parteivorsitzende Otto Wels im August 1933 auf dem Pariser Sozialistenkongreß: »*Wir waren wirklich nur Objekt der Entwicklung.*«

4.

Der Sieg des deutschen Faschismus 1933 war die schwerste Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung — mit weltweiten Folgen. Sie war Anlaß zu Selbstüberprüfung und Selbstkritik in beiden Strömungen der Arbeiterbewegung. Mit dem *Prager Manifest* der SPD von 1934, mit seinen revolutionär-sozialistischen Forderungen, seinem Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterparteien, das zum geschichtlichen Zwang geworden sei, schien die Partei eine Rückkehr zur alten Traditionslinie von vor 1914 vollziehen zu

wollen. Doch das erwies sich als Täuschung — auch als Selbsttäuschung. Weltpolitische Entwicklungen, die Einflüsse der Sozialdemokratie jener Länder, in denen Kapitalismus und bürgerlicher Parlamentarismus nie grundlegend erschüttert waren, der nach 1945 aufbrechende West-Ost-Konflikt, die tiefen antikommunistischen Ressentiments des alten Führungskerns, die gegensätzliche Entwicklung in den Besatzungszonen führten in der SPD der Westzonen zu einer paradoxen Position mit unrealen Zügen. Schumacher verkündete, der Kapitalismus sei tot, daher sei der Sozialismus »die Tagesaufgabe«; er erklärte, eine gesicherte Demokratie in Deutschland »könne nur sozialistisch sein«. Die vorgeschlagenen und praktizierten Mittel — Westorientierung, Antisowjetismus, Ablehnung des Potsdamer Abkommens, Nein zur Zusammenarbeit mit der KPD — waren aber dieser Zielsetzung diametral entgegengesetzt und mußten sie völlig illusorisch machen.

Die Praxis mündete nur allzubald in die alte sozialreformerische, sozialliberale Richtung ein, ohne antikapitalistische Alternative und sozialistische Perspektive. Die lange Nachkriegskonjunktur, die politischen Erfolge der Adenauer-Parteien, die Schwierigkeiten in der DDR gaben den *Anpassungstendenzen* nach rechts neue Nahrung und ließen das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus immer leiser erklingen. Das programmatische Resultat war das Godesberger Programm von 1959, das praktisch-politische die Zustimmung zum NATO-Bündnis und zur »Gemeinsamkeit« der Außenpolitik mit Adenauer vom Juni 1960. Der Geist des »kalten Krieges« bestimmte auch den Kurs der SPD, die Anerkennung der DDR und staatliche Verhandlungen mit ihr wurden ebenso abgelehnt wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze Polens. Linke Sozialdemokraten — der SDS, Wolfgang Abendroth, Gerhard Gleißberg — wurden ausgeschlossen. Höhepunkt dieser Entwicklung war der Eintritt in die Regierung der »Großen Koalition« mit Kurt Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß. Die Begründung Willy Brandts: Es ging um die »nationale Rettung« aus einer schweren Krise.

5.

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre bewirken tiefgehende sozialökonomische, wissenschaftlich-technische, weltpolitische und innenpolitische Veränderungen eine Wandlung sozialdemokratischer Politik. Das Wirtschaftswunder ist zu Ende. Der krisenfreie, Vollbeschäftigung garantierende Kapitalismus hat sich als Illusion erwiesen, trotz der neuen Interventionsmechanismen des Stamokap. Außenpolitisch ist die Leugnung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen territorial-staatlichen Realitäten auch den eigenen Verbündeten gegenüber unhaltbar geworden, weil man sich immer mehr isoliert. Die Bundesrepublik hat aufgehört, ein nahezu streikfreies Land zu sein; die Gewerkschaften werden kämpferischer. Die Studentenbewegung und der außerparlamentarische Widerstand gegen die Notstandsgesetze — die Mehrheit der SPD-Abgeordneten stimmt dafür — erzeugen ein neues, deutlich nach links verschobenes politisch-geistiges Klima. Das wirkt tief in die SPD hinein, führt zum Wiederaufleben linker Strömungen; ja, zu einem neuen Interesse junger Sozialdemokraten am Marxismus.

Die von Willy Brandt eingeleitete Politik der Verträge mit den sozialistischen Ländern — spät, aber noch nicht zu spät — verleiht dem Entspannungsprozeß Auftrieb und ist ein bedeutendes Stück Friedenssicherung. Dreizehn Jahre sozialliberaler Regierung bringen zweifellos manchen sozialen, bildungs- und gesundheitspolitischen, infrastrukturellen Fortschritt. Das große »Mehr« an Demokratie oder gar tiefere gesellschaftliche Wandlungen bringen sie nicht. Die Macht des monopolistischen Kapitals wird nicht eingeschränkt. Die Grundrichtung sozialdemokratischer Politik hat sich nach den ersten Jahren — und mit geringer werdenden finanziellen Spielräumen des Staates — eher nach rechts verschoben. Die Initiative Helmut Schmidt zur Aufstellung der Mittelstreckenraketen Ende 1979 zeigt, daß die Militär- und Sicherheitspolitik der SPD durchaus *zwiespältig* geblieben ist. Prinzipiell findet das Selbstverständnis des rechten (sehr einflußreichen) Flügels seinen Ausdruck in dem Wort, man könne »den kapitalistischen Staat besser verwalten« als die CDU/CSU (Matthöfer).

In der Opposition seit 1982, beeinflußt auch durch die grünen Sympathien der linken Jugendströmungen, vollziehen sich bedeutende Veränderungen in der SPD. Sie sind Ausdruck der seit den siebziger Jahren sich vollziehenden weltweiten Krisenprozesse. Die existentielle Bedrohung der Menschheit durch die Atomrüstung, die zunehmenden ökologischen Gefahren, Hunger, Elend und Verschuldung der Entwicklungsländer verlangen nach neuem Denken und neuen Antworten. Die Lösung von Menschheitsproblemen wird zur Bedingung, zur Voraussetzung gesellschaftlichen Fortschritts. Menschheitsfragen überlagern Klasseninteressen und Klassengegensätze (Frieden, Bewohnbarkeit des Planeten), ein neues Verständnis des Verhältnisses und der Wechselwirkung von Gattungs- zu Klassenproblemen muß erarbeitet werden.

Ohne Zweifel hat die SPD in der Friedens- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre, auch international, einen bedeutsamen positiven Beitrag geleistet (Prinzip der Sicherheitspartnerschaft, gemeinsam regionale Abrüstungsvorschläge mit der SED, Grundsätze für einen sachlichen Meinungs austausch mit der SED). Sie hat dabei auch gewisse Elemente (nicht weltanschauliche) der Traditionslinie des Antisowjetismus und Antikommunismus in Frage gestellt. Eine neue linke Strömung, geprägt von ökoreformerischen oder ökosozialistischen Ideen, erlangt zunehmend Einfluß und bringt wichtige kritische, in die Zukunft gerichtete Impulse ein (Eppler). Sie weicht aber der fortexistierenden und auch die neuen Probleme durchdringenden Kapital- und Profitlogik aus, was leicht in romantisierende Sozialpartnerschaftsideen mündet (Lafontaine). Im *Irseer Programmentwurf* gibt es bemerkenswerte Fortschritte (für Marxisten): die kapitalistischen Krisenprozesse werden gesehen, ebenso die großen übergreifenden Menschheitsprobleme. Doch der demokratische Sozialismus ist nicht in sozialökonomischen, politischen und kulturellen, sondern in abstrakt-ethischen Kategorien definiert. Der Weg dahin muß — auch in historischer Sicht — unergründlich bleiben, wenn zur Einschränkung großkapitalistischer Macht nichts gesagt wird.

Wir erleben eine Renaissance sozialistischer Ideen, die von den revolutionären Veränderungen in der Sowjetunion ausgeht. Das wird auch das Denken und Nachdenken bei uns beeinflussen und, wie ich glaube, die Diskussion in der SPD nicht unberührt lassen.

Frieder Otto Wolf

Ein sozialdemokratisches Jahrhundert?

Der gegenwärtige Vorsitzende der SPD hat es für nötig gehalten, zu bestreiten, daß das »sozialdemokratische Jahrhundert« zu Ende gehe. Das ist an sich schon merkwürdig: Was am 20. Jahrhundert in Deutschland sozialdemokratisch gewesen sein soll, liegt nicht klar auf der Hand. Ein solcher sozialdemokratischer Charakter unseres Jahrhunderts könnte höchstens noch in der administrativen Kleinarbeit zweier historischer Aufbrüche, der deutschen Räterevolution unter der Führung von Ebert, Noske und Scheidemann und dann des »kulturrevolutionären« Aufbruchs der sechziger Jahre unter der Regierungstätigkeit sozialdemokratisch geführter Kabinette gesehen werden.

Selbst wenn wir unsere historische Erinnerung getreu der kollektiven Amnesie der »Wirtschaftswunder«-Generation erst mit der Truman-Doktrin und der USA-Bindung Westeuropas (und insbesondere Westdeutschlands) beginnen lassen, die »soziale Marktwirtschaft« mit ihrer Unterordnung der Gewerkschaften unter die Gesamtvernunft der Kapitalakkumulation war nicht das Werk der SPD, genausowenig wie die Wiederbewaffnung, die NATO- und EG-Einbindung der BRD, das Atomprogramm für Energieversorgung und latenten Atomwaffenzugriff, das Bauernlegen, die Landschafts- und Umweltzerstörung durch eine unkontrollierte industrielle Expansion oder schließlich das mit den Notstandsgesetzen juridifizierte Politikkonzept des »Sicherheitsstaates«. Daß die SPD sich allen diesen Konzepten untergeordnet und sie in der sich — unter dem Druck radikaldemokratisch in Bewegung kommender Generationen ebenso wie unter dem verschärften Druck der Weltmarktkonkurrenz — verändernden Lage der siebziger Jahre weiterentwickelt hat, macht die Bundesrepublik noch lange nicht zu einem sozialdemokratisch geprägten Land.

Vogels Formulierung macht einen ideologischen Effekt sichtbar, der die Führer der SPD offenbar ebenso in Bann hält wie viele ihrer Kritiker: den durch rückwärts gewandte Identifikationen erzeugten Effekt der Kontinuität einer Parteiorganisation, die in der Realität in radikal voneinander unterschiedenen politischen Systemen ganz Unterschiedliches gewesen ist.

Im Wilhelminischen System des Junker-Imperialismus waren die Sozialdemokraten zunächst eine Bewegung von Systemgegnern gewesen, »vaterlandslose Gesellen«, die sich für einen ganz anderen, einen »Zukunftsstaat« organisierten — bis sie sich, unter heftigen inneren Kämpfen, zu einer Art linken Flügel eben dieses Systems entwickelten, der von den Kriegskrediten über die Organisation der Kriegswirtschaft bis zur Verhinderung der Räterepublik, mit für dessen Reproduktion sorgte. Mit der Stabilisierung der ökonomischen und sozialen Herrschaftsverhältnisse in der Weimarer Politik rückten sie in die Position einer linken Mitte, des zwischen kapitalismuskritischem Reformismus und Reformkapitalismus vermittelnden Flügels der staatstragenden Parteien, in einem politischen System, das von seinen sozialen und politischen Polarisierungstendenzen zerrissen und durch die Machtübergabe an die Nazis von innen heraus zerstört wurde. Im Nazi-System war die SPD in die Position der Exil-

Partei verdrängt, unter starkem Einfluß vor allem der britischen und skandinavischen reformkapitalistischen Kräfte, während ihre soziale Basis in Deutschland alle Nuancen von der aktiven Unterstellung unter die Nazi-Arbeitsfront, dem mehr oder minder stummen Mitläufertum bis zum aktiven Widerstand aufwies. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die SPD vermutlich die Partei, die am meisten dazu beigetragen hat, die Westanbindung der Westzonen dauerhaft zu ermöglichen — einfach auf Grund der politischen Isolierung der Kommunisten, die sie konsequent vorantrieb, soweit diese sich nicht auf Grund ihrer stalinistischen Politik schon selbst isolierten. Nachdem ihr dann unter der Adenauer-Demokratie jeglicher politische Lohn für diese historische Ordnungs- und Stabilisierungs-Leistung vorenthalten worden war, hat die SPD für einige Jahre als relativ klar profilierte Oppositionspartei den allergrößten Teil der im Widerstand oder in der Nachkriegszeit entstandenen linksoppositionellen Zirkel ebenso in sich aufgesogen wie viele desorientierte KPD-Mitglieder und konnte sich, derart mit dem Monopol als linke Parlamentspartei versehen, seit Bad Godesberg konsequent als systemimmanente Modernisierungspartei aufbauen. Es war daher nur konsequent, daß die SPD bei der ersten deutlicher wahrgenommenen Krise des bundesdeutschen Nachkriegssystems in die Regierungsverantwortung kooptiert worden ist und — nachdem APO und Studentenbewegung eine beginnende massenhafte Erosion der noch unter dem NS-System gelegten ideologischen Grundlagen der Nachkriegs-BRD angezeigt hatten — 1969 sogar zur führenden Regierungspartei aufsteigen konnte.

Gewiß ist es eine starke ideologische Leistung, wenn es einem Kollektiv-Subjekt gelingt, von der Überzeugung beherrscht zu werden, über die Vielzahl der historischen Lagen und politischen Systeme hinweg, in denen es unter seinem gegenwärtigen Namen tätig war, »dasselbe« geblieben zu sein. Aber zumindest zwischen der SPD August Bebels und der SPD Friedrich Eberts liegt ebenso ein tiefer Kontinuitätsbruch wie zwischen der SPD Rudolf Hilferdings und der SPD Karl Schillers.

Heute hat diese SPD, während sie sich in der Opposition auf die neunziger Jahre vorbereitet, nicht mehr inhaltliche Kontinuität mit den historischen Gestalten der revolutionären oder der reformistischen SPD als die DKP, die Friedensliste oder die Grünen. Daß sie dennoch auf diese Tradition derartigen Wert legt — bis hin zu dem Geld, daß sie für Traditionspflege ausgibt —, macht nichts anderes deutlich, als daß die Berufung auf diese Tradition immer noch ein probates Bindemittel für nur unter Schwierigkeiten einbindbare politische Kräfte bildet.¹

Wenn wir die Täuschung überwunden haben, die in der Annahme liegt, die Antwort auf die Frage, was die SPD sei, liege in ihrer Geschichte², stehen wir wiederum vor eben dieser Frage — aber jetzt, ohne einem ideologischen Antwortmechanismus unterworfen zu sein, der uns diese Frage gleichsam wieder abnähme: Was ist die SPD? Und was kann sie werden?

Im gegenwärtigen politischen System fungiert die SPD als die führende Oppositionspartei, d.h. immer: sowohl als Oppositionskraft wie auch als Alternativregierung. Eine Debatte über Regierungsbeteiligung, wie sie gegenwärtig bei den Grünen immer noch geführt wird, ist in ihr auf Grund dieser Stellung im politischen System ausgeschlossen. Aktiver Träger einer auf Überwindung der Herrschaftsaspekte der Staats-

macht, von Bürokratie und Repression abzielenden Politik, kann die SPD in ihrer Funktion als Alternativregierung daher weder sein noch werden.

Hinsichtlich ihrer sozialen Basis stellt sich die SPD — wie alle anderen parlamentarischen Parteien — als eine klassenspezifisch gewichtete »Volkspartei« dar.³ Das bindet sie an eine Politik des Klassenkompromisses und insbesondere der Einbindung der relativ privilegierten Lohnarbeiterkategorien bzw. der »schwarzen Gewerkschafter«, durch die sie sich bis heute vertreten fühlen. Damit steht die SPD für keinerlei Projekt eines Strukturbruchs gegenüber der Arbeits- und Lebensweise der Nachkriegs-BRD zur Verfügung — allenfalls für die Abfederung und zeitliche Streckung der von kapitalistischen Krisenlösungsansätzen unvermeidlich eingeführten radikalen Neuerungen — von der »flexiblen Spezialisierung« über die »neuen Technologien« bis zur Zwei-Drittel-Gesellschaft.

Schließlich ist die Sozialdemokratie seit Bad Godesberg — mit seinem ungeschriebenen Motto »Atomkraft statt Klassenkampf« — in ihrem ideologischen Bestand auf das Projekt der Technokratie fixiert, auf den Grundgedanken, für alle Widersprüche der bestehenden Gesellschaft gäbe es, entsprechende Wissenschafts- und Forschungsförderungspolitik vorausgesetzt, einen »technological fix«. Das hat ihre Integrationskraft weit über die traditionellen deutschen Facharbeiter hinaus begründet. Es wird aber in einer Situation, in der sich zum einen die Frage der Technologiewahl historisch weit radikaler stellt als eine Auswahl aus zeitlich konkurrierenden spitzentechnologischen Entwicklungslinien und zum anderen deutlich geworden ist, daß die Politik des »technological fix« die zugrundeliegenden sozialen Strukturprobleme — etwa im Geschlechterverhältnis, im Verhältnis zu den Ländern des »Südens« oder auch im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital — keineswegs lösbarer gemacht hat, sondern darüber hinaus noch umfassende ökologische Fehlentwicklungen eingeleitet hat, die auf die gesamte Menschheit zurückzuschlagen begonnen haben, sehr rasch zum Ballast werden. Und dann geht es ideologisch in zwei ganz entgegengesetzte Richtungen auseinander: In eine Richtung auf eine autoritäre, etatistische Politik des Gesamtinteresses vor den konkreten »Sonderinteressen« — das bundesdeutsch oder auch menschheitlich bestimmt und damit chauvinistisch oder hegemonial angelegt werden kann —, oder aber in Richtung auf eine artikulationsunfähige Politik der Verteidigung derjenigen Sonderinteressen, die für den Organisationserhalt am wichtigsten sind. Im ersten Fall wäre SPD-Politik jedenfalls kein potentieller Träger mehr für die Durchsetzung struktureller emanzipatorischer Veränderungen, im zweiten Fall dürfte die Entwicklung die SPD ihre Rolle als Alternativ-Regierungspartei kosten. In keinem Fall kann mit einer steigenden Bedeutung der innerhalb der SPD tätigen radikal systemoppositionellen und kapitalismuskritischen Kräfte gerechnet werden.

Dafür, daß diese Kräfte eine politische Chance hätten, wäre die erste Voraussetzung, eine andere Auflösungsform für den (als schönen Traum verkannten bösen) Traum der Technokratie zu »erfinden« als sie die beiden skizzierten Extreme anbieten. Das wäre schon schwer genug. Damit dies aber politisch möglich werden kann, wird ein Preis zu zahlen sein: Ein längerer Marsch durch die Opposition — durchaus auf die Gefahr hin, daß die Bundesrepublik für längere Zeit ohne eine stabile Alternativ-Regierung bliebe

und zugleich ein Wegbrechen bestimmter Teile der institutionell in das bestehende politische System integrierten Organisationen der Arbeiterbewegung — von der »Gemeinwirtschaft« bis zu einer Reihe von Gewerkschaften. Mit anderen Worten: ein neuerlicher Identitätswechsel der SPD. Daß ein politischer Identitätswechsel möglich ist, zeigt jeder kritische Rückblick auf die Parteigeschichte. Ob ein derartiger Identitätswechsel möglich ist, in dem bestehende Mechanismen und Apparate der Ein- und Unterordnung aufgelöst statt weiter gefestigt würden, könnte nur eine nüchterne Bestandsaufnahme der inneren Kräfteverhältnisse dieser SPD zeigen. Jedenfalls wäre es allzu optimistisch, allein schon aus der Tatsache, daß mit den Grünen eine kleine Oppositionskonkurrenz entstanden ist, die selbst bereits eine andere Auflösungsform des Technokratie-Modells der Politik darstellen, auf die politische Möglichkeit zu schließen. Selbst die Hoffnung, durch eine kritische Bündnis-Politik könnten die Grünen von außen anschieben, wozu innerhalb der SPD die Kräfte nicht reichen, greift weit über die gegenwärtige Realität hinaus.

Die SPD des Jahres 2000 wird sich zweifellos gegenüber der SPD von heute in ihrer Identität erneut verschoben haben. Nur steht zu befürchten, daß diese Verschiebung in die entgegengesetzte Richtung geht: In die Richtung eines letzten, groß angelegten Versuchs, noch einmal die Probleme unserer Zeit »von oben«, durch eine Verknüpfung von technologischen Lösungsangeboten mit subalternen Aushandlungsspielräumen zu lösen, anstatt die breiten Massen selbst die Verantwortung für die Lösung unserer historischen Probleme in die Hand nehmen zu lassen. Demgegenüber wäre es dann sinnlos, an Noske zu erinnern oder Tucholsky zu zitieren. Denn es wäre nicht »das-selbe« noch einmal. — Es ist aber von entscheidender Bedeutung, eine solche Entwicklungsrichtung der SPD und ihren etwaigen politischen Erfolg zu verhindern. Wer die erste Aufgabe für allzu ungewiß in ihren Erfolgsaussichten hält, findet bei den Grünen als der konkurrierenden Oppositionspartei die Möglichkeit, zumindest etwas Nützliches im Sinne der zweiten Aufgabe zu tun.

Anmerkungen

- 1 Hier wird allen den politischen Kräften, die mit der SPD auf demselben sozialen Gelände, insbesondere innerhalb der systemkritischen Massenbewegungen, um Einfluß, Mobilisierungsfähigkeit und Wählerstimmen ringen, wenn sie sich nicht in den aussichtslosen Wettkampf der Traditionspfleger begeben will, wie ihn vor allem die Parteigeschichtsschreibung der SED exemplarisch vorführt, auf Sicht nur übrig bleiben, weniger manipulative Formen kollektiven Sich-Erinnerns zu praktizieren. Derartige Formen sind sowohl in der Alltags- und Mentalitätsgeschichte, als auch in der Sozialgeschichte entwickelt worden, in denen vor allem die Kontinuität politischer Bewegungen und Organisationen weder als solche per Identifikation vorgängig immer schon hergestellt ist, noch indirekt vor aller konkreten Untersuchung postuliert wird, indem solche Bewegungen und Organisationen als bloßer »Ausdruck« immer schon fertig zugrundeliegender »historischer Subjekte« begriffen werden.
- 2 Dies ist in noch weit höherem Grade eine Täuschung, als die ebenfalls nicht haltbare Annahme, das Erzählen von Biographie sei eine hinreichende Antwort auf die Frage danach, wer einer sei und was er tun könne.
- 3 Wobei sie sich von den Grünen vor allem durch generationstypische Spezifika der über 40jährigen unterscheiden (vgl. von Oertzen 1988, 179).

Literaturverzeichnis

- Oertzen, Peter von, 1988: Grüne und SPD einzeln ohnmächtig — gemeinsam an die Macht? In: Grünes und alternatives Jahrbuch 1988, Köln

Detlef Lehnert

Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit

Oder: warum die historischen Konjunkturen des »Genossen Trend« begrenzt blieben

Nicht nur unter konservativen, liberalen und alternativen Kritikern, sondern auch bei vielen rechten wie linken Traditionalisten innerhalb der SPD wurde nicht selten ein historischer Idealtypus der »eigentlichen« Sozialdemokratie bemüht: Eine fast ausnahmslos von industriellen Facharbeitern getragene Partei erscheint als die politische Norm, an der gemessen je nach Standort das Eindringen »kleinbürgerlicher«, »akademisierter« oder »karrieristischer« Fremdkörper als pathologische Entwicklung diagnostiziert wird; für diese sind entsprechende Therapievorschlage dann leicht zur Hand, die eine Genesung durch das Abschütteln von solchen lästigen Plagegeistern empfehlen, deren parasitäre Existenz den an sich gesunden Stamm von im bodenständigen sozialdemokratischen Milieu verwurzelten Industriearbeitern ausgehöhlt habe und nunmehr bedenklich in umlaufenden Winden politischer Zeitströmungen schwanken lasse. Ein gleichermaßen partei- wie sozialgeschichtlich orientierter Blick über mittlerweile fünf Generationen sozialdemokratischer Akteure, vom einfachen Wähler bis zum politischen Führungskreis, liefert freilich andere Einsichten: Die Klassenbasis und die gesellschaftlichen Leitbilder der deutschen Arbeiterbewegung waren mehrfach grundlegenden Umstrukturierungen unterworfen, deren verspätete Wahrnehmung und Umsetzung manche Rückschläge und Niederlagen erklärt.¹

Von den Handwerkervereinen zur Klassenbewegung

In einer ersten Entwicklungsphase von den frühsozialistischen Handwerkerbünden der 1830er Jahre bis zur Konstituierung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) am 23. Mai 1863, dessen 125. Gründungsjubiläum den Anlaß zu einer historischen Bilanz gegeben hat, spielten industrielle Arbeitskräfte als Massenbasis einer sozialistischen Bewegung noch keine nennenswerte Rolle. Zu Beginn der 1860er Jahre fanden sich im preußischen Wirkungskreis des ADAV bei einer Bevölkerungszahl von mehr als 18 Millionen gerade erst eine halbe Million Fabrik- und Bergarbeiter, wobei angesichts einer durchschnittlichen Anzahl von einem abhängig Beschäftigten je Handwerksmeister der Übergang zur Fabrikproduktion nicht mit heutigen Begriffen zu fassen ist.² Überdies hatte die Agitation des ADAV-Präsidenten Lassalle, wie schon die klassische Darstellung Mehrings herausgearbeitet hat, gerade nicht bei den noch liberalen Selbsthilfegedanken verhafteten hochqualifizierten Fabrikarbeitern wie z.B. den Berliner Maschinenbauern ihre Erfolge, sondern sprach vor allem Arbeitskräfte bedrängter Branchen durch die Parole der Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe an. Die Eisenacher Richtung der Sozialdemokratie um Bebel und W. Liebknecht, die anders als der ADAV von vornherein das Gewerkschaftsprinzip der Interessenver-

tretung favorisierte, stützte sich entsprechend ihrem noch stärker kleingewerblich strukturierten außerpreußischen Einzugsgebiet in den Gründungsjahren vorwiegend auf Handwerksgelesen, die sich in Arbeitervereinen organisierten.

Ein entscheidender Impuls zur Entwicklung von proletarischem Klassenbewußtsein erwuchs — abgesehen von den politischen Konflikten der obrigkeitstaatlichen Reichsgründung — aus dem Konjunkturzyklus eines beschleunigten Wachstums mit extremen Teuerungsraten und entsprechenden Lohnkämpfen bis Anfang der 1870er Jahre, der im »Gründerkrach« seit 1873 jäh einer Krisenerfahrung wich. Vor diesem historischen Hintergrund ist die Verschmelzung von Eisenachern und Lassalleanern im Jahre 1875, mit einem zunehmend konsolidierten gewerkschaftlichen Unterbau in Wachstumsbranchen, auch als sozialer Lernprozeß hin zu einer politisch vermittelten Klassenbildung im nationalen Rahmen zu interpretieren. Die Sozialdemokratie befand sich allmählich auf dem Weg zu einer Partei der gewerblichen Lohnarbeiterschaft, die allerdings in das gegenüber dem protestantischen Staatskirchentum subkulturell ausgegrenzte katholische Milieu kaum einzudringen vermochte, und deren Hochburgen sich auf säkularisiert protestantische, städtische Lebenswelten konzentrierten. Selbst bei großzügigster Auslegung, die allein Arbeitskräfte in Betrieben bis fünf Beschäftigte dem Handwerk zurechnet, wiesen die Gewerbezahlungen der Jahre 1882 und 1895 gleichwohl erst einen Anteil von 8,8 bzw. 15,8 Prozent dieser modernen Arbeiterschaft aus, bis 1907 wurden 20,4 Prozent erreicht.³

Aus diesem kontinuierlichen Trend der Industrialisierung schöpfte die seit 1890 ihren heutigen Namen tragende SPD die Zuversicht der geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus als Ergebnis der gesellschaftlichen Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses und der Zuspitzung der Klassegegensätze, die unter dem Sozialistengesetz (1878-90) auch eine politisch verschärfte Ausprägung erfahren hatten. Zwar konnte die Sozialdemokratie in einer noch wesentlich vom Agrarsektor und Handwerk geprägten Gesellschaft zunächst nur als Minderheitenpartei mit bescheidenen 3,2 Prozent (1871) bis maximal 10,1 Prozent (1887) bei Reichstagswahlen (allgemeines Männerstimmrecht ab 25 Jahre) antreten. Doch etablierte sich der »Genosse Trend« mit Stationen von 19,7 Prozent (1890) bis zu 34,8 Prozent (1912) SPD-Stimmen dermaßen zuverlässig, daß der auf eine objektivistische Marxismus-Rezeption begründete Geschichtsoptimismus einen berechtigten Kern enthielt.

Allerdings kündigte sich um die Jahrhundertwende ein Trendumbruch vorsichtig an, der für die Enttäuschung allzu mechanistischer Erwartungshaltungen an eine geradewegs »naturnotwendig« — wie ein beliebter Terminus der von Kautsky maßgeblich beeinflussten klassischen Sozialdemokratie lautete — eintretende politische Mehrheitsfähigkeit der Arbeiterbewegung ausschlaggebend wurde: Der relative Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und des Handwerks innerhalb der Erwerbstätigen ließ nicht mehr nur der Industriearbeiterschaft neues Beschäftigungspotential zufließen, sondern wurde zunehmend auch von der Ausweitung der Angestelltenberufe begleitet. Die Revisionismusdebatte in der SPD reflektierte unter diesem Gesichtspunkt nicht allein den Konjunkturwendepunkt nach zwei Jahrzehnten verlangsamten Wachstums zur hochkapitalistischen Aufschwungperiode 1895 bis 1914, sondern zugleich die damit einher-

gehende Ausdifferenzierung in der Dispositionstätigkeit und Büroarbeit im Industrie- und expandierenden Dienstleistungssektor. Allen Bemühungen zum Trotz, die Angestellten als »Stehkragenproletarier« der Arbeiterbewegung einverleiben zu wollen, zeigten die »Kopfarbeiter« gerade in Deutschland, wo die zeitgenössische Bezeichnung als »Privatbeamter« symptomatisch war, ein ausgeprägtes Statusbewußtsein und Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der Arbeiterschaft.

Sozialer Umbruch in der Weimarer SPD

Die Kriegsniederlage des imperialistischen Obrigkeitsstaates und die damit verbundenen Erschütterungen im sozioökonomischen Systemgefüge ermöglichten der Sozialdemokratie in den Revolutionswahlen des Jahres 1919 ein bis 1972 unerreichtes Rekordergebnis von insgesamt 45,5 Prozent (davon erst 7,6 % USPD); dieser beachtliche Zuwachs resultierte vor allem aus Terraingewinnen bei den aus großagrarischer Bevormundung freigesetzten Landarbeitern sowie unter den sich freigewerkschaftlich organisierenden Teilen der Angestellten und einfachen Beamten. Auf diese Weise büßte das einzig in der Entwicklungsperiode der 1890er bis 1910er Jahre weitgehend idealtypisch ausgebildete Profil der SPD als Partei der städtischen Industriearbeiter bereits deutlich an scharfen Konturen ein: Im statistischen Vergleich der Reichstagswahlen 1912 und 1920 (incl. USPD gerechnet) verbesserte sich die Sozialdemokratie in allen Gemeinden bis 2000 Einwohnern von 20,2 auf 32,8 Prozent, in der mittleren Kategorie 2000 bis 10000 betrug der Anteil noch 42,6 gegenüber zuvor 38,4 Prozent, während im städtischen Bereich ab 10000 Bewohnern die knappe absolute Mehrheit (50,1 %) sogar verlorenging (47,8 %), was allerdings auch dem Übergang vom Mehrheits- zum Verhältniswahlsystem mit entsprechend zahlreicheren Konkurrenzlisten zuzuschreiben ist. Nach dem Abschluß der sich mit der bis dahin sektenhaften KPD vereinigenden USPD-Mehrheit an die Kommunistische III. Internationale im Herbst 1920, der die seit der Kriegskreditpolitik aufgerissenen Gräben innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung endgültig unüberbrückbar werden ließ, setzte sich dieser Trend noch verstärkt fort. Die SPD, für sich allein betrachtet, war in der Weimarer Republik am relativ ausgewogensten über alle Ortsgrößenklassen verteilt, wogegen die KPD und der bürgerliche Liberalismus deutlicher städtisch strukturiert, die christlich-konservativen Gruppierungen aber in Landgemeinden führend blieben.⁴

Ebenso veränderte sich das Klassenprofil der SPD-Wählerschaft durch die Abwanderung eines großen Teils der Industriearbeiter (und in Krisenphasen der Arbeitslosen) zur KPD entscheidend: Im Juli 1932 kamen nach einer, zuverlässige Schätzungen gestattenden statistischen Analyse nur noch 57 Prozent aller SPD-Stimmen aus Arbeiterkreisen im weitesten Sinne (incl. Landarbeiter, Arbeitslose), während 43 Prozent den Angestellten, Beamten und Mittelständlern zuzurechnen waren (jeweils unter Einschluß nicht erwerbstätiger wahlberechtigter Familienangehöriger). Da lediglich noch 22 Prozent aller überhaupt stimmberechtigten Arbeiter dieser bei solchen Berechnungen notgedrungen groben Definition für die SPD votiert hatten, es jedoch in der Gesamtgruppe der Angestellten und Beamten 24 Prozent waren, konnte ein politisches

Selbstverständnis als Arbeiterpartei im klassischen Sinne kaum noch empirische Überzeugungskraft beanspruchen. Dieser soziale Strukturwandel war seit der ersten Kandidatur der KPD als Massenpartei bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 zu beobachten, als 21 Prozent SPD-Stimmen aus dem Arbeiterpotential nach der Inflationsperiode bereits den Tiefstand der Weltwirtschaftskrise vorwegnahmen, während erst 16 Prozent bei Angestellten und Beamten auf spätere Erfolge in dieser ohnehin expandierenden Bevölkerungsgruppe verweisen (gegenüber 1907 waren es bei der nächsten Berufszählung 1925 statt 2,08 nunmehr 5,53 Millionen).⁵

Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund war eine Präsentation der SPD als »Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land« in ihrem Görlitzer Programm von 1921 zwar wenig präzise, beschrieb aber partiell eine gegenüber der Vorkriegsära gewandelte Realität der Klassenbasis und war insofern nicht nur jener aus orthodoxer Sicht beklagte revisionistische Sündenfall. Wenn zugleich der »Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung« erklärt wurde⁶, kennzeichnete das latente Spannungsverhältnis zur vorgenannten Formulierung ebenfalls eine tatsächlich vorhandene Differenz zwischen der Sozialstruktur des Wähler- und Mitgliederpotentials: Die in den Jahren 1925/26 durchgeführten Stichproben wiesen selbst in den stark vom tertiären Sektor bestimmten Großstädten Hamburg und Bremen nur Mitglieder-Anteile von insgesamt ca. 20 Prozent Angestellten, Beamten und Selbständigen aus; an einem traditionellen Gewerbestandort wie Hannover waren sogar noch nahezu 85 Prozent der SPD-Mitglieder als »Handarbeiter« kategorisiert. Auf einer breiteren Erhebungsbasis wurde 1930 ein Verhältnis der Arbeiter und Angestellten in der SPD-Mitgliedschaft von 6 : 1 festgestellt, während die Berufsstatistik eine Relation von 4 : 1 dokumentierte.⁷

Auch die Godesberger »Volkspartei« stützte sich auf die Arbeiterwähler

Im Hinblick auf eine vielfach zu eindimensional den kontinuierlichen Wandel von der Klassen- zur Volkspartei unterstellenden Interpretation der SPD-Entwicklung mag es geradewegs paradox erscheinen, daß die SPD in der Bundesrepublik — angesichts des (schon vor dem Verbot 1956 vollzogenen) raschen Niedergangs der KPD — in ihrer Wählerbasis faktisch eher als in der Weimarer Periode eine Arbeiterpartei blieb. Auch nach der Verabschiedung des Godesberger Programms, das die SPD »aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden« sah⁸, erklärten sich bei einer Repräsentativbefragung zur Bundestagswahl 1961 immerhin 56 Prozent der zur Stimmabgabe entschlossenen Arbeiter als SPD-Anhänger, wogegen es unter Angestellten und Beamten lediglich 30 und bei Selbständigen nur 18 Prozent waren. Die konfessionelle Schranke blieb überaus wirksam, so daß bei den katholischen Arbeitern die CDU/CSU mit 50 Prozent dominierte, während unter den protestantischen 69 Prozent die SPD favorisierten. In gegenüber der Weimarer Republik umgekehrter Relation stieg allerdings der Angestellten- und Beamtenanteil in der SPD-Mitgliedschaft überproportional und überholte die Arbeiter bereits zu Beginn der siebziger Jahre, kurz bevor

diese kritische Schwelle des Strukturwandels auch in der Berufsstatistik (mit all ihren Problemen der angemessenen Klassifizierung) überschritten wurde.⁹

Unbeschadet der beklagten Akademisierung und Dominanz des Öffentlichen Dienstes in den mittleren und höheren Funktionärskreisen der SPD hat sich das Wahlverhalten der Sozialgruppen im Vergleich von 1987 mit 1961 nicht dramatisch verändert: Unter den Selbständigen ist die SPD weiterhin mit 16 Prozent eine bedeutungslose Minorität, bei Angestellten und Beamten entspricht ihre Position mit 37 Prozent exakt dem Durchschnitt, die Arbeiter stellen mit 59 Prozent weiterhin das relativ und auch absolut stärkste Kontingent. Entgegen verbreiteten Annahmen ist das Konfessionsgefälle noch in gleicher Weise wirksam, so daß unter katholischen Arbeitern die CDU/CSU 1987 wie schon 1961 mit 50 Prozent führend blieb, wogegen bei protestantischen die SPD mit 70 Prozent eine noch ausgeprägtere Dominanz als bei allen Gewerkschaftsmitgliedern (68 %) aufweist. Innerhalb der Angestellten und Beamten zeigt sich gleichfalls eine politisch bedeutsame soziale Differenzierung, indem mit 41 Prozent überdurchschnittlich viele Beschäftigte einfacher und mittlerer Tätigkeitsmerkmale die SPD favorisierten, aber nur 28 Prozent der gehobenen Chargen. Ein überdurchschnittlicher Anteil der Grünen von 10 Prozent in beiden Statusgruppen der Angestellten und Beamten — im Vergleich zu je 6 Prozent der Arbeiter und Selbständigen — unterstreicht zudem, daß die Einbußen der SPD gemessen an den besonders günstigen Ergebnissen von 1972 nicht allein in Richtung der neoliberalen und -konservativen Gegenoffensive erfolgten.¹⁰

Ein Mythos der »eigenen Mehrheit« bietet keine Perspektive

Ohne einem sozioökonomischen Determinismus das Wort reden zu wollen, der die spezifischen Bedingungen politischer Umbruchphasen vernachlässigt, ist doch auffällig, daß ein kontinuierlicher Aufstieg des Stimmenanteils der SPD nur in den beiden expansiven langen Konjunkturwellen der letzten Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg und der Bundesrepublik Mitte der fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre zu verzeichnen war. Die seit den siebziger Jahren beschleunigte Rückklüffigkeit des Arbeiteranteils an den Erwerbstätigen (inzwischen unter 40 %) schlägt für die SPD auch deshalb negativ zu Buche, weil die Kompensation der fünfziger und sechziger Jahre, nämlich ein noch rascher abnehmender Selbständigenanteil, kaum mehr vorhanden ist und insofern die politische Mehrheitsfähigkeit immer stärker eine Frage der speziellen Ausformung des Arbeitnehmerbewußtseins der Angestelltenschaft wird. Es ist vielleicht ein hoffnungsvolles Zeichen, daß gerade die beiden größten Einzelgewerkschaften, die IG Metall und ÖTV, aus unterschiedlicher Betroffenheit die Brisanz der Angestelltenproblematik erkannt haben und sich um praktische Konsequenzen bemühen.

Da sich aus historischen Langzeitperspektiven jedenfalls eher noch als durch oberflächliche Momentaufnahmen der Meinungsforschung prognosefähige Erkenntnisse gewinnen lassen, bietet ein Rückblick auf den Zusammenhang von Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in den vergangenen 125 Jahren die seltene Gelegenheit, einige Überlegungen zu den Zukunftschancen, ohne den Verdacht der

phantasievollen Spekulation oder des zweckbestimmten Wunschenkens anzuschließen. Daß sich die klassische Industriearbeiterschaft und damit das traditionelle Stammwählerpotential der Sozialdemokratie weiter verringern wird, steht unter ernstzunehmenden Gesellschaftsanalitikern wohl außer Frage. Nicht minder skeptisch muß die Aussicht betrachtet werden, daß die nächste große Rationalisierungswelle die einfachen und mittleren Bürotätigkeiten dezimieren dürfte und somit Statusgruppen der Angestellten betreffen wird, die der gewerkschaftlichen Organisation und der sozialdemokratischen Stimmabgabe noch am zugänglichsten sind. Gewiß lassen sich aus Abwehrkämpfen gegen die ökonomisch-technologische Tendenz der Arbeitsplatzvernichtung auch überproportionale Unterstützungsraten der unmittelbar Betroffenen mobilisieren, die jedoch mittelfristig im günstigsten Falle die strukturellen Verluste an Wählerpotential kompensieren könnten und auf längere Sicht den Auszehrungsprozeß des überlieferten sozialdemokratischen Milieus nicht aufhalten werden.

Unter solchen Rahmenbedingungen wären strategische Kalkulationen mit Möglichkeiten einer absoluten Mehrheit der Stimmen für die SPD auf Bundesebene eine geradezu abenteuerliche Illusion. Auch der stillschweigende Vorbehalt einer theoretischen Variante der »eigenen Mehrheit«, mit dem Traumergebnis von 1972 (45,8 %, damals aber ohne grüne Konkurrenz!) eine absolute Mehrheit der Mandate nur bei knappem Scheitern sowohl der FDP als auch der Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde erreichen zu können, ist in beiden Komponenten überaus unwahrscheinlich. Ein in den Basisprozessen strukturell nicht angelegtes Potential des SPD-Zuwachses von einem Viertel neuer Anhänger auf den Ausgangswert der 37 Prozent von 1987 wird selbst eine politisch optimale Situation nicht herbeizaubern können; das gleichzeitige Scheitern beider Kleinparteien ist angesichts Grund deren Trendbegünstigung in privilegierten und/oder marginalisierten postindustriellen Arbeits- und Lebenssegmenten ebenso wenig zu erwarten, zumal von einem völligen Absterben der liberalen Bürgerrechtstradition in der FDP die Grünen, umgekehrt von fundamentalistischer Unfähigkeit zum Ansprechen linksliberaler Mittelschichtwähler seitens der Grünen die FDP profitieren würde.

Das Zukunftsproblem bleibt die Bündnisfrage

Den geistigen Unkosten einer nicht nur taktisch geführten Bündnisdebatte wird die Sozialdemokratie deshalb einzig um den Preis der politischen Anspruchslosigkeit eines Verzichts auf Regierungsfähigkeit aus dem Wege gehen können. In dieser Hinsicht darf die historisch wichtige Einsicht, daß parlamentarische Mehrheiten und Regierungseteiligungen allein keine gesellschaftlichen Veränderungen bewirken, nicht zum Umkehrschluß verleiten, weitreichende Reformprozesse außerhalb revolutionärer Perioden — die in Europa nicht in Sicht sind — wären auch ohne entsprechende Mehrheitskonstellationen denkbar. Gerade wenn das Interventionspotential im Einflußfeld multinationaler Konzerne, weitreichender Verflechtungen des Finanzkapitals und militärischer Großmachtinteressen wirklichkeitsgetreu sehr hoch veranschlagt werden muß — die französische Linke hat damit bittere Erfahrungen gemacht —, ist die Kon-

sequenz um so eindeutiger: Das Vorhandensein parlamentarischer Mehrheiten für ein Projekt demokratischer und sozialistischer Strukturveränderungen ist zwar keine bereits hinreichende, aber gleichwohl unbedingt notwendige Voraussetzung jedes erfolgsversprechenden strategischen Konzepts.

Eine SPD, die sich auf der Linie ihrer Ergebnisse von 1983 und 1987 sowie der sozialstatistischen Projektionen zwischen 35 und 40 Prozent einpendeln würde, hätte, so gesehen, ihre politische Zukunft schon hinter sich; denn in diesem Falle wäre eine rot-grüne oder eine sozial-liberale Bündnisoption nicht einmal rechnerisch vorstellbar. Es bliebe dann lediglich eine Variante möglicher Regierungsbeteiligung, nämlich daß sich in einer zugespitzten ökonomischen oder politischen Krisensituation die CDU ähnlich wie 1966 aus eigener Schwäche um eine Große Koalition unter halbwegs akzeptablen Bedingungen für die SPD bemühen müßte — mit dem entscheidenden Unterschied aber, daß ein Umstieg aus einer solchen außergewöhnlichen Konstellation in eine neue Mehrheitsbildung nach dem Vorbild von 1969 strukturell unwahrscheinlicher wäre. Erst im Bereich von 40 bis 43 Prozent wachsen der SPD künftig alternative Bündnisoptionen zu, die für ein selbstbewußtes Auftreten unverzichtbar sind, jedoch gleichermaßen die Stabilisierung der Stammwählerschaft wie die aktive Erschließung neuer Sozialmilieus voraussetzen.

Gerade ein reflektiertes Geschichtsbewußtsein, das selbstkritische Auseinandersetzungen mit Fehlern und Versäumnissen nicht scheut, aber die Sozialdemokratie als einen wesentlichen Motor des über Generationen hinweg mühseligen demokratischen und sozialen Fortschritts in der deutschen Gesellschaft angemessen würdigt, müßte die solide Basis für einen dreiseitigen offensiven Diskurs gegenüber dem christlich-konservativen, bürgerlich-liberalen und grün-alternativen Lager schaffen. Nur wenn mit konstruktiven Projekten die konkurrierenden politischen Kräfte nicht bloß »vorgeführt«, sondern ernsthaft auf die praktische Probe ihrer programmatischen Substanz und sozialen Interessenverflechtung gestellt werden sollen, ist die gesellschaftliche Hegemoniefähigkeit der Sozialdemokratie eine reale Perspektive: Was z.B. in einer Konjunkturperiode weiter ansteigender Massenarbeitslosigkeit das Erbe des Ahlener Programms der CDU, bei Bewährungskrisen der liberalen Rechtsstaatlichkeit die Freiburger Thesen der FDP, hinsichtlich konkreter Umweltinitiativen mit Beschäftigungseffekten die grüne Identität im einzelnen an Kooperationsformen mit Sozialdemokraten möglich erscheinen läßt, muß jeweils einem kollektiven Erfahrungsprozeß überantwortet werden. Diesen politischen Experimenten von gesamtgesellschaftlicher Tragweite wird die SPD sich in ihrem breiten Richtungsspektrum gemeinsam auszusetzen haben, da jede Alternative — ein erbitterter Grabenkampf mit vorgefaßten Meinungen zwischen Befürwortern einer erneuten sozial-liberalen Allianz, der Großen Koalition oder eines rot-grünen Bündnisses ebenso wie die bequeme Illusion der »eigenen Mehrheit« — zur Demontage der sozialdemokratischen Handlungsfähigkeit führen würde.

Anmerkungen

- 1 Die diesem Beitrag zugrundeliegende Konzeption der Analyse von sozialdemokratischer Entwicklung und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist eingehender dargestellt in Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983, Frankfurt/M. 1983.
- 2 Vgl. die Daten bei Kocka, Jürgen: Ökonomische und soziale Entwicklung in Deutschland. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. In: Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, hrsg. v. Th. Meyer u.a., Bd.1, 21988, S.29.
- 3 Eigene Berechnungen auf der Basis von Daten aus Hohorst, Gerd, u.a.: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, München 21978, S.75; Mooser, Josef: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt/M. 1984, S.29; Bolte, Karl M., u.a.: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1984, S.101.
- 4 Zu den Wahlstatistiken vgl. die Übersicht bei Ritter, Gerhard A.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, S.147, 155f.; Falter, Jürgen, u.a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S.174f.
- 5 Vgl. die Berechnungen aus Falter, Jürgen: Die Stärke der politischen Teilkulturen bei Wahlen und ihre Veränderung 1920-1933, Ms. Berlin (West) 1987, S.31f. (ersch. Opladen 1988 in einem Sammelband, hrsg. v. K. Megerle u.a.); Mooser, Arbeiterleben, S.29.
- 6 Zit. n.: Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 21969, S.102.
- 7 Vgl. die Statistiken bei Winkler, Heinrich A.: Der Schein der Normalität, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin (West), Bonn 1985, S.346; ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin (West), Bonn 1987, S.585; Petzina, Dietmar, u.a.: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd.III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S.55.
- 8 Zit. n.: Abendroth, Wolfgang: Aufstieg, S.142.
- 9 Vgl. die Übersicht in Ballerstedt, Eike, u.a.: Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren, Frankfurt/M. 31979, S.451; Staritz, Dietrich (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 21980, S.234.
- 10 Vgl. die Umfrageergebnisse bei Feist, Ursula, u.a.: Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens. Eine Analyse zur Bundestagswahl vom 25. Januar 1987. In: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 21.3.1987, S.38, 40f.

Christl Wickert

Von der »Gleichheit« zur »Frauenwelt«**SPD-Frauenpolitik****vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik**

Das Verhältnis parteigebundener und autonomer Frauenpolitik, ein Dauerbrenner politischer Auseinandersetzungen unter Frauen, wurde schon seit Bestehen der Frauenbewegung Mitte des vorigen Jahrhunderts kontrovers diskutiert. Aus der Geschichte der SPD, die 1988 ihr 125jähriges Jubiläum feiert, sind die Diskussionen um die Frauenfrage nicht wegzudenken. Hier hatten sich die Arbeiterinnen organisiert, um ihre Rechte zu erkämpfen. In der »alten« (heute würden wir sagen: in der autonomen) Frauenbewegung vor 1933 war es zunächst ganz unmöglich, mit Parteifrauen zusammenzuarbeiten. Die Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung kämpften primär an der Seite der Männer für die Revolution, und die Frauenrechtlerinnen

setzten sich ausschließlich für die Belange von Frauen ein. Heute gibt es immerhin in allen linken Gruppierungen bis hin zu den Gewerkschaften, der SPD, den Grünen und sogar der CDU separate Frauenarbeitskreise, die ihre Stimmen erheben. Berechtigte Forderungen werden jedoch nach wie vor mit finanziellen Ausflüchten abgelehnt und — besonders von der CDU/CSU — dadurch wettgemacht, daß versucht wird, Frauen die Freuden von Mutterschaft und Haushaltsführung wieder schmackhaft zu machen. Die Unterstützerinnen des »Müttermanifestes« sind leider auch nicht sehr weit von dieser Position entfernt.

Das bisher breiteste Bündnis zwischen Frauen unterschiedlicher politischer Anschauungen gab es Ende Oktober 1918:

Lida Gustava Heymann und Anita Augsburg als Führerinnen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung, Helene Lange und Gertrud Bäumer als Vorsitzende des gemäßigeren »Bundes deutscher Frauenvereine«, die gewerkschaftlich organisierten Frauen unter Gertrud Hanna und Marie Juchacz in Vertretung für die SPD-Frauen forderten in einem Schreiben an den Innenminister das Wahlrecht für Frauen, welches in einer Diskussion im Deutschen Reichstag von allen Fraktionen — mit Ausnahme der SPD — als nicht notwendig abgeschmettert worden war.

Per Dekret verlieh der Rat der Volksbeauftragten nach Vorschlägen der SPD am 12. November 1918 den Frauen das Wahlrecht. Die Frage, wie sozialdemokratische Frauen danach versucht haben, Frauen politisch anzusprechen, scheint aus mehreren Gründen interessant: Die SPD war die Partei, welche für sich in Anspruch nehmen konnte, seit 1892 für die rechtliche Gleichstellung der Frauen gekämpft zu haben und in der Weimarer Zeit die meisten Vertreterinnen in die Parlamente entsandte. Auf der anderen Seite war die Politik dieser Partei derart widersprüchlich, daß sie aus unserer heutigen Sicht nicht ganz glaubwürdig wirkt.

Politische Frauenarbeit der SPD kann für die Weimarer Republik in drei Phasen aufgeteilt werden:

- 1918 bis 1922 fand die Abwendung von der Zetkinschen Frauenemanzipationstheorie mit einer Verlagerung auf wohlfahrtspolitische Arbeit statt.
- Zwischen 1923 und 1927/28 kam es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Ziele sozialdemokratischer Frauenarbeit und der Frauenpresse, welche hauptsächlich durch die Kritik ehemaliger USPD-Frauen, die sich eher an den Inhalten der Zetkinschen Vorstellungen orientierten, verursacht wurden.
- In den Jahren von 1929/30 bis 1933 setzte sich die sozialdemokratische Frauenbewegung, entsprechend den Aktivitäten der Gesamtpartei, im Kampf gegen die Bedrohung durch den Nationalsozialismus ein. Mitbedingt durch die Weltwirtschaftskrise, wurde die Frauenfrage in den Hintergrund gedrängt.

Es ist notwendig, Theorie und Praxis sozialdemokratischer Frauen vor 1917 und die Reaktionen der Männer kurz darzulegen, um zu verdeutlichen, wogegen sich Frauenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg abzugrenzen bemühte, bevor ich auf Organisation, Agitation und Basisarbeit der zwanziger Jahre und in diesem Rahmen auf Strukturmerkmale ihrer Arbeit im Legitimationsdruck gegenüber bürgerlichen Wertvorstellungen eingehe.

Sozialdemokratische Frauenbewegung und Kaiserreich

Die deutsche Frauenbewegung, die sich seit 1865 organisatorisch zusammenfand, ist auf der ideologischen Ebene eine Reaktion auf die Industrialisierung und die mit ihr in der bürgerlichen Gesellschaft sich manifestierenden Widersprüche über die Aufgaben der Frau. Wurde die Erwerbsarbeit der Frauen wegen des industriellen Arbeitskräftemangels auf der einen Seite immer notwendiger, so galt es auf der anderen Seite in bürgerlichen Kreisen immer noch als erstrebenswert, die Mädchen bis zur Verheiratung in der Familie zu behalten. Dagegen hatte gerade die wirtschaftliche Rezession nach den Gründerjahren (1870er Jahre) deutlich gemacht, daß diese Vorstellungen in den meisten Familien nicht realisierbar waren: Die Mitarbeit der Töchter zum Familieneinkommen wurde notwendig, aber es fand sich für sie kaum eine Arbeitsstelle.

Für die Proletarierinnen waren die Arbeitsbedingungen besonders menschenunwürdig, weil die sozialen, gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen nicht beachtet wurden und die Arbeitszeit immer weiter ausgedehnt wurde, während ihnen meist über 50 Prozent weniger Lohn ausgezahlt wurde als den Männern. Seit der Aufhebung der Sozialistengesetze 1890 begannen Frauen in der SPD ihre Forderungen zu stellen. Vorarbeit leistete auf theoretischer Ebene August Bebel mit seinem 1878/79 zum ersten Mal erschienenen Buch »Die Frau und der Sozialismus«.

Er behandelte die Entwicklung der Stellung der Frau von der Urgesellschaft bis zur bürgerlichen Familie, setzte sich mit den aktuell herrschenden sexuellen und sozialen Eheverhältnissen, der Prostitution, der Frauenarbeit und der Gleichberechtigung auseinander, ist aber stark einem bürgerlichen Frauenbild verhaftet.¹ Bebel forderte Demokratie und Solidarität als Voraussetzung für die notwendige Veränderung der Gesellschaft.

Bebels Kernthese »Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt, dem Arbeiter und der Frau« basiert auf der Überlegung, daß die sozialistische Gesellschaft, die im Verlaufe der Geschichte — bedingt durch die im Privateigentum wurzelnde Männerherrschaft — die verlorene Freiheit der Frau auf der höheren Ebene der sozialistischen Gesellschaftsordnung wieder herstelle. Die Unterdrückung der Frau als Geschlechtswesen impliziere nach Bebel eine Gemeinsamkeit mit dem Proletariat, das sich — wie die Frauen — im Sozialismus emanzipieren werde. Die kapitalistische Industrie habe die Produktionsfunktion der Familie ausgehöhlt und so die Basis für das wirtschaftliche Wirken der Frau zerstört. Durch diese Zerstörung der Grundlage des alten Familienlebens (wie es idealtypischerweise dem Feudalismus zugeschrieben wird) sei wiederum den Frauen die Möglichkeit der Emanzipation gegeben.

Bis in die Weimarer Republik hinein war dies das Standardwerk der (Selbst-)Schulung sozialdemokratischer Frauen.

Clara Zetkin, von den 1890er Jahren bis 1917 die dominierende Persönlichkeit der SPD-Frauenbewegung², hat mit ihrer Theorie einer Frauenemanzipation in Weiterführung der Bebel'schen Überlegungen die politische Linie bestimmt. Sie zeigte Vor- und Nachteile der Frauenarbeit auf, sprach sich aber dennoch ausdrücklich für ihre Notwendigkeit aus, um Frauen nicht wieder in Abhängigkeit vom Mann zu bringen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei das Ziel, um die Nachteile der Frauenarbeit abzustellen, die nicht aus der Frauenarbeit selbst, sondern aus ihren Bedingungen unter dem Kapitalismus entstehen. Um dies zu erreichen, sei eine Organisation, die politische und ökonomische Aufklärung der Arbeiterinnen und die Solidarisierung mit den Männern der eigenen Klasse notwendig. Frauenarbeit sei das einzige Mittel zur Befreiung der Frauen aus der Geschlechtssklaverei.³ Zetkins Schrift »Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart« (1889) stellte die Vollendung der Frauenemanzipationstheorie der SPD dar und blieb Grundlage für die politische Frauenarbeit der Partei bis zur Spaltung.

Zetkin kritisierte die Herrschaft des Patriarchats, das die Rolle der Frau auf die Erziehung der Kinder reduziere. Die damit verbundene Unterdrückung des weiblichen Geschlechts werde durch Sitte und Religion scheinbar als ewiges Recht postuliert. Diese Auffassung täusche darüber hinweg, daß die Stellung der Frau in einem historischen Prozeß entstand, der — basierend auf den Produktionsverhältnissen der jeweiligen Epoche — spezifische Unterdrückungsverhältnisse produziere.

Bis zur Aufhebung der preußischen Vereinsgesetzgebung (1908), welche den Frauen die Mitgliedschaft in Parteien verbot, war sie auch die einzige politische Organisation, die Frauen eine Mitarbeit trotzdem ermöglichte.⁴ Die Vorstellungen der Frauenemanzipationstheorie fanden jedoch nur bei einer Minderheit der Männer in der Partei Unterstützung. Auch wenn Frauenarbeit als Voraussetzung für die volle wirtschaftliche und persönliche Unabhängigkeit und Gleichheit der Frauen akzeptiert wurde, drückte sie auf der anderen Seite das Lohnniveau, zerstörte die Familie und setzte die Frauen der gleichzeitigen Ausbeutung in Fabrik und Familie aus. Das Argument, Frauenarbeit schwäche zudem die Arbeiterbewegung, fand unter den Männern zahlreiche Anhänger. Die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die am Problem der Frauenarbeit offen zutage traten, äußerten sich im »proletarischen Antifeminismus«, der nicht überwunden werden konnte⁵, da die Konkurrenz Frauen gegen Männer nicht aufgehoben werden konnte. Die mit dieser Entwicklung einhergehende politische Praxis mit den Anzeichen reaktionärer Tendenzen ist auch Ausdruck des allgemeinen Wandels der SPD, die zunehmend versuchte, sich in die wilhelminische Gesellschaft zu integrieren.

Gegen diese Entwicklung versuchte Clara Zetkin in der *Gleichheit*, klare Positionen zu den Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Partei zu entwickeln und vor allem die theoretischen Grundlagen zu klären. Für sie war die Erwerbsarbeit der Frau Schwerpunkt der Emanzipation, während zahlreiche Genossen ihre Frauen lieber zu Hause sahen. Aus ökonomischen Gründen war zudem Frauenarbeit in den Proletarierfamilien zumeist absolut notwendig, weil ein geringes Einkommen, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit des Mannes die Existenz der Familie jederzeit bedrohten.

Der Erste Weltkrieg: Brüche und Umbrüche

Da Clara Zetkin und die Vertreterin der Frauen beim Parteivorstand, Luise Zietz, unterschiedene Kriegsgegnerinnen waren, wurde die *Gleichheit* ab 1914 zur Kritikerin der

Entscheidung der Reichstagsfraktion für die Bewilligung der Kriegskredite und informierte ausführlich über die Lügen der Kriegspropaganda. Ein großer Teil Sozialdemokratinnen, unter ihnen die dann in der Weimarer Republik führenden Frauen Marie Juchacz, Clara Bohm-Schuch und Hedwig Wachenheim, arbeitete in dem, von der bürgerlichen Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer gegründeten, *Nationalen Frauendienst* mit.

Während der Vorbereitungen zur Gründung der USPD wurde Luise Zietz im April 1917 zusammen mit anderen führenden Genossen ihres Amtes im Parteivorstand enthoben. Auf der Titelseite der *Gleichheit* Nr. 18 vom 8. Juni 1917 wurde die Absetzung von Clara Zetkin bekanntgegeben. Die Parteileitung hatte ihr die Zeitung aus der Hand genommen, weil sie — wie ausdrücklich betont wird — sich nicht den Mehrheitsbeschlüssen untergeordnet habe und die Parteidisziplin, welche gerade im Krieg besonders notwendig sei, gröblich verletzt habe.

Das Bild der Zeitung wechselte in den folgenden Monaten mehrfach, nachdem schon seit Nr. 18 erbauliche Gedichte, hauswirtschaftlich orientierte Spalten, Romane etc. aufgenommen worden waren. Diese Veränderung sollte der Orientierung der Frauen gerechter werden, und man hoffte, besonders der rückläufigen Auflage der *Gleichheit* entgegenwirken zu können, für die jedoch die ökonomischen Bedingungen im Krieg verantwortlich zu machen sind. Auch nach der Umorientierung von Konzeption und Inhalten konnte die Auflage bis 1921 nur bei 25000 gehalten werden, während sie 1916 noch 35000 betragen hatte. Am 15. August 1922 erschien das letzte Heft, und damit verschwand das letzte Relikt der sozialdemokratischen Vorkriegsfrauenbewegung.

Als Nachfolgerin für Luise Zietz im Parteivorstand war 1917 die damalige Frauensekretärin des Bezirks Niederrhein in Köln, Marie Juchacz, berufen worden. Mit ihr und der Leiterin der *Gleichheit*, Clara Bohm-Schuch, bekamen Frauen die Leitung in die Hände, die erst nach 1908 aktiv in der Partei tätig geworden waren und während des Krieges nie die Entscheidung der Reichstagsfraktion für die Bewilligung der Kriegskredite in Frage gestellt oder kritisiert hatten.

Der Führungswechsel und die konzeptionellen Änderungen der *Gleichheit* seit 1917 zeigen den Bruch, welcher nicht zu vermeiden war, wenn die politische Arbeit der Frauen mehr in den Parteirahmen integriert werden sollte. Damit wurden Vorstellungen einer festeren Einbindung der Frauen realisiert, welche sich trotz aller Appelle vor dem Ersten Weltkrieg nicht hatten durchsetzen lassen. Gleichzeitig wurde eine Verlagerung der Aktivitäten sozialdemokratischer Frauenpolitik eingeleitet.

Revision der marxistischen Frauenemanzipationstheorie

Auf theoretischer Ebene bedeutete dies eine Revision der marxistischen Frauenemanzipationstheorie Zetkins auf der Basis der Übernahme bürgerlicher Wertvorstellungen, eine Anpassung an Vorstellungen, die reformistische Parteigenossen und Kritiker schon vorher propagiert hatten. Die beiden Wegbereiter waren Edmund Fischer⁶, ein Anhänger der lassalleanischen Auffassung, wonach die Erwerbsarbeit der Männer absolute Priorität hatte, und Wally Zepler⁷, deren »moderner Frauentyp« Gemeinsam

keiten mit den Vorstellungen von Louise Otto Peters, der liberalen Gründerin der Organisation der deutschen Frauenbewegung von 1865, aufweist. Das Bild der Frau, das die Erwerbsarbeit nur als Übergangsphase bis zur Heirat betrachtet, wurde bestimmend, obwohl es der gesellschaftlichen Realität der Proletarierinnen nach wie vor nicht entsprach.

Politische Frauenarbeit konzentrierte sich auf Wohlfahrtsarbeit und fand ihren vorläufigen Höhepunkt in der Gründung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) 1919. Die AWO bot in der Weimarer Republik fast ausschließlich ein Betätigungsfeld für Frauen. Die gesellschaftliche Notwendigkeit dieser sozialen »Selbsthilfe der Arbeiter« kann nicht bestritten werden, da sie gleichzeitig Ausdruck für ein sich festigendes Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft war. Als »bedeutende fürsorgerische und sozialpädagogische Organisation« war sie ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Sozialpolitik der Weimarer Republik.

Nach den Vorstellungen von Marie Juchacz war die Wohlfahrtsarbeit der Boden für die Frauenbewegung: Frauenprobleme und soziale Probleme seien nicht trennbar. Wohlfahrtsarbeit sei ein dem Wesen der Frau adäquates Betätigungsfeld, an der sich auch solche Frauen beteiligen könnten, die vor der Parteiarbeit zurückschrecken. Außerdem könnten über diese Arbeit Wählerinnen für die SPD gewonnen werden.

Hier fällt das Stichwort für eine der wichtigsten Diskussionen und Probleme der Weimarer Republik, um die Einschätzung des Wahlverhaltens von Frauen. Die SPD hatte den Frauen das Wahlrecht zugesprochen, nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine entsprechende Honorierung in den Wahlergebnissen. Die hohe Wahlbeteiligung zur Nationalversammlung — als Ausdruck des gestiegenen politischen Interesses der Frauen aus den Revolutionstagen gewertet — gab auf dem Reichskongreß der SPD im Mai 1920 Marie Juchacz noch Anlaß zu ungebrochenem Optimismus:

»Wir müssen lernen, die Demokratie praktisch zu handhaben, denn mit schönen Worten für die Freiheit der Frau ist es nicht getan ... Ich bin gewiß, die Mehrzahl der Frauen wird sich dieser Einsicht nicht verschließen, und wir können gerade durch die Stimmen der Frauen, denen wir zur politischen Freiheit verholfen haben, einen neuen Sieg erringen.«

Schon die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 und erst recht alle folgenden zeigen ein verändertes Bild. Hatten 1919 noch 73 Prozent der wahlberechtigten Frauen von ihrem Recht Gebrauch gemacht, so waren es 1920 nur noch 51,2 Prozent, während die Wahlbeteiligung der Männer relativ konstant blieb.⁸ Mit dem größten Frauenanteil in der politischen Führung wurde die SPD Hauptverliererin im Kampf um die Frauenstimmen.⁹ Bis 1922 ist jedoch keine an Frauen orientierte politische Agitation — außer den beiden Broschüren zur Anleitung von Marie Juchacz¹⁰ — von seiten der SPD zu finden. Man beschränkte sich auf Absichtserklärungen zur politischen Aufklärung und stützte sich im wesentlichen darauf, daß mit Artikel 115 der Weimarer Verfassung der entscheidende Schritt zur Emanzipation der Frau getan sei.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung wurde vom Frauenbüro koordiniert, das von 1917 bis 1933 Marie Juchacz zusammen mit zwei weiteren Frauen leitete. Immer wieder wurde in den zwanziger Jahren die Forderung nach angestellten Frauensekretärinnen in den Bezirken artikuliert, weil diese sich in die Arbeit besser einführen

könnten. In den Bezirken Magdeburg, Berlin und Königsberg z. B. war ein großer Aufschwung der dortigen Frauenbewegung nach der Einstellung einer Frauensekretärin zu verzeichnen gewesen. Frauentage auf Bezirks- bzw. Unterbezirksebene galten als wichtigstes Mittel zur Belebung und Erweiterung von Frauenaktivitäten, wurden jedoch selten durchgeführt.

Der Aufbau einer Frauengruppe innerhalb eines Ortsvereins sollte von einer Frau hauptverantwortlich übernommen werden. Durch intensive Schulungs- und Agitationsarbeit sollten Frauen wiederum für eine Beteiligung an den allgemeinen Parteiversammlungen interessiert werden. Die Gruppe sollte versuchen, mindestens eine Frau in die städtischen Parlamente zu entsenden. Frauen sollten in relevanten Ausschüssen des Ortsvereins mitarbeiten (z. B. Soziales, Kinderfürsorge, Schulangelegenheiten, Krankenhausfragen etc.) und sich an der Wohlfahrtsarbeit beteiligen. Besonders problematisch schien die Organisation in den Kleinstädten und auf dem flachen Land zu sein, wo als wertvollstes Mittel Hausagitation und künstlerische bzw. sportliche Darbietungen bei Frauenabenden empfohlen wurden.

Mit der Rückkehr ehemaliger USPD-Frauen 1922 in die SPD wurde innerparteilich Kritik an Theorie und Praxis sozialdemokratischer Frauenpolitik laut. Die programmatische Rede von Marie Juchacz auf dem Vereinigungsparteitag in Nürnberg im gleichen Jahr stellte den Versuch dar, die Frage der Frauenaktivitäten hinter Parteiinteressen (Frauenfrage als Nebenwiderspruch!) zurückzustellen. Nachdem 1923 schon viel Kritik, besonders wegen einer fehlenden Frauenzeitung geäußert worden waren, wurden die Frauenkonferenzen ab 1924 auf den Tag nach dem Parteitag verlegt. Damit waren Vorschlägen und Forderungen der Wind aus den Segeln genommen: Vermutlich hoffte man, daß sie ein Jahr später schon vergessen seien.

Während dieser Phase von Niederlagen auf höchster Parteiebene war der Erfolg im Aufbau sozialdemokratischer Frauengruppen auf dem Lande seit 1923/24 unübersehbar.¹¹

Streit um die Frauenpresse

Die Auseinandersetzungen Mitte der zwanziger Jahre um die verschiedenen Vorstellungen über die sozialdemokratische Frauenpresse lassen sich am Beispiel der *Frauenwelt* veranschaulichen. Nachdem 1922 die Herausgabe der *Gleichheit* eingestellt worden war, wurde eine neue Frauenzeitung gefordert. 1924 wurde ein Mann mit der Aufgabe des Chefredakteurs einer Frauenzeitschrift, der *Frauenwelt* betraut. Sie sollte sich an den Methoden bürgerlicher Frauenblätter, welche als erfolgreich angesehen wurden, orientieren, um Frauen für die SPD zu gewinnen. Er mußte sich sofort auf der Frauenkonferenz 1924 in Berlin harter Kritik stellen, weil die Mehrheit der Genossinnen in dieser Position keinen Mann sehen wollten. 1928 wurde endlich eine Frau, Toni Sender, Chefredakteurin der *Frauenwelt*, die allerdings ohne inhaltliche Veränderung die Arbeit weiterführte. Einzig der Versuch einer erweiterten Orientierung an Interessen und Meinungen der Leserinnen ist festzustellen.¹²

Die Überzeugung, daß politische Beeinflussung von Frauen nicht so sehr durch Versammlungen und Pressearbeit als durch »sozialistische Kulturarbeit« geschehe, stand vermutlich Pate für die Idee der *Frauenwelt*. Sie wollte verstanden werden als ein Organ »der Frau«, in welchem das Unterhaltende und Familiäre betont werden sollte. Auf den Titelblättern aller Jahrgänge, auf denen in verschiedenen Stilen Frauenbildnisse überwiegen, wurde die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau unwidersprochen manifestiert, was auch darin deutlich wird, daß die Rubriken über Haushaltsführung, Kindererziehung und Modeanleitungen vorherrschten.¹³

Die Kritikerinnen, wie z. B. das ehemalige USPD-Mitglied Mathilde Wurm auf der Frauenkonferenz 1925, wünschten mehr theoretische Schulung und Diskussion in der SPD über den Stellenwert der Frauenfrage in der politischen Arbeit der SPD. Dagegen wurde die zunehmende Feuilletonisierung der *Frauenwelt* mit dem Argument vertreten, daß sie explizit für Nicht-Sozialdemokratinnen gedacht sei. Seit 1925 wurde die *Genossin* für die Funktionärinnen sozialdemokratischer Frauengruppen herausgegeben: Sie brachte Artikel zu aktuellen politischen Problemen, Überblicke über Positionen, Mitgliederstand und Organisationsgrad der Frauen in der SPD. Es gab auf diese Weise zwei Zeitschriften der SPD-Frauenbewegung, jedoch keine, die sich an die Mitglieder selbst richtete. Die SPD-Frauengruppenmitglieder lasen die *Frauenwelt*. Verbreitung fand die Zeitschrift wohl kaum bei den anderen, wie es so schön heißt, »politisch indifferenten« Frauen.

Die Diskussionen um die Frauenzeitungen, wie auch um alle anderen Forderungen von Frauen und die damit verbundenen Probleme, sollten nach Vorstellungen von Marie Juchacz auch in den Parteizeitungen selbst geführt werden, da im Zeitalter der Gleichberechtigung Frauen sich nicht mehr zu allen Fragen in besonderen Veröffentlichungen äußern dürften. Die Kritik Clara Bohm-Schuchs, daß Frauenbeilagen mehrheitlich von Männern redigiert und geschrieben würden, war berechtigt: 1929 sind unter den fast 500 Redakteuren von Parteizeitungen nur zwei Frauen (in Hamburg und Magdeburg). Artikel zur besonderen Situation der Frau erschienen, wenn überhaupt, im allgemeinen Teil der Tageszeitungen und nur in Zeiten wichtiger Wahlkampfentscheidungen.

Die Entwicklung einer eigenständigen sozialdemokratischen Frauenpresse blieb so in Ansätzen stecken. Dies war nicht nur eine Folge mangelnden Interesses der potentiellen Leserinnen, sondern auch davon, daß sich zu wenig Frauen im Pressewesen engagierten bzw. durchsetzen konnten.

Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus

Mit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre begann eine Zeit zusätzlich erschwerter Erfolgchancen sozialdemokratischer Frauenpolitik, trotz gleichzeitigem Mitgliederzuwachs: Dies zeigte sich organisatorisch darin, daß es seit 1929 keine eigenen Frauenkonferenzen mehr gab. Das Thema Frauenbewegung sollte zu einem Verhandlungspunkt des Parteitages gemacht werden. Marie Juchacz mag diese Entwicklung als einen Fortschritt beurteilen:

»Das Recht der Frau und insbesondere der verheirateten Frau auf Erwerbsarbeit ist heute in der Führung der Partei- und Arbeiterbewegung nicht umstritten ... Daß die Frauenerwerbsarbeit eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, können wir aus der wirtschaftlichen Entwicklung feststellen.« (Parteitag 1929, S.225)

Die Frauenfrage stand nur noch als ein Thema unter vielen zur Behandlung, und so wurde gar nicht mehr die gesellschaftliche Stellung der Frau im marxistischen Sinne als Gradmesser für den Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung angesehen. Auf die Arbeit an der Basis hatte diese Entwicklung in den Auseinandersetzungen um die Frauenfrage allerdings wenig Einfluß.

Zwar gab es schon Mitte der zwanziger Jahre Kenntnisse über Gefährlichkeit und Charakter des Nationalsozialismus in der SPD, aber eine breite Auseinandersetzung begann erst nach der Niederlage der Partei in der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Entsprechend ist die Entwicklung auch bei den sozialdemokratischen Frauen. Die *Genossin* hatte vor der — als entscheidend eingestuften — Wahl 1930 Richtlinien für die Agitationsarbeit und Rededispositionen zu verschiedenen Themen veröffentlicht: Es wurde aber kein Wort über den gefährlichsten aller Gegner, die Nationalsozialisten, verloren. Erst in ihrem Kommentar zum Ergebnis der Wahl im Novemberheft (S. 402ff.) sprach Marie Juchacz von der »Faschismusgefahr«. Im gleichen Heft wurde als ständige Rubrik »Neues aus dem dritten Reich« mit frauenfeindlichen Äußerungen führender Nationalsozialisten aufgenommen, wie z.B.: »die Frau muß wieder Magd und Dienerin werden ... Denn der schrecklichste der Schrecken ist das marxistische Weib«.

Die *Frauenwelt* zeigt ein unverändertes Bild. Erst 1932 verschiebt sich der Schwerpunkt leicht. Insgesamt wurde der Nationalsozialismus in der SPD, also auch bei den sozialdemokratischen Frauen, eher unterbewertet. Obwohl einzelne Frauen schon Jahre zuvor frauenfeindliche Angriffe seitens der Nazis hatten über sich ergehen lassen müssen, erstaunt es manche, daß keine Kampagne gegen die Gefährlichkeit und Frauenfeindlichkeit dieser Bewegung eingeleitet wurde.

Wie wenig ernsthaft die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus geführt wurden, beschreibt Wilhelm Hoegner, so, wie es wohl auch für die Frauenbewegung gelten mag:

»Wir leisteten keinen Widerstand. Wir warfen dem siegreichen politischen Gegner keine Prügel in den Weg ... Wir waren beseite getreten ...«¹⁴

Resümee

Agitationsformen und -inhalte der sozialdemokratischen Frauen ändern sich ab 1917. Theoretische Auseinandersetzungen fallen weg und Maximalforderungen werden nicht mehr gestellt. Das Recht der Frau auf Erwerbsarbeit wurde zwar verbal nie in Frage gestellt, aber zum Beispiel durch die Demobilisierungsverordnungen übergangen. Vorschläge, welche die verfassungsmäßig garantierte rechtliche Gleichstellung der Frau (Art. 115 der Weimarer Verfassung) auch im Bürgerlichen Gesetzbuch durchsetzen sollten, werden in den Bereichen Unehelichenrecht, § 218, Ehescheidungs- und Fami-

lienrecht auf der Grundlage der Forderungen des »Bundes für Mutterschutz und Sexualreform« gemacht. Sie scheitern entweder grundsätzlich oder in ihren wesentlichen Elementen an der Opposition in der eigenen Partei oder an den Mehrheitsverhältnissen in Regierung und Reichstag. Statt dessen wurde bald nach den ersten Wahlniederlagen versucht, die Agitation den bürgerlich konservativen Vorstellungen von Frauenwerbung anzupassen.

Unklar über ihre wirkliche Zielvorstellung zur Rolle der Frau, daher widersprüchlich in ihrer Argumentation, die einmal das »Recht auf Arbeit« nicht in Frage zu stellen versuchte, aber gleichzeitig die Rolle der Mutter und Hausfrau herausstellte und damit Hausarbeit glorifizierte, konnte es der SPD und den dort organisierten Frauen nicht gelingen, eine aktive Politik zur Durchsetzung der Gleichberechtigung zu gestalten.

Anmerkungen

- 1 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1946, S. 295: »... es ist wahrscheinlich kein schöner Anblick, Frauen, sogar in schwangerem Zustand, mit den Männern um die Wette beim Eisenbahnbau schwerbeladene Karren fahren zu sehen. ... Dabei wird der Frau alles Weibliche abgestreift und ihre Weiblichkeit mit Füßen getreten, wie umgekehrt unseren Männern in vielen verschiedenen Beschäftigungsarten jedes Männliche genommen wird.«
- 2 Karin Bauer: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, Berlin (West) 1978.
- 3 Zetkin auf dem I. Internationalen Arbeiterkongreß in Paris 1889, nach: Werner Thönnessen: Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933, Frankfurt/M. 1976, S.41/42.
- 4 Dies war möglich durch die Institution der »Vertrauensperson«: Um diese sammelte sich eine Gruppe von Frauen am jeweiligen Ort, die die Vorstellungen sozialdemokratischer Frauenpolitik unterstützen wollten. Der Versuch einer Einbindung in die Partei nach 1908 mißlang. Die Frauenbewegung bewahrte sich unter Zetkin einen Teil ihrer Autonomie und damit die Möglichkeit von Strategien und Überlegungen, unabhängig von Parteivorstandsbeschlüssen. Auf regionaler Ebene gab es die »Vertrauenspersonen«, die eng mit der zentralen »Vertrauensperson« zusammenarbeiteten, die beim Parteivorstand die Arbeit koordinierte, sich mit der Redaktion der *Gleichheit* absprach und Veranstaltungen vorbereitete.
- 5 Vgl. Molly Nolan: Proletarischer Antifeminismus. Dargestellt am Beispiel des SPD-Ortsvereins Düsseldorf, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen im Juli 1976, Berlin (West) 1977, S.356ff.; Gisela Losseff-Tillmanns: Frauenemanzipation und Gewerkschaften (1800-1975), Diss. Msk., Bochum 1975, S. 274ff.
- 6 Edmund Fischer: Die Frauenfrage, in: Sozialdemokrat Magazin, Jg. 1905, 1.Bd., S.258ff.; ders.: Frauenarbeit und Familie, Berlin 1914.
- 7 Wally Zepler: Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1912, 1. Bd., S.400-409, Neudruck in: Gisela Losseff-Timmans (Hrsg.): Frau und Gewerkschaft, Frankfurt/M. 1982, S.177-181.
- 8 Hans Beyer: Die Frau in der politischen Entscheidung. Eine Untersuchung über das Frauenwahlrecht in Deutschland. Soziologische Gegenwartsfragen 2, Stuttgart 1933, S.8.
- 9 Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956, S.72.
- 10 Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung, hrsg. vom Vorstand der SPD, Berlin 1919 und 1921.
- 11 Christl Wickert: Zwischen Familie und Parlament. Sozialdemokratische Frauenarbeit in Südniedersachsen 1918-1950. Göttingen 1985.
- 12 Vgl. z.B. ein Preisausschreiben um die Meinungen der Leserinnen »Wie stehst Du zur heutigen Form der Ehe?« (*Frauenwelt* 19/1929, S.444; 24/1929, S.565; 26/1929, S.614).
- 13 Elisabeth Vormschlag: Inhalte, Leitbilder und Funktionen politischer Frauenzeitschriften der SPD, der KPD, der USPD in den Jahren 1890-1933 und der NSDAP in den Jahren 1932-1945, Diss. Göttingen 1970, S.158/159.
- 14 Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler, München 1977, S.9.

Brigitta Seidel

Ein Kapitel Parteigeschichte

Erinnerung an August Bebel

Am 28. Januar 1988 wurde in der Berliner Staatsbibliothek die Ausstellung »August Bebel 1840-1913. Ein Großer der deutschen Arbeiterbewegung« eröffnet. Sie entstand in Zusammenarbeit zwischen dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Anlaß ist der 75jährige Todestag von Bebel in diesem Jahr am 13. August, und die Ausstellung ist zugleich ein Beitrag zum 125jährigen Bestehen der Sozialdemokratischen Partei. Die Repräsentanten der beiden veranstaltenden Institutionen, Werner Knopp und Holger Börner, würdigten in ihren Ansprachen zur Eröffnung die Verdienste Bebels um den Aufstieg der Sozialdemokratie zur stärksten Partei im Kaiserreich und darüber hinaus den Beitrag seiner Partei für die sozialstaatlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen auch des heutigen bundesdeutschen Staates. Die Anwesenheit des Bundespräsidenten sei Ausdruck dieses Bewußtseins von der positiven Traditionslinie in der deutschen Geschichte — neben das Bild von Bismarck kann das von Bebel aufgehängt werden.

Unter demokratiegeschichtlicher Perspektive — und das heißt im Hinblick auf die deutsche Geschichte, das Scheitern der Weimarer Republik — stellte Willy Brandt in seinem Festvortrag einige »kritische Fragen« an die Ära Bebel, ohne allerdings grundsätzlich die Gewichte der Primärverantwortung von Großgrundbesitz, Industrie und Bürokratie verschoben zu haben. Für die neue »Beweglichkeit« der Partei sei ein Reservoir vorhanden gewesen, vor allem personell, gefehlt habe es jedoch an der Umsetzung in ein Konzept. Zumindest seien das Mißtrauen Bebels gegenüber einer Kooperation mit Teilen des Bürgertums und die — wenn auch schwächer werdende — Vorstellung von der Naturnotwendigkeit des historischen Prozesses für den Durchbruch zur Demokratie in Deutschland nicht gerade förderlich gewesen.

Die Bebelsche Politik war nicht widerspruchsfrei — was nicht verwunderlich ist angesichts eines über fünfzigjährigen Politikerlebens unter sich verändernden sozialen Bedingungen. Die Ausstellung versucht, dem gerecht zu werden, soweit sich Differenzierungen im Rahmen ihres Konzepts realisieren lassen. Die Verantwortlichen — das sind Ilse Fischer und Werner Krause vom Archiv der sozialen Demokratie — wollen vornehmlich das »visuelle Interesse« des Betrachters ansprechen, d.h. Fotos, Bildern und Illustrationen den Vorzug geben vor Schriftgut und Dokumenten. Auf über fünfzig Stellwänden, zahlreichen Hänge- und einigen Tischvitrinen werden etwa 700 Exponate zu Bebels persönlicher und politischer Entwicklung gezeigt, die zu einem guten Teil Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert ist, eingebettet in den Kontext der allgemeinen politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung und zentraler außenpolitischer Ereignisse. Zahlreiche Ausstellungsstücke stammen u.a. aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, aus dem Bildarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und — was die Ausstellung auch unter

diesem Aspekt interessant macht — aus dem Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) der SED .

Bis etwa zum Erfurter Parteitag im Jahre 1891 folgt die Ausstellung weitgehend dem chronologischen Ablauf der Geschichte. Nachgezeichnet wird Bebels Lebensweg von seiner Geburtsstätte in den Kasematten von Köln-Deutz (22.2.1840) über Stationen seiner ärmlichen Kindheit und Jugend in Wetzlar bis hin zu seinem Eintritt in den gewerblichen Bildungsverein in Leipzig (1861), dem Beginn seiner politischen Laufbahn. Der rote Faden der Ausstellung ist, die vielfältigen organisatorischen und theoretischen Ansätze und Wurzeln der sich konstituierenden Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft mit ihren wichtigsten Repräsentanten, Publikationen, Wirkungsstätten und Tagungsorten darzustellen. Das gilt auch für Bebel, der sich vom bildungshungrigen Mitglied des Leipziger Arbeitervereins erst allmählich unter dem Eindruck der Vorbereitungen des preußisch-österreichischen Krieges und unter dem Einfluß seines Mentors Wilhelm Liebknecht zum Sozialisten »mausert«. Dokumentiert werden die organisatorischen Anfänge in Leipzig, die programmatische Entwicklung bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach (1869) und dem Einigungskongreß in Gotha (1875) sowie die nachfolgende Zeit des Sozialistengesetzes ab 1878 die schwierigen persönlichen Lebensverhältnisse unter der politischen Repression mit Denunziantentum, Schnüffelei, Ausweisung und Haftstrafen. Dargestellt wird auch die Entwicklung der Internationalen Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum, die Arbeiterinnen-, Frauen- und Wahlrechtsfrage und Bebels parlamentarische Tätigkeit als Abgeordneter des Deutschen Reichstages.

Auf dem Erfurter Parteitag, wo der Marxismus von Karl Kautsky, dem »theoretischen Büchsenspanner« Bebel (Brandt) als Parteitheorie durchgesetzt werden konnte, wurden die Richtungskämpfe nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Der Parteitag bildete den Startschuß für die Auseinandersetzungen der kommenden Jahre. Mit und neben dem Erfurter Programm konnten viele leben. Es beließ in der Budget-, Bündnis- und Agrarfrage genügend Handlungsspielräume für die Praktiker und Reformer aus Süddeutschland um Georg von Vollmar und Ludwig Frank und reizte einen Eduard Bernstein um die Mitte der neunziger Jahre zur theoretischen Revision. Dieser mehr nach strukturellen Gesichtspunkten aufgebaute zweite Ausstellungsteil über die innerparteilichen Richtungs- und Flügelkämpfe nach 1890 gerinnt für den in der Parteigeschichte nicht so sattelfesten Betrachter leicht zu einer Galerie der Köpfe und illustren Namen. Daß die Sozialdemokratische Partei eine höchst facettenreiche Gemengelage aus Lassalleanern, ethischen Sozialisten, bürgerlichen Sozialreformern, Anarchisten und Marxisten war, wird durchaus deutlich: Es mußte immer wieder der kleinste gemeinsame politische Nenner gesucht werden und häufig die theoretische Klarheit hinter die Einheit zurücktreten. Daß das Dach bis zum Tode Bebels hielt, ist sicherlich seiner politischen und moralischen Autorität und Integrität zu verdanken und seinem nicht eben zimperlichen Umgang mit Minderheiten, aber auch dem Kitt, der aus Preußen kam.

Hervorzuheben ist, daß die Ausstellung nicht einer Mythen- und Legendenbildung um August Bebel als dem Mann der Einheit Vorschub leistet. Zwar geraten die ausstellungsspezifischen Mittel rasch an ihre Grenzen, da die allmählich abnehmende Inte-

grationskraft Bebels und seine unterschiedlich erfolgreichen Bemühungen bei den innerparteilichen Konflikten schwerlich visuell darzustellen sind. Aber der Besucher sollte die entsprechenden Textpassagen im Ausstellungskatalog nachlesen, in denen deutliche Fragezeichen hinter die Integrationserfolge Bebels im Reformismus- und Revisionismusstreit, in der Kolonial- und Agrarfrage, in der Massenstreik- und Gewerkschaftsdebatte gesetzt werden. Der Mensch Bebel tritt größtenteils in die Kulissen der Parteigeschichte zurück, mit Ausnahme seiner Kindheit und Jugend und später im Alter angesichts mancher Schicksalsschläge in seiner Familie. Er war eine Symbolfigur für die Massen, ihr Kaiser. Aussagekräftig sind die Exponate des IML zum Personenkult um Bebel, sein Konterfei ist auf Bierkrügen und Pfeifen zu bewundern. Seine Wirkungsweise als Redner wird ansatzweise deutlich in den Spielfilmsequenzen, die in einem der beiden Videotürme gezeigt werden.

Willy Brandt zog dieses Fazit: August Bebels Verdienst sei »den Klassenkampf ein Stück aus seiner Einseitigkeit — von oben nach unten — herausgehoben« und »die Demokratie für die breiten Schichten erfahrbar« gemacht zu haben. — Die Ausstellung ist vom 20. April bis 19. Juni 1988 im Bonner Wissenschaftszentrum und vom 26. Juni bis Ende Juli 1988 in Trier zu sehen.

Jürgen Blume

Krisen der Arbeiterbewegung

»Gesellschaftlicher Wandel — Soziale Demokratie — 125 Jahre SPD«
Forum der Historischen Kommission am 3./4. März 1988 in Bonn

Die eigene Geschichte diente bei diesem vierten Forum der Historischen Kommission der SPD als Ansatzpunkt; den eigentlichen Gegenstand bildeten drei zentrale Probleme der Arbeiterbewegung heute: die Krise einer traditionellen Vorstellung von der »klassischen Arbeiterbewegung«, die des Sozialstaats und jene einer linken Massenkultur. Flankiert wurden diese Podien durch ein Referat des SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel zum Thema »125 Jahre SPD« (dokumentiert in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 4/88) und von Klaus Tenfelde zum »Ende und Erbe der Arbeiterkultur« (dokumentiert in: *FAZ* v. 7.3.88).

»Die sozialistischen Arbeiterparteien stehen heute da und wissen nicht wohin.« *Eric Hobsbawm*, Historiker aus London, schlug eine andere Problemformulierung als die Frage nach dem »Abschied von der klassischen Arbeiterbewegung?« (Podium 1) vor: So wenig wie im letzten Jahrhundert die Arbeiterparteien reine Arbeitervereinigungen gewesen sind, so wenig sind auch heute die Arbeiter verschwunden. Die Gemeinsamkeit der Anfänge beruhte auf einem Klassenbewußtsein, welches soziale und Standesunterschiede überwog. Heute hingegen hat Klassenbewußtsein nicht mehr diese einigende Kraft. Gerade die Parteien, die ihre Stärke aus einem ausgeprägten Klassenbe-

wußtsein bezogen, sind in einer tiefen Krise (Labour und KPF). Die Nabelschnur zwischen Revolution und Sozialismus wurde zerschnitten, als aus Oppositionskräften mit ihrer spezifischen Verbindung zum wissenschaftlichen Sozialismus in den westlichen Ländern temporäre Regierungs- oder die wichtigsten Oppositionsparteien, im Osten Systemparteien wurden. Nach Hobsbawm waren die damit verbundenen Praktiken gleichbedeutend mit einer tiefgreifenden Abkehr von der Tradition der Arbeiterbewegung. Doch der Abschied von der *klassischen* Arbeiterbewegung bedeute nicht den Abschied von einer sozialistischen Zukunftsutopie, deren konkreter Inhalt allerdings neu zu bestimmen sei. Wenn es heute noch einen historischen Ort für Veränderungen gebe, dann in den Arbeiterparteien: »Solange Sozialdemokraten überzeugt sind, daß es etwas nach dem Kapitalismus geben muß, solange hat ihre Partei auch ihre historische Funktion.« Die Programmdiskussion der Partei sollte sich dieses Hinweises erinnern.

Auch *Jürgen Kocka* (Bielefeld), führender Vertreter der westdeutschen »historischen Sozialwissenschaft«, spezifizierte zunächst die Themenstellung. *Die Arbeiterbewegung* habe es nie gegeben. Vielmehr sei von Anfang an von Bewegungen zu sprechen, die sowohl politisch (sozialdemokratisch, konservativ, christlich) als auch nach ihrem Milieu unterschieden waren. Er hob für die Zeit der Jahrhundertwende vier Grundmerkmale der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hervor: (1) Klassenbewußtsein, (2) ein proletarisch-sozialdemokratisches Lebensmilieu, (3) ihr Charakter einer Fundamental-Opposition und (4) gesamtgesellschaftliche Perspektive mit dem Sozialismus als utopischem Element. Seit den zwanziger Jahren müsse man von einer Abschwächung der Klassengesellschaft sprechen. Neue Ungleichheitsmuster sind entstanden, Ökologie-, Friedens- und Frauenproblematik haben sich heute vor die Arbeitsproblematik gedrängt. Die Kriterien für Fortschritt sind unsicher geworden. Kocka wandte sich gleichwohl gegen die Einschätzung, klassische Arbeiterbewegung sei nur als vergangene Geschichte vorzustellen. Zum einen seien manche der heutigen Schwierigkeiten der Arbeiterbewegung nicht neu. Solidarität und Konsens des Proletariats hätten auch im 19. Jahrhundert erst politisch-kulturell hergestellt werden müssen. Zum zweiten sei der Gegensatz Kapital/Arbeit noch heute zentral, auch wenn sich Erscheinungsformen und Bedeutung verändert hätten. Allerdings sei heute ein neuer Begriff von Arbeiterbewegung notwendig: Da die soziale Ungleichheit nur noch in abgeschwächter Form ein Problem sei, seien die klassenübergreifenden Kampffelder wichtiger geworden.

Die Problematik des Sozialstaates ist in den letzten Jahren zu einem erstrangigen Thema geworden. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut erscheint er als nötiger den je, andererseits gerät er als Institution zunehmend »in Verdacht«. *Hartmut Kaelble*, Wirtschaftshistoriker aus Berlin (West), versuchte sich dem Thema historisch zu nähern. In Deutschland sei der Sozialstaat gerade in Zeiten regierungspolitischer Absenz der Sozialdemokratie, nämlich in den achtziger Jahren des vorigen und in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts durchgesetzt worden. Trotzdem war gerade die deutsche Sozialdemokratie immer vehemente Anhängerin staatlicher Regulierung. Ansätze einer alternativen Regulierung von Sozialstaatsfunktionen (z.B. die gewerkschaftlichen Hilfskassen im 19. Jahrhundert) wurden nie für sie bestimmend.

Kaelble betonte, daß die heutige Krise des Sozialstaats mit den vielfältigen neuen Problemen — Veränderung des Arbeitslebenslaufs, die neue Möglichkeit der Alleinerziehung, Ausländereinwanderung, wachsende Armut — Zusammenhänge und vor allem durch eine Veränderung des Sozialstaats zu beantworten sei. Über die praktische Durchsetzung machte er sich allerdings keine Illusionen: Da die neuen Probleme keine Klassenfragen seien, sei es schwierig, die Betroffenen für notwendige Veränderungen zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu Kaelble stellten die beiden folgenden ReferentInnen den Sozialstaat grundsätzlich in Frage. Für Ute Gerhard (Frankfurt/M.) ist in die Geschichte des Sozialstaates von Anfang an die Geschlechterproblematik eingeschrieben. Schon die Konstitution des Sozialstaates bedeutete zwei Netze, ein oberes und männliches sowie ein unteres und weibliches. Dies hinge vor allem mit zwei Paradigmen der Sozialstaatspolitik — auch der Arbeiterbewegung — zusammen: zum einen die Orientierung an der Erwerbsarbeit, welche die vorwiegend von Frauen verrichtete Hausarbeit vergaß, und zum anderen die Subsumierung der Frauen als Familienangehörige. An verschiedenen Beispielen (Frauenarbeitsschutz/Zentralarbeitsabkommen etc.) konnte sie diesen Zusammenhang verdeutlichen.

Mit Bernd Guggenbergers (Bielefeld) Fundamentalkritik am Sozialstaat schlug eine Welle der jüngsten Auseinandersetzung um Lafontaines Thesen in die Bonner Feierveranstaltung. Nur wenn sich die Gesellschaft weiter als »Arbeitsgesellschaft« verstehe, dann »werden wir mit dem sozialen Unrecht der Massenarbeitslosigkeit weiterleben müssen«. Die Interpretation als »Freizeitgesellschaft« dagegen erteile auch eine Absage an das bisherige Sozialstaatsmodell, das eng an die Arbeitsgesellschaft geknüpft sei. Eine Gesellschaft, die weniger arbeiten würde, hätte auch weniger Sozialstaat nötig. Über alternative Formen der Wahrnehmung von Sozialstaatsfunktionen sollte nachgedacht werden: »Wir sollten das Soziale lieber dort pflegen, wo es noch da ist, anstatt es mit dem Fortschrittsbesen zur Türe hinauszufegen.« Guggenbergers Stärke lag in der Formulierung wichtiger Fragen, konkrete Alternativvorschläge blieb er jedoch schuldig.

Das letzte Podium beschäftigte sich mit der Problematik linker Massenkultur angesichts der Unmöglichkeit einer einfachen »Wiederauferstehung« der alten Arbeiterkultur. Schriftsteller, Theatermacher und Kulturpolitiker sollten ins Gespräch kommen. Johannes Mario Simmel versuchte seine Arbeitsmethode mit einem Brecht-Zitat zu charakterisieren: »Die Wahrheit mit List verbreiten«. Er erläuterte dieses Vorgehen an seinem jüngsten Bestseller. Hätte er statt des Romans, der sich mit der Problematik der Gentechnologien beschäftigt, ein Sachbuch geschrieben, hätte er wohl nur einen Bruchteil der Leser, die er mit seiner Verknüpfung von Spannung, Unterhaltung und Aufklärung erreicht. Volker Canaris, Generalintendant der Düsseldorfer Theater, sieht das Haupthindernis für die Entwicklung einer »Kultur für die Massen« in der unfruchtbaren deutschen Trennung zwischen dem hohen, wirklichen Theater à la Schaubühne und dem Boulevardtheater à la Harald Juhnke. Eine populäre Kultur müsse an der Überwindung dieser scharfen Trennung arbeiten. Hermann Glaser, Kulturdezernent in Nürnberg, sieht die Hauptaufgabe für Kulturpolitiker darin, Kultur für

jeden zu ermöglichen, ohne die Kultur auf eine bestimmte Form festlegen zu wollen. Bei der Entwicklung einer populären Kultur stehen sich allerdings oft auch die Linken selbst im Wege mit einer bestimmten Haltung, die Peter Glotz recht treffend charakterisierte: »Wir bräuchten auch noch ein paar Linke, die nicht Feuilletonchef bei der Süd-deutschen, sondern Unterhaltungschef beim ZDF werden wollen.«

Die Vorsitzende der Historischen Kommission, Susanne Miller, schlug zum Abschluß der Diskussion einen erweiterten Kulturbegriff vor, um nicht bei der bloßen Kopie bürgerlicher Kulturpolitik unter anderem inhaltlichen Vorzeichen zu verbleiben: »Kultur« sei »als Dimension des Lebens zu begreifen, nicht nur als Förderungsobjekt«.

Dieses Forum hat deutlich gemacht, wie historische Forschung und die Konzeption heutiger Politikvorschläge sinnvoll miteinander verbunden werden können. Zu hoffen bleibt, daß solche Veranstaltungen nicht nur Wissenschaftlern vorbehalten bleiben, sondern daß die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte noch mehr zum Bestandteil politischer Kultur in der SPD wird.

Uli Schöler

Demokratische Massenpartei — »Bürokratischer Zentralismus« — Parlamentarisierung

Über die Bedeutung von Organisationsfragen in der Geschichte der Sozialdemokratie

»... wenn unbegriffen bleibt, daß die Art der Politik, die Parteien machen, unmittelbar zusammenhängt mit der Organisation dieser Parteien, dann fahren die verehrten Beobachter der politischen Szene mit der Stange im Nebel herum.« (Peter Glotz 1988)

Von Parteiverdrossenheit, ja, Verachtung der politischen Parteien in den achtziger Jahren ist die Rede. Und es ist kein Zufall, daß das Theorieorgan der ältesten Partei Deutschlands das Jubiläumsjahr (125 Jahre nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins [ADAV]) ausgerechnet mit dem Schwerpunktthema »Organisationsprobleme der Sozialdemokratie« beginnt. Unübersehbar ist ein Zerfall der politischen Kultur im letzten Jahrzehnt, der auch an der Sozialdemokratie nicht spurlos vorübergegangen ist. Aber darf die Linke den Ansatz mitmachen, diese Probleme von der organisatorischen Seite her zu diskutieren? Stecken nicht hinter der schnöden Form doch eher »inhaltliche«, »theoretische« Probleme, die sich schließlich auch in organisatorischen Zersetzungserscheinungen niederschlagen?

Schon das Jubiläumsdatum der deutschen Sozialdemokratie, 1863, fällt mit einem ungeschönen Organisationsproblem zusammen. Lassalle, unbestrittene Autorität des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), verordnete seinem »Verein« ein Statut, das dem Präsidenten quasi-diktatorische Befugnisse verlieh. Sein Nachfolger von Schweitzer nutzte das weidlich aus. Erst durch die Vereinigung von Eisenachern und Lassalleanern in Gotha 1875 verschwand endgültig das diktatorische Organisationsstatut.

Londoner Parteitag 1903: Ausgangspunkt der Spaltung der Arbeiterbewegung

Zu einer für die Zukunft sehr viel bedeutsameren Auseinandersetzung um die Organisationsfrage kam es in der russischen Sozialdemokratie. Der Londoner Exilparteitag von 1903 hatte über verschiedene Vorlagen für ein Organisationsstatut der illegalen Partei zu beraten. Die eine stammte von Lenin und enthielt im ersten Artikel die Formulierung, daß nur aktive Revolutionäre, Mitglieder der illegalen Parteiorganisation, als Parteimitglieder betrachtet werden sollten. Die Opposition um Martow faßte diesen Teil des Statuts etwas weiter. Arbeit unter der Kontrolle der Parteiorganisation sollte danach für die Mitgliedschaft ausreichen (vgl. Martow 1926, 84). Die Auseinandersetzungen der Parteikonferenz um diese Frage erreichten eine aus den Formulierungen alleine nicht begründbare Schärfe, schied die Partei in Mehrheit und Minderheit, Bolschewiki und Menschewiki. Der Hintergrund war jedoch von grundsätzlicher Bedeutung. Letztlich ging es — unabhängig von den konkreten Bedingungen der Illegalität — um völlig unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie der organisatorische Aufbau einer proletarischen Partei auszusehen habe. Martow und seine Anhänger orientierten sich am Modell der europäischen demokratischen Massenpartei der Arbeiterklasse. Lenin verfocht ein anderes Konzept (vgl. Lenin 1902/1904). Er war der Auffassung, die Arbeiterklasse könne aus eigenen Kräften nur ein trade-unionistisches (gewerkschaftliches) Bewußtsein ausbilden. Politisches Klassenbewußtsein könne deshalb nur von außen in den Arbeiter hineingetragen werden. Konsequenterweise trat er für eine strenge Trennung der Vorhut von Berufsrevolutionären, die die eigentliche Partei bilden sollten, und der Masse der Arbeiter ein. Für den Parteiaufbau empfahl Lenin einen strengen Zentralismus mit weitgehenden Direktions- und Eingriffsbefugnissen der übergeordneten Partei-Instanz. Seine schärfste Kritikerin fand Lenin in Rosa Luxemburg, die seine Konzeption verwarf, vor allem seine Auffassung der Notwendigkeit des Herantragens des Klassenbewußtseins von außen. Nach ihrer Auffassung war es vielmehr so, daß sich die sozialdemokratische Aktion in dem dialektischen Widerspruch bewege, daß sich die »proletarische Armee« erst im Kampfe selbst rekrutiere und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar werde. Zusammengefaßt lautet ihr Urteil über Lenins »ultrazentralistisches« Modell:

»Daraus ergibt sich schon, daß die sozialdemokratische Zentralisation nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer ihrer Zentralgewalt basieren kann und daß andererseits zwischen dem bereits in feste Parteikaders organisierten Kern des klassenbewußten Proletariats und dem vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozeß der Klassenaufklärung befindlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden kann.« (Luxemburg 1904, 28)

Revisionismus und Organisationsstruktur in Deutschland

Im gleichen Zeitraum, in dem die russische Debatte von der Organisationsfrage bestimmt wird, stehen in der deutschen Sozialdemokratie zunächst zwei andere Fragen im Vordergrund: Bernsteins revisionistische Theorien und der Massenstreik. Doch auch sie werden nicht unabhängig davon diskutiert, welchen organisationspolitischen Hintergrund etwa das Aufkommen des Revisionismus und Reformismus innerhalb der Partei hat. Unbestritten ist, daß das Anwachsen der Sozialdemokratie zu einer Massenorganisation notwendig zur Entstehung einer »Bürokratie« innerhalb der Arbeiterbewegung selbst führen mußte. Daraus ergeben sich unmittelbare soziale Veränderungen für einen großen Teil ehemaliger Arbeiter, die nun einer Tätigkeit als Partei- oder Gewerkschaftssekretär bzw. Redakteur nachgehen. Eine erste Studie über die Parteistruktur kommt zu dem Ergebnis, daß in der Mitgliedschaft die männlichen Lohnarbeiter bei weitem überwiegen (Michels 1906, 504ff.). Die Partei war ihrer sozialen Zusammensetzung nach ganz überwiegend proletarisch geblieben, mit dem Schwerpunkt bei gelernten Industriearbeitern. Selbst in der Reichstagsfraktion spiegelt sich das noch wider: Von den 81 im Jahre 1903 gewählten Abgeordneten stammten 13 aus der Bourgeoisie, 15 aus mehr oder minder proletarisierten Schichten der Kleinbourgeoisie, dagegen waren 53 ehemalige Lohnarbeiter (ebd., S.527). Schaut man genauer hin, so handelt es sich bei 35 aus der letzten Gruppe um sogenannte »Arbeiterbeamte«, also solche, die als Redakteure bzw. Sekretäre schon früher in den bezahlten Dienst der Partei getreten waren (ebd., S.552). Michels sieht bereits zu diesem Zeitpunkt eine solchen Prozeß der »Verkleinbürgerung« in der Partei, und zwar dadurch, daß eine proletarische Elite durch den Prozeß einer Art natürlicher Selektion zu einer ziemlich radikalen Wandlung ihrer gesellschaftlichen Funktion gelangt. Aus Handarbeitern werden Kopfarbeiter, die (sozial gesehen) ins Kleinbürgertum aufsteigen. Hinsichtlich eines Zusammenhangs dieses Prozesses mit der wachsenden Verbreitung revisionistischen und reformistischen Gedankenguts in der Partei ist Michels in seiner Wertung allerdings noch betont vorsichtig.

Die Parteilinke am Ausgang der Weimarer Republik sieht hier (rückbetrachtend) einen unmittelbaren Zusammenhang. Man könne nicht leugnen, daß der Reformismus gerade aus dieser Schicht der Parteibeamten die größte Schar an Anhängern gewonnen habe (Bieligk 1931, S.38). Der Organisationsbeamte betrachte den Klassenkampf wesentlich nur noch von seinem, dem Produktionsprozeß entrückten Standort. In den Vordergrund rücke sowohl der Gedanke der Erhaltung der Organisation als auch die Erhaltung bestimmter Organisationsformen: »So wird die Bürokratie in der Arbeiterbewegung organisatorisch zu einem konservativen und politisch zu einem opportunistischen und reformistischen Element.« (Wagner 1931, S.95).

Spaltung der USPD und 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale

Doch zunächst hat ein Teil der deutschen Sozialdemokratie an einem anderen historischen Wendepunkt, kurz nach der deutschen Revolution, eine ausgiebige Debatte um Fragen der Parteistruktur und -organisation durchzustehen. Entstanden war die USPD

aus den Differenzen um die Kriegspolitik der Sozialdemokratie. Den äußeren Anlaß ihrer Ausgrenzung bildete die unnachgiebige Haltung der Partei- und Fraktionsmehrheit in Sachen Fraktionsdisziplin am Reichstag. Mit den 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale liegen nun 1920 in modifizierter Form die alten Leninschen Organisationsvorstellungen der Jahre 1902 bis 1904 (Abendroth 1987, S.72) der USPD, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen möchte, zur Beschlußfassung vor. Die Parteilinke akzeptiert die Bedingungen als richtige Prinzipien einer kommunistischen Organisation. Alle anderen Fraktionen lehnen insbesondere folgende hier interessierende Punkte ab: völlige Unterstellung der Presse und der Verlage unter den Parteivorstand, Entfernung von Reformisten und Zentrumsleuten aus der Partei, Zellenarbeit in den Gewerkschaften, Ausstattung der Parteizentrale mit »der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen«, systematische Säuberungen der Partei (vgl. Weber 1966, S.56ff.).

Die Debatte darüber nimmt einen ähnlichen Verlauf wie 1903/04, auch die Argumente sind dieselben. So, wie der Londoner Parteitag letztlich die Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki besiegelte, war mit dem Hallenser USPD-Parteitag von 1920 der Spaltungsprozeß der deutschen Arbeiterbewegung in nur noch zwei Hauptströmungen so gut wie abgeschlossen.

Eher zu einem Nachhutgefecht gerät die Rückkehr der Gruppe um Paul Levi aus der KPD in die USPD bzw. SPD 1922. Zwar steht auch hier die Kritik an politisch-strategischen Dingen im Vordergrund (putschistische März-Aktion der KPD 1921), doch parallel zur Wiederannäherung an die Sozialdemokratie verändert sich zugleich Levis Verhältnis zur Organisationsfrage. Noch 1921 teilte er im wesentlichen Lenins Vorstellungen von einer organisatorisch und ideologisch geschlossenen Kaderpartei. Dies wandelt sich nun dahingehend, daß er zwar dessen Konzeption für die besonderen russischen Bedingungen weiter eine gewisse Berechtigung zuspricht, sich für West- und Mitteleuropa aber eindeutig dafür ausspricht, daß in den verschiedenen Massenorganisationen Raum für ideologische Gegensätze sein *müsse* (Levi 1922a, S.243). Auch bei Levi wird also die organisationspolitische Parteikonzeption zu einer wichtigen Scheidelinie gegenüber den Bolschewiki bzw. der KPD.

Panzerkreuzer, Disziplinbruch und Parteifrage

Erst gegen Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre werden Organisationsfragen in der Sozialdemokratie wieder virulent. Die Gründe sind offensichtlich: Die Weltwirtschaftskrise spitzt die Gegensätze zwischen rechter und linker Sozialdemokratie zu. Der Aufstieg der faschistischen Massenbewegung zwingt zu eindeutigen Antworten in der bündnispolitischen Orientierung. Während die Parteimehrheit auf eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften setzt, orientiert sich die Parteilinke auf konsequente Oppositionspolitik und eine Einheitsfront mit der KPD. Der Wahlkampf der SPD 1928 wird unter dem Motto »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« geführt. In der folgenden Koalitionsregierung lassen die SPD-Minister die Fortsetzung des Panzerkreuzerbaus zu. Nach dem Bruch der großen Koalition toleriert die Parteimehrheit

die Regierung Brüning. Erstmals brechen im März 1931 neun Abgeordnete die Fraktionsdisziplin im Reichstag und stimmen offen gegen die erste Rate des zweiten Panzerkreuzermodells (vgl. zur Gesamtentwicklung der Linken Rengstorf 1978, Klenke 1983, Wolowicz 1983).

Das Dilemma der Parteilinken lag auf der Hand. Man verfügte auf den Parteitag 1924 bis 1929 jeweils über etwa ein knappes Drittel der Stimmen, hatte aber ansonsten wenig Möglichkeiten, die eigenen Auffassungen in der Partei reichsweit zu verbreiten. Die eigene Basis lag hauptsächlich in Sachsen und Mitteldeutschland, von den über 150 sozialdemokratischen Tageszeitungen beeinflusste die Linke bestenfalls sechs (Rengstorf 1978, S.114). In dem Parteiorgan *Gesellschaft* kam sie kaum zu Wort, war so gut wie nicht im Parteivorstand vertreten, Referententätigkeit in anderen Bezirken wurde behindert. Die Probleme wurden noch dadurch verschärft, daß das Einhalten der Fraktionsdisziplin zuvor in der sozialdemokratischen Presse als volle Einmütigkeit und Geschlossenheit beim Tolerierungskurs gewertet wurde. So wurde der erstmalige Disziplinbruch als Warnung an die Fraktion, als Mahnung an die wankenden Anhänger und als Signal zum Kampf gegen den Faschismus gerechtfertigt (ebd., S.95f.).

Es wurde schon gezeigt, daß die Linke einen engen Zusammenhang zwischen der unvermeidlichen inneren Bürokratisierung beim Aufstieg zur Massenpartei und der Verfestigung reformistischer Ideologie sah. Letztere finde ihre Ansatzpunkte in den Anforderungen des Kampfes um die Tagesinteressen der Arbeiter und werde vertieft und gefestigt durch die Herausbildung der Organisationsbürokratie (Wagner 1931, S.98). Veränderungen wurden einmal dadurch erwartet, daß die kapitalistische Umschichtung in der Krise die Existenzbasis des Reformismus vernichte. Gleichzeitig müsse aber auch die Arbeiterbewegung ihre Organisationsarbeit überprüfen (ebd., S.111f.). Erforderlich sei die Herstellung wirklicher Parteidemokratie als funktioneller Demokratie (in Anlehnung an den Begriff Otto Bauers), d.h. die Verlegung der Aktivität der Gesamtbewegung vom organisatorischen Apparat in die proletarische Masse, nicht aufgefaßt als zielloser Spontaneismus, sondern mit der Aufgabe der organisatorischen und politischen Führung der Partei, diese Willensbildung zu leiten (Laumann 1931, S.146f.).

Die Linke präsentierte einen Vorschlag zur Abänderung des Organisationsstatus, der ihrem Anliegen Rechnung tragen sollte. Gefordert werden: Bindung der Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe, der Angestellten und Beamten durch besondere Vertrauensleute an die Partei; Reduzierung des Stimmrechts auf Parteitag auf die gewählte Delegierten (nur noch beratende Stimmen für Parteivorstand und Fraktion); Begrenzung der Mitglieder des Parteivorstandes, die einem Parlament angehören können, auf ein Drittel; Bindung der Parlamentskandidaten an die Abberufungsmöglichkeit durch die entsendende Parteiorganisation; Möglichkeit der Abweichung von der Fraktionsdisziplin in wichtigen Fragen von prinzipieller Bedeutung bei Einverständnis des mandatsgebenden Unterbezirks; Unzulässigkeit von Doppelmandaten und Funktionsüberlastung; Festsetzung von Höchstgehältern der Mandatsträger der Partei durch den Parteitag (bei Abführung des überschüssigen Teils an Wohlfahrts- oder Bildungseinrichtungen der Arbeiterbewegung); Offenhalten der Parteipresse für innerparteiliche Kritik; zeitlich-

befristete Wahl der Parteisekretäre (vgl. Eckstein 1931, S.166ff.). — Die Begrenzung der Zahl der Parlamentarier im Parteivorstand sollte dazu dienen, eine wirkliche Kontrolle der Fraktionspolitik durch die Parteiorganisation zu ermöglichen. Die Grenzen für abweichendes Stimmverhalten im Parlament sollten durch Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse gezogen bleiben (ebd., S.163). Das Übergewicht des Apparats und das Primat der parlamentarischen »Notwendigkeiten« über den politischen Willen der Partei wäre so ein Stück zurückgedrängt worden.

Die Realität ließ die Vorstellungen der Parteilinken schnell zur Illusion werden. Der Parteiführung gelang es, den Disziplinbruch in den Mittelpunkt zu rücken und damit die Linke zu spalten und zu marginalisieren. Versuche, nach dem Parteitag mit einem »Mahnruf an die Partei« für Zustimmung zu werben und durch die Gründung einer »Freien Verlagsgesellschaft« die eigene Publizität zu verbessern, waren schon in der Linken selbst umstritten und wurden schließlich von der Parteiführung zum Anlaß für die Parteiausschlüsse von Seydewitz und Rosenfeld genommen. Ein Teil der Linken gründete die SAPD, ein kleinerer verblieb — bedeutungslos — in der SPD.

Mehrere Broschüren machen deutlich, daß es gerade auch Differenzen in der Beantwortung organisationspolitischer Fragen waren, die — trotz gleicher politischer Grundauffassung in den Streitfragen der Zeit — zur Entscheidung für oder gegen den Verbleib in der SPD führten. Für Anna Siemsen, die die SAPD mitgründete, war Handeln gegen die Mehrheit dann geboten, wenn man zu der Überzeugung komme, daß die von ihr vertretene Politik die Arbeiterschaft in eine Katastrophe führe, daß der Sozialismus selber dadurch gefährdet werde (Siemsen 1931, S.5ff.). Das Vorgehen der Parteimehrheit bedeute insofern eine funktionelle Entartung der Organisation, als sie Gewissenbedenken und Überzeugung unter Disziplin stelle. Statt dessen sei es nötig, Parteiströmungen als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, als Wirkung gesellschaftlicher Tatsachen zu sehen, also nicht als Krankheitszeichen, sondern als Bedingung der Weiterentwicklung, Voraussetzung des Lebens der Partei (ebd., S.31). Da diese Voraussetzungen für sie in der SPD nicht mehr gegeben waren, war ihr Ausscheiden nur konsequent.

Die Kritik an der Parteimehrheit teilte auch der Teil der Linken, der in der SPD verblieb. Zur innerparteilichen Demokratie gehöre nicht nur Aussprache, sondern auch Verständigung mit der Minderheit. Die Minderheit müsse aber — und darin besteht die Kritik an Siemsen — die Folgen einer Spaltung bedenken, dürfe insbesondere das Recht des Parteitages, die innere Verfassung und die Grundlinien der Politik der Partei festzulegen, nicht antasten. Der einzige Ausweg in Gewissensnot sei die Rückgabe des Mandats an die Partei (ebd., S.20ff.). Ihre Kritik an den SAPD-Gründern ging dahin, nicht genügend um die Organisationsreform gekämpft sowie den Disziplinbruch vor der Entscheidung des Parteitages begangen zu haben (Gruland/Laumann 1931, S.18f.). Es bleibe die Aufgabe, als marxistische Opposition auf Boden einer einheitlichen Organisation in Richtung ihrer Demokratisierung, Aktivierung und Revolutionierung zu wirken (ebd., S.32).

Wiederbeginn nach 1945

Die SPD in der Bundesrepublik hatte insofern von Anfang an ein anderes Gesicht als die Weimarer Partei, als sich in ihr ein Großteil der Kader der Zwischengruppen und -parteien (SAPD, Neu Beginnen, ISK, KPDO usw.) wiederfand, die in der Zeit ab Ende der zwanziger Jahre ein organisatorisch selbständiges Dasein geführt hatten. Die Partei entstand in der Legalität der neuen Republik als demokratisch strukturierte, aber dennoch zunächst »weltanschaulich geschlossene, zentralistisch geführte Arbeiterfunktionärspartei« (von Oertzen 1984, S.13). Ihr Funktionärskörper rekrutierte sich mehrheitlich aus der Arbeiterklasse. Der Parteiaufbau war dem der Weimarer SPD durchaus ähnlich. Peter von Oertzen sieht als Schattenseiten dieser Situation: Abkapselung gegen andere soziale Schichten oder Gruppen, autoritären Führungsstil, skeptische Zurückhaltung gegenüber Neuerungen, strikte Unterordnung der Kommunal- und Parlamentsfraktionen unter die Autorität der Parteivorstände und eine für heute unvorstellbare Machtstellung der besoldeten Sekretäre und gewählten Vorsitzenden der Parteiorganisation (ebd., S.18).

Die eigentliche Änderung der Organisationsstruktur der Partei erfolgte erst mit dem Stuttgarter Parteitag 1958, der letztlich der inhaltlichen Neubestimmung der Parteiprogrammatik in Godesberg den Weg ebnete. Die entscheidende Wende bestand in folgendem: Das bisherige besoldete Parteisekretariat als eigentliche Führungsspitze wurde (mit knapper Abstimmungsmehrheit) abgeschafft. Die operative Parteiführung wurde einem (unbesoldeten) Parteipräsidium übertragen, in dem nach der Wahl die Vertreter der Bundestagsfraktion dominierten (vgl. näher von Oertzen 1984, S.20ff.; Schöler 1985, S.88f.). Letztlich verband sich mit diesen Änderungen ein Austausch zweier »Eliten«: Die Männer des Apparats um Ollenhauer wurden durch die »Neuerer« aus der Bundestagsfraktion um Brandt, Schmidt u.a. ersetzt (Köser 1971, S.106ff.). In der Hoffnung auf eine stärkere Demokratisierung der Partei durch Entmachtung des besoldeten Sekretariats wurden sie dabei von der Parteilinken unterstützt. Deren Erwartung trog allerdings. Folge war nämlich nicht eine stärkere innerparteiliche Demokratie (man denke nur an die SDS-Ausschlüsse 1961), sondern der Übergang der Führung der Partei in die Hände der Mandatsträger, die »Parlamentarisierung« der Partei. Die innerparteiliche Rangordnung zwischen Parteivorständen und Fraktionen begann sich umzukehren. Die SPD wird so allmählich zu einer Partei, in der nur noch der auf Dauer Politik machen kann, dem ein Parlamentsmandat die Existenz sichert. Das Streben nach einem solchen Mandat sowie das Trachten nach Mandatserhaltung (mit allen daraus folgenden Notwendigkeiten) werden so zu einem wesentlichen Moment sozialdemokratischer Politik.

Innerparteiliche Repression in den siebziger Jahren: der Weg zur Grünen Partei

Die »Parlamentarisierung« der SPD ermöglichte auch die relativ reibungslose innerparteiliche Durchsetzung der Großen Koalition. Der Wechsel hin zu sozialliberalen Koalition, zu Willy Brandts »mehr Demokratie wagen«, machte es jedoch für viele von der Studentenbewegung Beeinflusste Anfang der siebziger Jahre möglich, den »Marsch

durch die Institution« SPD zu erproben. Schon 1972 wurde den Erwartungen auf eine innenpolitische Fortführung der Entspannungs- und Ostpolitik mit den Berufsverboten ein Riegel vorgeschoben. Der Wechsel von Brandt zu Schmidt, augenfälliger Ausdruck des Übergangs zur Politik des Verwaltens der ausbrechenden ökonomischen Krise, leitet auch zu einer repressiveren Form des Umgangs mit innerparteilicher Kritik über.

Mit den »Einvernehmensrichtlinien« wird der kritischen Parteijugend der Maulkorb angelegt. Die heute in ihrer Selbstverständlichkeit fast lächerlich anmutende Aussage, daß die Parteimitgliedschaft in der SPD kein Dogma sein kann, wird zum Anlaß, um unbequeme Spitzenfunktionäre der Jusos loszuwerden. Innerlich zerstritten, von der Partei repressiv eingeengt, mit dem Makel der »Schmidt-Jugend« behaftet und damit gegenüber der kritischen Jugend voller Glaubwürdigkeitsprobleme, läßt die Bedeutung der Jusos kontinuierlich nach. In der Bundestagsfraktion und der Partei verkommt die Diskussionsfreiheit zu einer Farce. Die Partei und ihre Publikationen werden in dieser Phase zu bloßen Exekutoren einer Regierungspolitik degradiert, die innerparteilich nur mit Murren hingenommen wird. Jede Kritik in der Fraktion wird zum potentiellen Kanzlersturz hochstilisiert. Abweichler wie Hansen, Coppik und Meinicke werden zu notorischen Nörglern abgestempelt, abgedrängt oder ausgeschlossen.

Die Parallelentwicklungen sind bekannt: Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegung (Frauen, Ökologie, Frieden) zunächst ohne bzw. gegen die SPD; Entstehung der Grünen Partei. Diese Prozesse sind nicht denkbar ohne die innerparteiliche Friedhofsruhe in der SPD. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn gerade die Grüne Partei seit ihrer Existenz eine ständige Debatte um Bedingungen innerparteilicher Demokratie bzw. die Verhinderung einer verselbständigten Machtelite in der Partei führt. Rotation, Begrenzung der Mandatsgehälter, Trennung von Parteifunktion und Mandat sind die bekannten Stichworte eines neuen Verständnisses politischer Kultur, die — wie wir gesehen haben — durchaus auf Anstöße in der alten Sozialdemokratie zurückgehen.

Organisationsfragen und programmatische Veränderung

Am Ende dieses Streifzugs durch die sozialdemokratische Geschichte dürfte eines deutlich geworden sein: Jede politische Umbruchsituation, in der sich die Sozialdemokratie befunden hat, fand auch ihren Niederschlag in organisationspolitischen Veränderungen, Krisen, Neuorientierungen. Wir hatten bereits vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß dies auch in der jetzigen Umbruchsituation, der Neuorientierung der Partei in ihrer Programmdebatte von der Linken aufgegriffen werden muß (Schöler 1984, S.88f.). Von zwei Ausnahmen abgesehen (Günther 1986; Conradi 1987), ist dies bisher noch nicht geschehen. Dabei ist es augenfällig, daß die Partei (trotz einiger wichtiger Ansätze zur inhaltlichen Neuorientierung in den Nürnberg Parteitagsbeschlüssen) in vielerlei Hinsicht nicht so recht vom Fleck kommt.

Die vielbeschworene Kampagnenfähigkeit ist noch nicht wieder hergestellt. Trotz »neuer sozialer Bewegungen« dominieren weiterhin ritualisierte Tagesordnungen, Kungeleien, Selbstbeschäftigung, patriarchalische Strukturen und Multifunktionärs(un)wesen

das Innenleben der Partei (Günther 1986, S.324). Der Wechsel von Brandt/Glotz auf Vogel/Fuchs veranschaulicht, wie weit die SPD mit ihrer personellen Erneuerung vorangekommen ist. Die Kontinuität zur Schmidt-Ära ist ungebrochen, wir erleben gerade — im Angesicht einer die CDU rechts überholenden FDP — die Renaissance der sozialliberalen Idee. Die innerparteiliche Führung durch die Bundestagsfraktion (Conradi 1987, S.16) ist unangetastet, und das bei einer Struktur, in der die Politik der Mandatssicherung in den Abgeordnetenbüros allemal den Vorrang vor innovatorischem, geschweige denn strategischem Denken genießt.

Es hilft nichts: Will die Partei ihre Handlungsfähigkeit wiedergewinnen, soll in ihr eine neue, lebendige politische Kultur des produktiven Streits und der Weiterentwicklung entstehen, muß sie von ihrer »Parlamentarisierung« Abschied nehmen. Schauen wir uns das politische Leitungsgremium, den Parteivorstand an: 40 Mitglieder, die einmal im Monat für ein paar Stunden tagen, mehr ergebnislos diskutieren als (kontrovers) entscheiden. 31 davon sind Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordnete, zehn Fraktions- und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, fünf Landes- oder Bezirksvorsitzende, zwei Vorsitzende von SPD-Arbeitsgemeinschaften, drei Länderregierungschefs, fünf Landesminister, einer Oberbürgermeister. Wie sollen in diesem »Haufen« überlasteter Multifunktionäre die innovatorischen Impulse entstehen, deren die Partei dringend bedarf?

Vorschläge

Im Bewußtsein, daß einige der hier gemachten Vorschläge noch unausgereift sind und intensiverer Diskussion bedürfen, soll dennoch abschließend ein Katalog von Vorschlägen für eine Organisationsreform vorgelegt werden, der bewußt insbesondere an das anknüpft, was die Parteilinke schon 1931 an Vorstellungen entwickelt hatte.

1. *Entparlamentarisierung« und Demokratisierung*

- Wiedereinführung eines besoldeten Sekretariats im Parteivorstand (mit Einzelwahl auf dem Parteitag)
- Begrenzung der PV-Mitglieder mit Parlamentsmandat auf maximal die Hälfte
- verbindliche Regelung zur Begrenzung von »Ämterhäufung«
- Einführung der Rotation für Parlamentsmandate nach zwei Legislaturperioden (bei Schaffung einer Widereinstellungsgarantie auch in Privatbetrieben)
- Festsetzung einer Verdiensthöchstgrenze für Vertreter in öffentlichen Ämtern durch den Parteitag (Abführung des Überschusses an einen Sozial- oder Bildungsfond)
- Verpflichtung der Fraktion zur Einholung der Zustimmung des zuständigen Organisationsparteitags (oder -vorstands) vor grundsätzlichen Entscheidungen
- Einführung der Möglichkeit der Abberufung von Mandataren durch die entsendende Parteigliederung
- Einführung der Möglichkeit der Abweichung von der Fraktionsdisziplin bei wichtigen Fragen von prinzipieller Bedeutung bei Einverständnis der mandatgebenden Parteigliederung
- Verwandlung des *Sozialdemokrat-Magazins* in ein innerparteiliches Diskussionsorgan zur Austragung kontroverser Streitfragen

2. *Politisierung der Parteidiskussion und breite Qualifizierung der Mitgliedschaft*

3. »Befreiung« der Ortsvereinsarbeit von Fremdbestimmung durch Parteihierarchie und Verwaltungszwänge
4. Reorganisation des sozialdemokratischen »Vorfeldes« durch die Schaffung parteiunabhängiger sozialdemokratischer Zielgruppen-Organisationen, d.h.
 - Unabhängigkeit nach außen
 - fester innerparteilicher Status als Teil des Willensbildungsprozesses (Delegiertenanteil, Antragstellungsrecht, Einbeziehung in Vorstände)

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang, 1987: Russische Revolution und europäische Arbeiterbewegung, in: Schöler, Uli, Otto Bauer und Sowjetrußland, Berlin (West) S.69ff.
- Bauer, Otto, 1939: Die illegale Partei, Paris
- Bebel, August, 1964: Aus meinem Leben, Berlin (DDR)
- Bieligk, Fritz, Ernst Eckstein, Otto Jenssen, Kurt Laumann und Helmut Wagner, 1931: Die Organisation im Klassenkampf. Die Probleme der politischen Organisation der Arbeiterklasse, Berlin-(West)
- Conradi, Peter, 1987: Wie wird die SPD geführt? In: *Vorwärts* 22 v. 30.5., S.16f.
- Düwell, Bernhard, 1931: Einheit der Aktion und Parteidisziplin, Berlin
- Glötz, Peter, 1988: Zum Inhalt, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (NG/FH), H.1, S.2
- Gurland, Arkadij, und Kurt Laumann, 1931: Spaltung oder Aktivität, Berlin
- Günther, Joachim, 1986: Amerikanisierung oder Parteiidentität? Zur Organisationskultur der SPD, in: *spw* 32, S.324ff.
- Hansen, Karl Heinz, 1978: Was dürfen Abgeordnete dürfen?, o.O. (Bonn), hekt. Ms.
- Herner Beschlüsse, 1952: Arbeitsaufgaben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn (beschlossen im November 1949)
- Hilferding, Rudolf, 1920: Revolutionäre Politik oder Machtillusionen? In: Stephan, Cora (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, Berlin (West), Bonn 1982, S.133ff.
- Klenke, Dietmar, 1983: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik, 2 Bde., Münster
- Köser, Helmut, 1971: Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59, Freiburg, Phil. Diss.
- Lenin, W.I., 1902: Was tun? In: ders., Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin/DDR 1976, S.139ff.
- ders., 1904: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin/DDR 1976, S.315ff.
- Levi, Paul, 1922a: Die Lage nach Rathenaus Tod, in: ders., Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt/M. 1969, S.241ff.
- ders., 1922b: Einleitung zu Rosa Luxemburg »Die russische Revolution«, in: Paul Levi 1922a, S.96ff.
- Luxemburg, Rosa, 1904: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: dies., Die russische Revolution, Frankfurt/M. 1967, S.22ff.
- Martow, Julius, 1926: Geschichte der russischen Sozialdemokratie, Berlin
- Michels, Robert, 1906: Die deutsche Sozialdemokratie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 23, Tübingen, S.471ff.
- Miles (d.i. Walter Loewenheim), 1933: Neu beginnen! Faschismus oder Sozialismus, o.O. (Karlsbad)
- Oertzen, Peter von, 1984: Ein Vierteljahrhundert nach Godesberg, Bonn, hekt. Ms.
- Schöler, Ulrich, 1985: »Grundannahme von Godesberg ... eine Illusion« (Willy Brandt). Veranstaltung des SPD-Parteivorstandes zum 25. Jahrestag des Godesberger Programms in Bonn, 12.11.1984, in: *spw* 26, S.86ff.
- Schonauer, Karlheinz, 1988: Zerronnene Träume. Die Jusos seit 1945, in: *Sozialistische Praxis*, Sonderheft, S.32f.
- Siemens, Anna, 1931: Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung, Berlin (nachgedruckt in: NG/FH, 1988/1, S.7ff.)
- Weber, Hermann, 1966: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover
- Wheeler, Robert F., 1975: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/M., Berlin (West), Wien
- Wolowicz, Ernst, 1983: Linksopposition in der SPD der Weimarer Zeit, 2 Bde., Bonn

Joachim Günther

Muß die Partei ins »Tempodrom«?

Wolfgang Michals SPD-Kritik

Fängt die SPD nach jahrelanger »Erneuerung vom Präsidiumstisch« wieder an zu diskutieren? Zumindest mehren sich die Zeichen: Oskar Lafontaines Breitseite gegen Selbstverständlichkeiten von Gewerkschafts- und SPD-Politik und das kommunalpolitische Strategiepapier des Unterbezirks Frankfurt sind zwei Beispiele, Wolfgang Michals Buch zur Situation der SPD* ein drittes. Alle drei beschäftigen sich mit der »Modernisierung« der Partei und unterscheiden sich von den partei»offiziellen« Produkten der letzten Jahre: Ging es in den *Nürnberger Beschlüssen* und im *Irseer Entwurf* um die Zuladung neuer Inhalte und die Überarbeitung des »Inventars« der 125jährigen Partei, geht es in diesen Beiträgen um die Revision von Grundsätzen. Um die Neubewertung des »Arbeitsbegriffs«, um eine kapitalorientierte Konzeption der »Dienstleistungsgesellschaft« und — bei Michal schließlich — um die politisch-kulturelle Identität der SPD schlechthin.

Michals zentraler Begriff heißt »Individualisierung«. Dieser Begriff »meint die Freisetzung des Individuums aus traditionellen sozialen Bindungen, wobei Freisetzung eben im doppelten Wortsinn gebraucht wird: als Befreiung der Persönlichkeit von sozialen Fesseln und als Vereinzelung und Vereinsamung des modernen Großstadtnomaden« (S.143). Die doppelte Tendenz beinhaltet auch zwei Entwicklungstendenzen: die des permanenten Konsums einerseits und eines neuen Ansatzes zur Selbstbehauptung, eines »politische(n) Potential(s) des Wertewandels, das seit zehn Jahren brachliegt, weil keine Partei es versteht, offen, also nicht abwehrend, darauf zu reagieren« (S.147).

Der Prozeß der Individualisierung der Gesellschaft hat nach Michal seine Triebfeder in der »Durchsetzung der amerikanischen Hegemonie in der Bundesrepublik« (S.151). Die Ursache für die Schwäche der Sozialdemokratie in den achtziger Jahren liegt darin, daß die SPD dem Wertewandel in der Gesellschaft nicht Rechnung getragen hat, obgleich die Generationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik aufgewachsen sind, nie etwas anderes kennenlernen konnten als die »amerikanische« Variante der Selbstverwirklichungskultur.

Schaut man sich um, scheint der Trend unaufhaltsam: Selbst die überzeugten 68er haben den organisierten Marsch durch die Institutionen umdefiniert und schwingen sich in modischen Tarnanzügen von Stockwerk zu Stockwerk. Wenn nicht Karriere angesagt ist, ist es die Familie, und falls die Kinder schon größer sind, bekommen die Eltern »mit dem richtigen Bewußtsein« täglich live serviert, wie sehr sie in ihren politischen Schützengräben die Zeichen der Zeit verschlafen haben. Und in der Partei purzelt auch Denkmal für Denkmal, Ritual für Ritual. Zwar sind Wolfgang Michals

* Wolfgang Michal: »Die SPD — staatstreu und jugendfrei«; Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1988

Beobachtungen aus dem Parteialltag nicht nur brillant geschrieben, sondern geben auch sehr präzise das wieder, was heute normal ist. Doch die Zukunft scheint auch in der Partei den Machern zu gehören. Das geht vor allem der etablierten Parteilinken an die Nieren, die vor lauter Neuerertum nicht mehr den »roten« Faden findet. Sicher ist auch, daß die Parteiflügel kaum mehr einen Unterhaltungswert erreichen werden, wenn Sie die jetzt begonnene Debatte nicht ernst nehmen. Doch was sind die Konsequenzen, die Michal aus diesen Beobachtungen zieht? Er plädiert für die Öffnung der Partei und findet bei den Jungsozialisten erste hoffnungsvolle Ansätze. In der »jugendpolitischen Orientierung« würden erstmals die Resultate des Individualisierungsprozesses in der Gesellschaft auch politisch zur Kenntnis genommen. Zwei Wege bieten sich der Partei heute für Michal an: »Die Öffnung hin zur Gesellschaft — in der Hoffnung, die erstarrte Staatspartei SPD in *die* gesellschaftliche Kraft der Linken zurückverwandeln zu können — oder die Öffnung hin zur Regierung, um in einer großen Koalition mit einer nach links gewendeten CDU das Projekt der Moderne, die High-Tech-Modernisierung Westeuropas voranzutreiben.« (S.213)

Die Schwierigkeit, Michals Ansatz als eine Strategie für die Partei zu begreifen, liegt in dem schillernden Begriff der Individualisierung. Ist der sich selbstbehauptende Einzelkämpfer wirklich der »Held« der Gegenwart?

Der Begriff hat seine Tücken: »Individualisierung« klingt nach Entwicklung eigenständiger Charaktere, sich selbstbestimmender Menschen: Sartre und Camus postmodern gewendet. Wie wäre es statt dessen mit dem Begriff »Vereinzelung«; würde dies nicht dem wirklichen Prozeß näher kommen?

Der Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist mit dem Begriff der »Individualisierung« in jedem Falle kaum beizukommen. Die Auflösung von gesellschaftlichen Kollektiven — in der Familie, in den sozialen Gruppen — geht einher mit der globalen Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse.

Vereinzelung der Individuen auf der einen Seite und Durchsetzung dessen, was Michal mit amerikanischer Hegemonie bezeichnet, auf der anderen — sind die zwei Seiten eines Prozesses. Dieser Prozeß hat eine Schnelligkeit erreicht, die für viele Jüngere den heutigen Zustand bereits als »geschichtslos« erscheinen lassen. Daß aber die Tendenz zur Vereinzelung sich widerspruchlos über einen längeren Zeitraum durchsetzen könnte, muß bezweifelt werden. Daher muß es einer linken Politik heute darum gehen, der latenten Sehnsucht der Menschen, sich der Isolierung und Vereinzelung zu entziehen, durch einen überzeugenden Begriff von kollektivem Handeln entgegenzukommen.

Der entscheidende Dissens mit Michal — und mit vielen, die in den letzten zehn Jahren »Jugendstudien« u. a. verfaßt haben, liegt in den gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen, welche sich aus der Analyse ergeben. Wenn »Individualisierung« die neue Vokabel für den gesellschaftspolitischen Trend der Entwicklung des Kapitalismus ist, dann ist das »Management« dieses Trends die notwendige Konsequenz. Und so werden jene kaum politische Widerstände haben, die unter dem Stichwort »Professionalisierung« den antiideologischen Durchmarsch planen. Politische und gesellschaftliche Bewegungen sind dann folkloristische Einlagen, die die Politik braucht, um die Aufmerk-

samkeit des Publikums von den Vorgängen »hinter der Bühne« abzulenken. Daß die SPD in einer solchen Auseinandersetzung sich zu etwas interessanterem als einer mitteleuropäischen Ausgabe der amerikanischen »Demokraten« entwickeln könnte, scheint kaum vorstellbar.

Eine Schwäche in Michals Ansatz ist seine Unentschlossenheit, die Kritik durch eine Alternative zu untermauern. Auf der einen Seite kokettiert er mit jenen, die glauben, die Erneuerung der Partei liege bei den Herrenausstattern der jeweiligen Kandidaten (so etwa, wenn er den Pforzheimer Bürgermeister Becker portraitiert), auf der anderen Seite fordert er »eine große gesellschaftliche Öffnung ..., die Programmatik, Organisation und Personal gleichermaßen erfaßt« (S.173). Auf der einen Seite fordert er die »Umwandlung der Ortsvereine in Bürgerinitiativen« (S.192) — und damit die relative Autonomie von Basisstrukturen der Partei; auf der anderen Seite scheint ihm das zentrale Management der CDU-Parteizentrale durchaus beispielhaft auch für die SPD.

Michals Kritik zielt auf Äußerlichkeiten, auf das Erscheinungsbild der Partei. Damit hat er einen empfindlichen Nerv der friedlich vor sich hin dilettierenden Sozialdemokratie getroffen. Doch da, wo er inhaltliche Identitäten zu entwerfen versucht, wird sein Vorschlag zum Anbiederungsversuch an die herrschende Mode. Die SPD ist nicht nur eine Partei mit einer langen Geschichte, ihre Zukunftsentwürfe müssen auch einen langen Atem, eine Strategie umfassen. Und gerade in dieser Beziehung sind Zweifel angebracht. Ist es nicht für eine Partei, die über den Tag hinaus denkt, angebracht, der Oberflächlichkeit und Unverbindlichkeit der Individualisierung einen neuen Begriff von Kollektivität entgegenzusetzen? Wer sagt denn, daß das »Tempodrom« überhaupt in Übereinstimmung mit emanzipatorischem Kampf zu bringen ist? Politik ist nie durchsetzungsfähig geworden, wenn sie sich den »Moden« untergeordnet hat, sondern nur, wenn der Zeitgeist gegen den Strich gebürstet wurde.

Die SPD tut gut daran, die Kritik Michals überall dort ernstzunehmen, wo vorsintflutliche Organisation, ritualisiertes Politikverständnis und eingerostete Hierarchien mit Geschichts- und Traditionsbewußtsein verwechselt werden. Der Partei ist auch dringend zu raten, Professionalität zu fördern, wo sie sich sonst nur der Lächerlichkeit preisgeben würde. Das Profil der Partei ist aber keine Zusammenfassung aller »moderner Lebensstile«, sondern die Zuspitzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hin auf eine Weiterentwicklung emanzipatorischer Politik. Und da ist das Lernen aus der Geschichte mindestens so wichtig wie das Begreifen der Gegenwart.

Archiv

Rosa Luxemburg

Nach 50 Jahren*

»Es handelte sich darum, während die deutschen Möpfe à la Schulze-Delitzsch jeden sozialen Gedanken längst ausgestorben und begraben glaubten — den Sozialismus plötzlich wie durch einen Zauberschlag als *politische Partei* auftreten zu sehen«¹

Lassalle an Moses Heß

»Ohne die Verdienste von Marx und der 'Neuen Rheinischen Zeitung' schmälern zu wollen, meine ich doch sagen zu können, daß zum ersten Male eine soziale Partei in Deutschland besteht, die eine politische Bedeutung hat und eine Macht repräsentiert.«²

Lassalle

Für die herrschenden Klassen, die das Größte an Leistung, Kampf und Ideal hinter sich haben, sind historische Jubiläen nur ein Mittel, in Selbstzufriedenheit das Vergangene zu preisen und das Bestehende mit einem von der Vergangenheit erborgten Nimbus zu verklären. Für eine revolutionäre Klasse, wie das moderne Proletariat, die das Größte noch vor sich hat, sind geschichtliche Erinnerungstage nicht eine Gelegenheit, mit einem Blick auf die eigene Vergangenheit triumphierend zu konstatieren, »wie herrlich weit wir's schon gebracht« haben, sondern vor allem ein Anlaß zur Selbstkritik, zur Prüfung des Geleisteten und Verständigung über das zu Leistende.

Als am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, da wurde damit die *Klassenpartei des deutschen Proletariats* in der Tat »plötzlich, wie durch einen Zauberschlag«, aus der Taufe gehoben. Es war ein kühner Entschluß, eine rasche Tat Lassalles, die jenen welthistorischen Moment gezeugt haben, und die Arbeiterklasse Deutschlands ist ihm ewigen Dank schuldig, daß er zu jener unsterblichen Tat ganz allein, ja, gegen Marxens Abmahnung, die eiserne Energie fand.

Die Entstehung und das Wachstum der Sozialdemokratie als der aufgeklärten, zielbewußten Vorhut des kämpfenden Proletariats ist freilich nicht ein Zufallsprodukt, nicht eine willkürliche Schöpfung genialer Individuen. Sie ist in den kapitalistischen Verhältnissen selbst begründet. Als Lassalle seine feurige Agitation begann, da kamen ihm auch schon die besten Elemente der Arbeiterschaft entgegen. Es war die Leipziger Elite des deutschen Proletariats, die sich von selbst bereits aus der geistigen Vormund-

* Quelle: Leipziger Volkszeitung, Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes, 20. Jg., Nr. 116, Freitag, 23. Mai 1913.

schaft der liberalen Bourgeoisie zu befreien suchte und nach dem richtigen Wege tastete. Ihr Ruf an Lassalle bleibt ein unvergänglicher Ruhmestitel der Leipziger Arbeiterschaft.

Wie wenig aber die kapitalistischen Verhältnisse allein zur Entstehung einer lebensfähigen sozialistischen Arbeiterpartei genügen, ist England der beste Beweis. Dort hat die kapitalistische Entwicklung zuerst und in klassischer Weise ihren Triumphzug gefeiert. In England lebte und wirkte Marx jahrzehntelang, und den englischen Verhältnissen war sein wissenschaftliches Hauptwerk viel mehr als den deutschen auf den Leib geschnitten. Trotzdem steckt die englische Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag ohnmächtig in dem Gegensatz zwischen sozialistischer Sekte, die keiner fruchtbareren aktiven Politik fähig, und reformerischer Arbeiterpolitik, die keines befruchtenden leitenden Gedankens fähig ist. In Deutschland hat Lassalle durch seinen Kaiserschnitt die Arbeiterschaft von der Bourgeoisie ein für allemal losgetrennt und ihr das gegeben, was ihr von nun an als Panzer in allen späteren Kämpfen dienen sollte: eine *selbständige politische Parteiorganisation* mit einem fruchtbareren, lebendigen, politischen Aktionsprogramm. Mochte man in dem leidenschaftlichen Kampf Lassalles gegen die Fortschrittspartei manche Übertreibung peinlich empfinden, mag man heute noch manche überflüssige Annäherung an die feudale Reaktion bedauern, zu der er sich im Kampfe mit der liberalen Bourgeoisie hat hinreißen lassen: trotz jener Fehler und durch jene Fehler mit hat Lassalle in zwei Jahren verstanden, zwischen der deutschen Arbeiterklasse und der Bourgeoisie einen solchen Abgrund zu graben, daß nichts in der Welt ihn mehr zu überbrücken, nichts mehr die Arbeiter ins politische und geistige Joch des Liberalismus zurückzuführen imstande war.

Erst eine so kräftig auf die eigenen Füße gestellte Klassenpartei des Proletariats konnte nach und nach zur lebendigen Verwirklichung der Marxschen theoretischen Erkenntnis, zu dem werden, was die deutsche Sozialdemokratie heute ist.

Seit fünfzig Jahren dreht sich die Politik und das ganze öffentliche Leben Deutschlands um die Sozialdemokratie. Sie ist das starke Triebrad des sozialen Fortschritts im Reiche, sie ist der Hort der freien wissenschaftlichen Forschung und der Kunst, sie ist der einzige Anwalt der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sie ist die Beschützerin und Weckerin der Volksjugend, sie ist das Bollwerk des Völkerfriedens, sie ist die Verkünderin der Auferstehung von Millionen aus dem tiefen Schacht des materiellen und geistigen Elends, worin sie die kapitalistische Ausbeutung verbannt hat.

All dies ist sie aber nur, weil und solange sie das bleibt, was sie als ihren historischen Geburtsschein mitgebracht hat: eine rücksichtslose Partei des revolutionären Klassenkampfes um die Verwirklichung der Endziele des Sozialismus. »*Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren*«³, schrieb Lassalle im »Offenen Antwortschreiben« an das Leipziger Zentralkomitee.

Groß und mächtig ist in den fünfzig Jahren, die seitdem verflossen, die Organisation der Sozialdemokratie gewachsen. Aus den paar Tausenden, die dem Banner Lassalles folgten, ist ein Heer von einer Million geworden. »*Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands* — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann«⁴, schrieb weiter Lassalle im

»Offenen Antwortschreiben«. Heute zählen die Vertreter des Arbeiterstandes in den deutschen Parlamenten nach Hunderten und ihre Wähler nach Millionen. Das Aktionsprogramm Lassalles ist in dem halben Jahrhundert schwerer Mühen und Opfer glänzend ausgeführt worden und hat sich in der heutigen Größe der Partei glänzend bewährt.

Aber das Aktionsprogramm Lassalles war das Produkt einer bestimmten politischen und historischen Situation. Darin lag seine Größe und seine zündende Kraft, darin ist auch seine Vergänglichkeit, seine geschichtliche Schranke gegeben. *Zur Zeit Lassalles*, vor fünfzig Jahren, in der Kindheitsphase des deutschen Parlamentarismus, in den Flegeljahren des deutschen Kapitalismus, waren die Schöpfung und der Ausbau der sozialdemokratischen Parteiorganisation an sich, war der Eintritt der Arbeiterklasse in die gesetzgebenden Vertretungen allein schon ein mächtiger Fortschritt, ein befruchtendes Aktionsprogramm, eine politische Offensive.

Heute, in der *imperialistischen Schlußphase* der internationalen Kapitalsherrschaft, heute, in der tiefsten Verfallsperiode des bürgerlichen Parlamentarismus, würde das Verharren bei dem Ausbau der Parteiorganisation und bei parlamentarischer Betätigung allein nicht ein Aktionsprogramm der Arbeiterklasse, sondern ein Programm der Passivität, der Indolenz, trotz äußeren, ziffernmäßigen Wachstums ein politisches Trippeln auf demselben Fleck sein. Die mächtigste Parteiorganisation kann heute nicht Selbstzweck sein, sie muß sich als Hilfsmittel zur revolutionären Mobilmachung der großen Volksmasse bewähren. Die glänzendsten parlamentarischen Wahlsiege können heute nur als Pfand und als Verpflichtung für die Arbeiterklasse gelten, aus der jahrhundertlangen Defensive herauszutreten und allmählich zu einer kraftvollen Offensive gegen die herrschende Reaktion überzugehen.

Heute gibt es keinen Lassalle, der mit einer Stimme, die wie Erz tönt, und mit kühnem Arm die deutsche Arbeiterklasse zum Sturm auf die Bollwerke der Klassenherrschaft mitreißen würde. Die Zeit der überragenden Individuen, der kühn vorseilenden Führer ist vorbei, denn heute ist die Masse selbst berufen, ihr eigener Führer, Bannerträger und Stürmer, *ihr eigener Lassalle* zu sein. »Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens. — Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.« Lassalle und Marx haben die Arbeiterklasse auf die hohen Bergspitzen der Wissenschaft geführt.

Und jetzt, wo schon der beginnende Untergang der kapitalistischen Sonne auf einem blutroten Flammenmeer den Himmel färbt, wo schon im Tale selbst das erste Nahen eines neuen Tages immer vernehmbarer wird, da ist es für die Masse der aufgeklärten Arbeiterschaft an der Zeit, sich dessen bewußt zu werden, daß sie in den fünf Jahrzehnten mündig, stark und reif geworden ist. Kraft und Mündigkeit verpflichtet aber zu einer Politik, die an Kühnheit, Weitblick und Größe jener würdig wäre, aus der vor einem halben Jahrhundert der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hervorgegangen ist.

Anmerkungen

- 1 Brief Ferdinand Lassalles vom 27. August 1863 an Moses Heß. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. von Carl Grünberg, Dritter Band, Leipzig 1913, S.131/132.
- 2 Ebenda, S.132.
- 3 Ferdinand Lassalle: Offenes Antwort-Schreiben an das Central-Komitée zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig. In: Ferd. Lassalle's Reden und Schriften. Neue Gesamt-Ausgabe. Mit einer biographischen Einleitung herausgegeben von Ed. Bernstein, Zweiter Band, Berlin 1893, S.413.
- 4 Ebenda.



Hans-Jürgen Lange
BONN AM DRAHT
 Politische Herrschaft in der technisierten Demokratie
 April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM
 ISBN 3-924800-92-8

Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.

Hans-Joachim Schabedoth/Ruth Weckenmann
STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

Neue Technologien zwischen
 Fortschrittserwartung und Gestaltungsauftrag
 1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM
 ISBN 3-924800-91-X

Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).



SP-Verlag
 Schüren
 Deutsch-
 hausstr. 31
 D-3550
 Marburg
 ☎ 0 64 21/
 6 30 84

Bestellungen
 Direkt beim
 Verlag oder
 in jeder
 guten
 Buchhandlung

Besprechungen

Schöler, Uli: **Otto Bauer und Sowjetrußland**. DVK-Verlag, Berlin/West 1987 (100 S., br., 9,80 DM)

Die Russische Revolution des Oktober 1917 manipulierte die Geschichte gegen ihren notwendigen Entwicklungsgang. Ein entwickelter Kapitalismus und ein starkes Proletariat, beides Voraussetzungen, um die sozialistische Umgestaltung in Angriff zu nehmen, existierten in Rußland nicht. Im Bereich des geschichtlich Möglichen lag dort nur eine demokratische Revolution gegen den Zarismus unter bürgerlich-liberaler Führung. Aufgabe der russischen Sozialisten hätte es sein müssen, diese bürgerliche Umwälzung zu unterstützen und die kapitalistische Auflösung der noch halbfeudalen Strukturen zu fördern. Statt dessen organisierten die Bolschewiki den Übergang der demokratischen Revolution vom Februar 1917 in eine »sozialistische«, die nur in einer Katastrophe enden konnte — ein perspektivloses Abenteuer, getragen von die Arbeiter irreführenden Hasardeuren. Der Bolschewismus als *Theorie* war doktrinär, weil er sich einseitig auf das Frühwerk von Marx und Engels stützte; in *der Politik* mußte er in *Voluntarismus und Willkür* umschlagen, weil er fast jegliche soziale Bedingtheit des politischen Handelns leugnete. Die bolschewistische Abart des Sozialismus richtete sich gegen die von ihm selbst beanspruchte *gesellschaftliche Entwicklungslehre* des Marxismus, die immer wieder und am deutlichsten im *Kapital* den organischen Zusammenhang des Politisch-Sozialen mit den ökonomischen Tatsachen betont hatte.

Diese Sätze umreißen den ganzen Kern jener Sichtweise der russischen Ereignisse, wie sie Eduard Bernstein — nach kurzer USPD-Zugehörigkeit 1919 Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie — im Sommer 1921 in Vorlesungen an der Berliner Universität darlegte (vgl. *Der Sozialismus* einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus, 2. Aufl., Berlin 1923; hier v.a. S.115-124). Bernstein wäre hier nicht von Interesse, gehörte er nicht zu jenen Intellektuellen, die dem politischen Denken der großen Mehrheit der II. Internationale über Sowjetrußland theoretischen Ausdruck verliehen.

Daß in diesem erdrückenden »mainstream« sozialdemokratischer Verdammung des Bolschewismus Zwischentöne, ja Gegenstimmen laut wurden, die nicht das Echo kommunistischer Apologien der sowjetischen Verhältnisse waren, zeigt die vorliegende Arbeit. Im Hauptteil untersucht Schöler den »Sonderfall« Otto Bauer; er rekonstruiert die Positionen dieses führenden österreichischen Sozialdemokraten zu Sowjetrußland aus den Jahren 1917 bis zu dessen Tod 1938, die sich im Laufe dieser Zeit immer grundlegender von der Haltung der meisten sozialdemokratischen Parteien unterschieden. Es handelt sich um die Ausarbeitung eines auf einer Arbeitstagung der Friedrich-Ebert-Stiftung 1984 gehaltenen Vortrags, der gekürzt im Tagungsband *Otto Bauer — Theorie und Politik* (Argument-Verlag, Berlin/West 1985) erschien. Der Anhang enthält ein Interview, das Schöler im Februar 1984 mit dem inzwischen verstorbenen Wolfgang Abendroth über das Verhältnis von russischer Revolution und Arbeiterbewegung »im Westen« (vor allem in Deutschland) führte. — Schöler zeigt, wie das Nachdenken Otto Bauers über den russischen Sozialismus innerhalb des Paradigmas der II. Internationale beginnt. Auch Bauer teilt anfangs ihren Ökonomismus; 1917/18 kann er sich auf Grund der enormen Rückständigkeit des Landes das Ergebnis der Revolution dort nur als Vollendung der bürgerlichen Demokratie vorstellen. Er begreift sie als *nationale Revolution*, deren Zielsetzung nicht antikapitalistisch sein könne,

deren schließlicher Triumph aber allein der russischen Arbeiterklasse zu verdanken sein werde.

Nur wenig später hält er das Scheitern des bolschewistischen Experiments *als eines sozialistischen* nicht mehr für zwangsläufig (vgl. S.21). Während die Rechtssozialisten abstrakte Prinzipien verkünden (»Sozialismus und Demokratie gehören unlösbar zusammen«), zeichnen sich unterschiedliche Wege zum Sozialismus ab. Dies marxistisch auszusprechen, bringt Bauer unweigerlich in Gegensatz auch zum universalistischen Anspruch der Kommunistischen Internationale (KI). 1920 faßt er die explosiven Widersprüche der Übergangsgesellschaft in Rußland als *despotischen Sozialismus*. Als sich der militärisch-politische Erfolg der Bolschewiki und der Roten Armee im Bürgerkrieg abzeichnet, äußert er die Ansicht: »Es ist eine sozialistische Gesellschaft, die da entsteht. Denn die Sowjetmacht hat die Arbeitsmittel den Kapitalisten entwunden, ... und sie selbst organisiert jetzt ... eine planmäßige, unmittelbar gesellschaftliche Verteilung des Arbeitsertrages.« (Zit. S.21)

Ein Jahr später tendiert Bauer zurück zu alten Auffassungen. Die Neue ökonomische Politik (NEP), die wieder Sektoren der kapitalistischen Warenproduktion und des privaten Handels schafft und legalisiert, scheint ihm Beweis für das Scheitern des sozialistischen Aufbaus und für den Rückzug der Bolschewiki. Ende 1925 kommen ihm erneut Zweifel, ob die Sowjetunion nicht doch »in ein paar Jahren« zeigen würde, daß die Produktion ohne Kapitalisten funktionieren kann (vgl. S.29). Als Kollektivierung und nachholende Industrialisierung, gewissermaßen die »ursprüngliche Akkumulation« des Sozialismus von oben, im Rahmen des ersten Fünf-Jahr-Plans auch für Bauer überraschende Erfolge verzeichnen (um den Preis extrem hoher menschlicher »Kosten«), revidiert er 1931 die frühere, auf einer falschen Verallgemeinerung der westeuropäischen Bedingungen ruhende Auffassung erneut und jetzt endgültig. *Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung* seien im Entstehen, deren Vollendung allerdings den Abbau von Diktatur und Terror und die Selbstbestimmung des Volkes verlangten (vgl. S.34).

Der in der Literatur überbetonte »Bruch« von 1931 in Bauers Positionsbestimmung wird von Schöler nachvollziehbar relativiert. Weit stärker als die Fünf-Jahr-Plan-Erfolge von 1931 bewirkte der Sieg des Faschismus in Deutschland und Österreich »Korrekturen im politisch-strategischen Denken Bauers« (35). Er unterwirft nun den sozialdemokratisch-reformistischen Weg auch »im Westen« einer selbstkritischen Revision: »Wir haben die Möglichkeit, zu einer friedlichen Lösung« gelangen, überschätzt ...« (Zit. ebd.) Im Schatten des Faschismus über Europa gewinnt der sowjetkommunistische Weg selbst in seinem terroristischen Verlauf an Ausstrahlung. Am Vorabend des Weltkrieges sieht Bauer in der Stärkung der Sowjetunion — sei es auch durch den Ausbau der Diktatur im Innern — als Bollwerk gegen den faschistischen Griff nach der Weltherrschaft und in der Herstellung eines Bündnisses zwischen ihr und den Arbeiterbewegungen der westlichen Demokratien eine Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Zurecht kritisiert Schöler in einer abschließenden Erörterung der Stärken und Schwächen der Bauerschen Position (vgl. S.49ff.), daß Bauer in seinem Spätwerk *Zwischen zwei Weltkriegen?* (Bratislava 1936) keine deutliche Unterscheidung zwischen vorübergehend unvermeidlichen Zwangsmaßnahmen und verselbständigtem Terror trifft. Die Chancen einer Demokratisierung, denen er gleichwohl zeitlebens nachspürte, sind vielfach »allzu schematisch« (53) abgeleitet, die Schwierigkeiten der Auflösung der stalinistischen Strukturen wohl unterschätzt.

Das Interview (S.70ff.) setzt dieses Nachdenken über sozialistische Demokratie fort. Wolfgang Abendroth macht darauf aufmerksam, daß in der KI auch nach dem Beschluß

über die 21 Aufnahmebedingungen 1920 noch eine Zeitlang eine relativ freie Diskussion stattfand (vgl. S.73), in der KPD zumindest bis zu ihrem vorübergehenden Verbot im November 1923. Die ultralinke Wendung der KPD 1924 und die Beendigung der Einheitsfrontpolitik der KI im gleichen Jahr leiten schlagartig einen Prozeß der Dogmatisierung ein und beseitigen wichtige Sicherungen der innerparteilichen Demokratie. Die folgende jahrzehntelange Entwicklung mußte — so Abendroth — dahin führen, daß in der Sowjetunion »das Bedürfnis zur Mitwirkung« in Partei und Gewerkschaften noch heute bei den kleinen und mittleren Funktionären gering, vielmehr die Angst davor zum Teil groß ist. Seine Warnung vor Illusionen bleibt aktuell auch in der Zeit der neuen Generallinie von *perestroika*: »Das politische Bewußtsein ist noch lange beschränkt durch das Diktieren jeglicher Problematik von oben ... Und also wird sich Redemokratisierung der bürokratisch-industriellen Gesellschaft des Sozialismus in Rußland nicht schnell entwickeln können.« (95)

Insgesamt bietet die Broschüre wichtige Erkenntnisse über die Auseinandersetzung mit dem bolschewistischen Projekt in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Unakzeptabel und beim Lesen extrem störend sind allein die Fülle von (z.T. sinnentstellenden) Satzfehlern auf fast jeder Seite; die Hälfte der Anmerkungsziffern sind falsch, einige fehlen im Text ganz. Ein Lektorat hätte auch die Druckfassung des Interviews lesbarer gestalten können. Die entscheidende inhaltliche Qualität: Bauers Fragestellungen und Positionen werden in Bewegung, in beständiger Reformulierung, auch in manchen Unstimmigkeiten deutlich. Sie bilden bis heute einen wichtigen Beitrag zur Theorie des Sozialismus.

Frank Heidenreich (Berlin/West)

Sammelrezension: Frauen, Theorie und Linksozialisten in der Arbeiterbewegung

Wickert, Christl: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919 bis 1933. 2 Bde., Sovec-Verlag, Göttingen 1986 (400 bzw. 210 S., br., 30,- bzw. 20,- DM)

Fischer, Benno: Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., Bern, New York 1987 (386 S., br., 74,- sfr.)

Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986 (364 S., br., 58,- DM)

Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Europäische Linksozialisten in der Zwischenkriegszeit. Stichting Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam 1985 (360 S., br., 64,- DM)

Die gängigen Vorstellungen über Frauen in der Arbeiterbewegung sind meist mit einem doppelten Klischee behaftet. Wem fallen nicht auf der einen Seite sofort die Namen Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin ein — Frauen, deren Bedeutung rückblickend mehr in allgemeinenpolitischen und theoretischen Fragen denn in solchen der Frauenbewegung gesehen werden. Rosa Luxemburg, die engagierte Kriegsgegnerin, Exponentin und Kontrapart zu Bernstein in der Revisionismus- und Massenstreikdebatte, kritische Kommentatorin der russischen Revolution. Clara Zetkin, zwar engagiert in Frauenfragen, Herausgeberin der *Gleichheit*, aber doch bekannter als Mitbegründerin des Spartakusbundes und der KPD, die Klassenfrage immer eindeutig vor die Geschlechterfrage stellend. Auf der anderen Seite stehen Namen wie Marie Juchacz oder Hedwig Wachenheim für ein Bild sozialdemokratischer Frauen, das im wesentlichen durch sozialpolitisches Engagement, etwa in der Arbeiterwohlfahrt, geprägt ist.

Ein differenzierteres Bild der politischen Arbeit von sozialdemokratischen Frauen, insbesondere Parlamentarierinnen, vermitteln uns die beiden Bände von *Wickert*. Ausführlich — und jeweils vergleichend — werden im ersten Band zunächst Sozialisation, Ausbildung und Berufsentwicklung der einzelnen Frauen in bezug zum Einstieg in die politische Arbeit gebracht, die verschiedenen Werdegänge im Krieg und der sie begleitenden Parteispaltung beleuchtet. Daß es schon in den zwanziger Jahren Ansätze zu einer Quotierung gab (S.161), zeigt überdeutlich, wie überfällig entsprechende weitergehende Regelungen für die neunziger (!) Jahre sind. *Wickert* liefert für den damaligen Zeitraum viel Datenmaterial über die Frauenanteile in den einzelnen Bereichen der Politik (S.88ff.).

Der zweite Schwerpunkt des ersten Bandes schildert die wichtigsten Arbeitsfelder der Sozialdemokratinnen in den Parlamenten. Wenn hier Frauen-, sozialpolitische und Bildungsfelder erneut den Hauptanteil bildeten — nur in Ausnahmefällen sprachen Frauen wie Toni Sender (S.190, 196) oder Gertrud Hanna (S.215) für ihre Fraktionen zu den »großen« Themen der allgemeinen Politik —, so sagt dies dennoch wenig über die Kompetenz der Frauen aus. Vielmehr spricht vieles für ein Abschieben der Frauen in sogenannte »frauen-spezifische« Arbeitsfelder durch die Fraktionsführung. Schon die knappe Schilderung des Eingreifens von Frauen in die theoretischen Streitfragen im Spaltungsprozeß der USPD (S.80ff.) belegt, daß es an anderweitiger Kompetenz nicht mangelte.

Der zweite Band ist ein außerordentlich hilfreiches Nachschlagewerk geworden. Zunächst werden die Namen aller Frauen auf Parteitagungen von SPD und USPD sowie in deren Führungsgremien dokumentiert. Es folgen Quellenausschnitte zur SPD-Frauenpolitik sowie ein Vergleich des Anteils von Männern und Frauen in den Parlamenten bzw. Wahllisten. Von größtem Wert ist die erstmalige Zusammenstellung der Kurzbiographien aller 73 sozialdemokratischen Parlamentarierinnen (S.152ff.) in Preußen und im Reich.

Wie sehr die »offizielle« Theoriedebatte in der Weimarer Sozialdemokratie von Männern beherrscht war, zeigt die Arbeit von *Fischer*. Vorweg ist allerdings ein Ärgernis anzusprechen: Es scheint Usus zu werden, daß Arbeiten zu Themen verfaßt werden, die — so legt es nicht nur der Titel nahe — schon einmal bearbeitet wurden (vgl. Franz Ritter, *Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M., New York 1981). Zumindest hätte man erwarten können, daß der Autor den unterschiedlichen Forschungsansatz begründet und sich mit der Vorgängerschrift detaillierter auseinandergesetzt hätte. Beides ist nicht der Fall.

Fischers Ansatz ist insoweit ein anderer als bei Ritter, als er nicht nur nach Themenkomplexen bzw. realhistorisch, sondern in seinem Schwerpunktteil auch nach den verschiedenen Theoretikern unterscheidend vorgeht. Seinem vorweggenommenen Fazit kann zugestimmt werden. Die Weimarer Sozialdemokratie war nicht theorieelos, ihre Theoriedebatte erreichte in Teilfragen durchaus ein beachtlich hohes Niveau (S.8). *Fischer* gelingt es allerdings nicht immer, die unterschiedlichen Diskussions- und Traditionslinien deutlich genug herauszuarbeiten. Schon die Eingangsunterscheidung in drei Gruppen (radikale Sozialisten, Reformsozialisten oder Revisionisten und sozialliberale Reformisten [S.11]) läßt an Trennschärfe vermissen. Es ist zumindest auch grob vereinfachend, eine weitere Prämisse mit einer angeblichen »Marxsche(n) Synthese von ökonomischem Determinismus und politischem Aktivismus« (S.16) zu setzen und daraus den Streit um Evolution oder Revolution abzuleiten.

Fischer legt den Schwerpunkt seiner Darstellung auf die Jahre 1924 bis 1933. Daraus ergeben sich eine Reihe von Problemen. Wenn er von »Sozialdemokratie« auch für den vorausgehenden Zeitraum spricht, meint er implizit nur MSPD und allenfalls die Rechte der USPD, klammert aber die anderen Strömungen dieser Partei aus. Die Herkunft etwa von

Hilferding, den er mit Recht später der reformsozialistischen Richtung zurechnet, aus der Position des marxistischen Zentrums in der USPD gerät so aus dem Blickfeld. Dadurch kommt es zu krassen Fehlbewertungen. In Unkenntnis der heftigen Debatte um Demokratie und Diktatur der Jahre 1918 bis 1920 insbesondere in der USPD behauptet Fischer, Kautskys Formel (er gehörte zur USPD-Rechten), Demokratie sei zwar ohne Sozialismus möglich, es gelte aber nicht die Umkehrung, sei Grundkonsens bei allen Parteirichtungen gewesen (S.36f.). Allenfalls für die MSPD ist es richtig, wenn er meint, die Sozialdemokratie habe die Diktatur des Proletariats nur als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit in Betracht gezogen und das russische Modell verworfen (S.48).

Die Stärken von Fischers Arbeit liegen zweifellos in ihrem Hauptteil, von der Darstellung der Debatte um das Görlitzer Programm bis zur Frage der Faschismusanalyse bzw. Einheitsfront. Im Kapitel »Demokratie- und Staatsverständnis« (S.88ff.) kann man sich einen guten Einblick in das Denken von Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Hermann Heller, Max Adler und der Linken, Ernst Fraenkel und Paul Kampffmeyer in der genannten Periode verschaffen. Seine kritischen Anmerkungen zu den Komplexen »Organisierter Kapitalismus« (Hilferding) und »Wirtschaftsdemokratie« (Naphtali) geben die richtigen Problemfelder an. Fischer ist auch da zuzustimmen, wo er (trotz des Vorhandenseins einer Reihe vielversprechender Ansätze für eine Faschismustheorie) davon spricht, daß das Fehlen einer klassentheoretischen und empirischen Problematisierung der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung — verbunden mit einer unzureichenden strategischen Vorstellung bezüglich der Mittelschichten — zu den wesentlichsten Defiziten der Sozialdemokratie am Ausgang der Weimarer Republik gehörte (S.230).

Spricht man von den Defiziten der Sozialdemokratie in dieser Phase, so ist man zugleich bei einem Phänomen angelangt, das damit unmittelbar verbunden ist: die Entstehung einer ganzen Reihe von politischen Kleinorganisationen (oder Splitterparteien) der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD. Natürlich gilt dieser Begründungszusammenhang nur für einen Teil dieser Gruppen, während der andere den Deformationen und Erstarrungen der damaligen KPD geschuldet ist. Lagen bisher im wesentlichen Einzeluntersuchungen über diese Gruppen vor — die meisten entstanden in den sechziger Jahren am Institut Wolfgang Abendroths in Marburg —, so hat Foitzik nun mit seiner Arbeit den verdienstvollen Versuch eines systematischen Vergleichs unternommen. Wer sich unnötiges Ärgern ersparen möchte, sollte jedoch auf die Lektüre der Einleitung verzichten. Ein krampfhaftes Bemühen um »wissenschaftliche« Sprache (Leseprobe: »objektivistische Historiographie ihrer westlichen Proselyten«) läßt glücklicherweise um so mehr nach, je tiefer der Autor in die Darstellung selbst eindringt, wo er sich auf sicherem Boden bewegt.

Auf einen Widerspruch muß in diesem Zusammenhang aber noch hingewiesen werden: Foitzik moniert die Überschätzung der politischen Bedeutung der linken Kleinorganisationen in den vorliegenden Monographien (S.19). Das ist zumindest verwunderlich, wenn man sein eigenes Resumée heranzieht: Die Kleinorganisationen leisteten den relativ größten Beitrag zum organisierten Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus (S.241). In einer anderen Hinsicht hätte er sich noch etwas ausführlicher auf diese Monographien stützen können: Sein Einführungskapitel zur Entstehungs- und Organisationsgeschichte der einzelnen Gruppen ist zu knapp gefaßt, setzt zu viel voraus, so daß dem Leser oder der Leserin einiges an Vorkenntnissen abverlangt wird.

Um folgende Gruppen/Parteien geht es in dieser Arbeit: SAPD, KPDO; Linke Opposition der KPD (Trotzkisten), Leninistische Organisation/Neu Beginnen, ISK, anarcho-syndikalistische Gruppen, Rote Kämpfer, Revolutionäre Sozialisten. Foitzik stellt zwar (sehr kurz)

die Positionen der Gruppen zu den Fragen Faschismusanalyse und Einheitsfront vor (S.36ff.), was aber nicht reicht, um ein genaueres Bild über die theoretisch-strategischen Differenzen zwischen ihnen bzw. zu SPD und KPD zu bekommen. Der Hauptteil des Buches besticht durch seine Materialfülle und die fundierte Auswertung aller verfügbaren Quellen. Erstmals werden hier für alle genannten Gruppen umfassende Daten, zum Teil noch regional gegliedert, über die Formen des Widerstands, das Verhältnis von Exil- und Inlandsarbeit und die politisch-strategische Dimension der Widerstandsanleitung geliefert. Foitzik hat eine große Zahl noch lebender Zeitzeugen befragt und diese Ergebnisse abgewogen mit eingearbeitet, wobei er auch bei Rückbetrachtungen zu Einzelfragen (etwa durch Richard Löwenthal) die nötige eigene kritische Distanz bewahrt. Dieser Teil des Buches ist von hohem historisch-wissenschaftlichem Wert. Die Arbeit wäre noch spannender, wenn sie die verschiedenen politisch-strategischen Ansätze der Gruppen stärker mit einbezogen (was nur im engen Rahmen der Fragen Einheits- und/oder Volksfront geschieht), also die Unmenge von technischen Fakten und Details inhaltlich angereichert hätte.

Zum Schlußteil noch einige knappe Bemerkungen. Foitzik liefert (allerdings auf enger Datenbasis) eine Reihe von Schaubildern für eine organisationssoziologische Analyse der Kleingruppen mit interessanten Ergebnissen (S.226ff.). Als gemeinsame Merkmale hält er u.a. fest: Der Schwerpunkt des sozialen Rekrutierungsfelds der Gruppen liegt deutlich oberhalb des proletarischen Milieus (S.239). Hier müssen wir schon eine Einschränkung machen: Dieser Aussagewert läßt sich anhand seines Datenmaterials wohl nur für den Funktionsbereich verifizieren. Wichtig ist der zweite Aspekt. Die Mitglieder wurden jung rekrutiert, ihre politische Sozialisation in Großorganisationen (Parteien/Gewerkschaften) setzte aber noch weit früher ein und ist mit Professionalisierungstendenzen verbunden. Widersprechen müssen wir Foitzik in seinem Urteil über die spezifische Funktion der Kleingruppen innerhalb der Arbeiterbewegung. Er meint zum einen, was richtig ist, daß sie objektiv Aufnahmefelder für dissidierende Mitglieder aus Großorganisationen darstellen — also dazu beitragen, Zerfallsprozesse aufzufangen (S.242). Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn sie sind zugleich Ausdruck eines Zerfalls- und Zersetzungsprozesses innerhalb der Arbeiterbewegung, der Unfähigkeit der großen Apparate von SPD und KPD in dieser Phase, diejenigen zu integrieren, die gegen Sozialfaschismustheorie auf der einen und Tolerierung Brünnings auf der anderen Seite und statt dessen für ein gemeinsames Operieren der Arbeiterparteien gegen den Faschismus auftraten. Deshalb ist auch Foitziks weitere Folgerung falsch, es habe zum anderen in aller Regel in diesem Funktionsbereich keine Konfliktfelder mit den Großorganisationen gegeben, was er mit der Tolerierung der Klassenkampf-Gruppe in der SPD belegen zu können glaubt (S.242). Gerade »sonderorganisatorische« Bestrebungen der Klassenkampf-Gruppe waren der Anlaß (nicht der Grund), der einen Teil der Linken aus der Partei zu drängen vermochte und zur Gründung der SAPD führte. — Zu einem unersetzlichen Nachschlagewerk wird die Arbeit durch ihren Anhang. Foitzik liefert hier ein umfangreiches Namens- und Pseudonymregister, vor allem aber mehrere hundert Kurzbiographien von Mitgliedern der behandelten Gruppen.

In einem engen Zusammenhang mit der Arbeit von Foitzik steht die von *Buschak*. Er schildert die aus der II. Internationale hervorgehenden Bemühungen um Zusammenfassung des linkssozialistischen Flügels, die schließlich zum Londoner Büro, der internationalen Arbeitsgemeinschaft der meisten linkssozialistischen Gruppen und Parteien führt. Buschaks lesenswerte Arbeit zeigt, daß allenfalls inhaltlich und konzeptionell, nicht aber personen- oder parteiidentisch eine Linie von der sogenannten Internationale 2 1/2 Anfang der zwanziger Jahre zum Londoner Büro verläuft. Kristallisationszentrum war zunächst die englische

ILP. Eine wichtige Rolle spielt ab 1933 die SAPD. Ausführlich geht Buschak auf das Zwischenspiel einer Zusammenarbeit mit den trotzkistischen Gruppen und dessen Beendigung ein. Wiederum sind es die Fragen Einheitsfront und/oder Volksfront, an denen sich die einzelnen Gruppen zerreiben bzw. zwischen den großen Blöcken SAI und Komintern zerrieben werden. Der spanische Bürgerkrieg, der schließlich zum Bürgerkrieg innerhalb der Linken wird, bedeutet auch das Scheitern der Hoffnungen der Gruppen des Londoner Büros. Es wird deutlich, welche Rolle immer wieder außen- und innenpolitische Wendungen der Sowjetunion auch für die strategischen Optionen der linkssozialistischen Gruppen und Parteien spielten.

Wer ein Blick ins Quellenverzeichnis, insbesondere aber das der zu behandelnden Organisationen wirft, bekommt eine Ahnung davon, welche Materialfülle (dazu noch in den verschiedensten Sprachen) Buschak zu bearbeiten hatte. Manche Unverständlichkeit war so wohl unvermeidbar. Trotzdem: kein Grund, das Buch beiseitezulegen!

Uli Schöler (Bonn)

links

Sozialistische Zeitung

Karl Marx kann

uns auch nicht alles beantworten. Aber deshalb die Utopie einer anderen Gesellschaft auf den Müllhaufen der Geschichte werfen?

„links“

bewahrt als „Fossil der Neuen Linken“ den Versuch einer eigenständigen sozialistischen Position.

„links“

steht für wichtige Informationen, kritische Analysen und theoretische Diskussionen aus und in der unabhängigen Linken.

„links“

kostet 5,— DM und kann im linken Buchhandel gekauft oder direkt beim Verlag bezogen werden.

Verlag 2000

Postfach 102 062

6050 Offenbach/Main

Tel. 069/88 50 06

Über die Autorinnen und Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen, FB Arbeitslehre/Politik. Veröffentlichungen: u.a. *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983); *Über Irsee hinaus* (Mitautor, 1987); *Sozialismus im Westen* (1987). Mitglied in SPD und GEW, Vertreter der Bremer SPD in der Programmkommission beim Parteivorstand, Mitherausgeber der *spw*.

Arkenstette, Birgit; GA, Mitglied der AL Berlin

Blume, Jürgen, geb. 1960; 1. Staatsexamen Deutsch und Geschichte. Mitglied in SPD, HBV sowie der *spw*-Redaktion

Demele, Ottwald, geb. 1945; Dr.rer.pol., Veröffentlichungen über Ursachen der Inflation. Mitglied der Memorandum-Gruppe und der IG Metall

Dröscher, Barbara; Mitglied im Bundeshauptausschuß der Grünen, AL Berlin

Günther, Joachim, geb. 1951; Pressesprecher der Berliner SPD-Bundestags- und Europa-Abgeordneten, Geschäftsführer der *spw* sowie Mitglied der *spw*-Redaktion.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983), Mitglied in SPD, GEW und SJD — Die Falken sowie *spw*-Redaktion

Ingersleben, Sigurd v., geb. 1944; Dr.phil., Soziologe/Publizist. Veröffentlichungen zu Wissenschafts- und Medizinthorie: Drehbücher, Rezensionen. Mitglied in SPD, ÖTV und *spw*-Redaktion

Karnatz, Michael, geb. 1955; Gymnasiallehrer für Mathematik/Physik. Mitglied in SPD, GEW, *spw*-Redaktion.

Lehnert, Detlef, geb. 1955; Historiker, bis 1987 Hochschulassistent am FB Politische Wissenschaften der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkt: Geschichte der Arbeiterbewegung. Wichtigste Veröffentlichung: *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983* (1983). Mitglied der SPD und ÖTV.

Möhlenrich, Doris, Mitglied im Bundeshauptausschuß der Grünen, AL Berlin

Schleifstein, Josef, geb. 1915; seit 1931 Kommunist, illegale antifaschistische Arbeit, Zuchthaus, Emigration (1936-1946 in Prag und London). Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung und marxistische Theorie; Mitbegründer und Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M., Mitglied des Parteivorstandes der DKP, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenpublikationen.

Seidel, Brigitta, geb. 1948; Historikerin, Doktorandin. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung und der Weimarer Republik.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist. Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Scholz, Dieter; Mitarbeiter der Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall in Berlin.

Stirba, Siegfried; Tarif- und Handwerkssekretär der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin.

Wickert, Christl, geb. 1953; Dr.rer.pol., Historikerin, wiss. Mitarbeiterin am FB Politische Wissenschaften der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Frauenbewegungen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Veröffentlichungen zur SPD-Frauenbewegung, zur Methodik historischer Frauenforschung und zur sexualpolitischen Bewegung um die Jahrhundertwende.

Wolf, Frieder Otto, geb. 1943; Priv.Do. an der FU Berlin, Mitglied der Grünen im Europäischen Parlament. Redakteur des *Argument*. V: *Umwege* (1983); *Für eine subversive Praxis der Philosophie*, in *Argument* 137 (1983); *Grünes und alternatives Jahrbuch* (Mithrsg., 1986). A: Philosophie, Politik. Mitglied der Alternative Liste Berlin

Wolf, Harald; Mitglied im Bundeshauptausschuß der Grünen, AL Berlin

Zellner, Wolfgang, geb. 1953; Dipl.Soz. Arbeitsgebiete: Sicherheitspolitik und Strategien der Friedensbewegung. Mitglied in SPD und GEW.

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus

Herausgeber:

Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon † · Johannes Rau
Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

Schwerpunktthema des April-Heftes:

Deutsche Identität

mit Beiträgen von

**Jiri Dienstbier · Horst Ehmke · Tilman Fichter
Jiri Hajek · Eike Hennig · Reinhard Hesse
Thomas Hofmann · Gerhard Wuthe**

Hans-Jochen Vogel:

Ein Strom, der an Kraft nicht verloren hat.
Rede vor dem „Forum: Gesellschaftlicher Wandel –
Soziale Demokratie: 125 Jahre SPD“

Alfonso Guerra:

Die Zukunft des Sozialismus

Jürgen P. Rinderspacher:

Die Kultur der knappen Zeit

Horst Kern/Michael Schumann:

Kontinuitätsbrüche, verschobene Problemlagen,
gewandelte Orientierungen. Herausforderungen an eine
Gesellschaftspolitik in den 90er Jahren

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint
monatlich. Kostet im Jahresabonnement DM 66,- zzgl. Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:

Redaktion **DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE**
Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

Jürgen Egert



Aufbruch

Beiträge zur Erneuerung
der Berliner SPD

spw

96 Seiten · 9,80 DM / Organisationspreis 7,- DM
Bestellung über: spw-Verlag · Tegeler Straße 6 · 1000 Berlin 65
